

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 18. April 1980 14. Jahrgang Inst. z. Erforsch. d. europ. Arbeiterbew. 1 DM

Carter reiht Drohung an Drohung

Hände weg vom Iran!

In Manier eines Weltherrschers: Ultimatum an Westeuropa

In den letzten Tagen haben die USA ihre aggressive Kampagne gegen den Iran in wahnwitziger Weise beschleunigt. Kurz nachdem die Carter-Regierung eine Reihe sogenannter „Sanktionen“ gegen den Iran beschlossen hat, um so durch eine schnelle Eskalation der Mittel eine militärische Aktion vorzubereiten, hat der Präsident der westlichen Supermacht jetzt den westeuropäischen Ländern direkt, offen und unverschämt ein Ultimatum gestellt: Sie sollen sich bis 21. April diesen Maßnahmen anschließen.

In dieser äußerst gefährlichen Situation, in der der Frieden in der Welt durch die Öl- und Strategieinteressen der Wall-Street-Herren ernsthaft bedroht ist, muß man noch einmal eindeutig daran erinnern, daß die Verantwortung für das Entstehen der gegenwärtigen Lage allein bei der Washingtoner Regierung liegt.

Washington war es, das sich geweigert hat, die berechtigten Forderungen des iranischen Volkes zu erfüllen. Washington ist es, das die Aussage Khomeinis, über das weitere Schicksal der Botschaftsangehörigen müsse das Parlament entscheiden — die Bekräftigung einer seit langem bekannten Position — jetzt zum Vorwand einer Beschleunigung seiner planmäßigen Aggression gegen Iran nimmt. Und das, obwohl zwischenzeitlich eingestanden worden war, die Teheraner US-Botschaft sei tatsächlich mit Spionageaufgaben betraut gewesen.

Das iranische Volk soll also nach Jimmy Carters Pfeife tanzen, aber es weigert sich, das zu tun. Aber auch Europa soll auf Kommando Washingtons parieren. Mehr denn je zeigt sich an der heutigen Lage nicht nur, daß die NATO ein Herrschaftsmittel der USA über Westeuropa ist, sondern auch, daß die Mitgliedschaft in der NATO eine Verpflichtung darstellt, sich an den Kriegsabenteuern der Yankees zu beteiligen, daß sie Unsicherheit schafft und die Kriegsgefahr beschleunigt.

Lauthals stimmt denn auch die westeuropäische Reaktion in die Haßpropaganda Carters ein. Amerika, so der Tenor dieser Kriegshetzer, sei von uns enttäuscht, wenn die Bundesrepublik nicht unter Carters Befehl aufmarschiert. Das als berechtigte Gegenmaßnahme angekündigte persische Öl embargo sei nicht wichtig, denn die bekannten „Freunde“ Deutschlands, die Ölmultis würden uns

schon versorgen. Fazit: Vorwärts, unter Jimmys Befehl, ohne Rücksicht auf Verluste.

Auch diese amerikanische Erpressung Westeuropas wurde planmäßig vorbereitet, wurde Schritt für Schritt eskaliert: zuerst mußten auf Washingtons Druck überall die Militärausgaben gesteigert, neuen Raketenwaffen zugestimmt werden, jetzt soll das Kriegsgerät unter Washingtons Kommando auch eingesetzt werden.

Während sich in dieser Situation die Bonner Parteien, wie auch die reaktionären Parteien der anderen westeuropäischen Länder nur noch darum streiten, wer Carters bester Befehlsempfänger ist, müssen die europäischen Völker und vor allem das deutsche auf den Plan treten und aktiv werden, um dieses imperialistische Kriegsabenteuer zu verhindern!

Hände weg vom Iran!
Kampf der US-Aggression gegen den Iran!
Keine bundesdeutsche Beteiligung an Maßnahmen gegen den Iran!

US-Sportler nicht nach Moskau

NOK beugt sich dem Druck Carters

COLORADO SPRINGS.—Mit einer Zweidrittelmehrheit hat das Olympische Komitee der USA am Wochenende entschieden, nicht an den Sommerspielen in Moskau teilzunehmen. Diese Entscheidung ist bei vielen amerikanischen Sportlern auf Empörung und Ablehnung gestoßen.

Der Sitzung des NOK in Colorado Springs war eine beispiellose Kampagne des Drucks und der Erpressung durch die amerikanische Regierung vorausgegangen. Carter selbst hatte mehrere Male damit gedroht, dem NOK die Gelder zu sperren und die Sportler an der Ausreise zu hindern, falls sich das Komitee seinen Forderungen nach Boykott nicht beugen würde. Carters Berater hatten darüber hinaus für diesen Fall auch ganz offen die Zerstörung der Olympischen Bewegung angekündigt.

Noch auf der Sitzung des NOK selbst wiederholte Carters eigens angereicher Vize-Mondale die Drohungen seines Prä-

sidenten. Begleitet war die massive Erpressungskampagne Washingtons von einer wüsten Hetze in den Medien, wo jeder Sportler, der an der Teilnahme in Moskau festhielt, als Verräter beschimpft wurde. Nach diesem Erfolg im eigenen Land wird Carter sicher den Druck auf die westlichen „Verbündeten“ verstärken. Fürsprecher für seine Boykottpolitik hat er auch in Bonn. Die westdeutschen Sportler allerdings treten — wie dieser Tage eine dpa-Umfrage bestätigte — mit großer Mehrheit gegen einen Boykott der Spiele auf. Jetzt gilt es, die Teilnahme an der Olympiade gegen Carter und seine Freunde in unserem Land durchzukämpfen.

Gemeinsame Aktionen mit rechten libanesischen Terrororganisationen

Israelischer Überfall auf Südlibanon

Verstärkter Terror gegen Araber

BEIRUT.—Mitte letzter Woche überfielen größere Einheiten der aggressiven israelischen Armee ein weiteres Mal den Süden des Nachbarlandes Libanon. Die dort ausgeführten Terroroperationen wurden in Zusammenarbeit mit den von Israel ausgehaltenen

Unter allen möglichen Vorwänden und Schutzbehauptungen brechen die israelischen Behörden und vor allem ihre Armee immer wieder die Vereinbarungen, die über den libanesischen Süden aufgrund von UNO-Entscheidungen getroffen wurden, verletzen sie den entmilitarisierten Charakter dieser Zone.

Dabei haben sie sich auch in der Vergangenheit immer wieder der Terroraktionen der reaktionären Haddad-Milizen bedient, selten allerdings in einer so generalstabsmäßig organisierten Weise wie jetzt. Während die Milizen auf UNO-Truppen das Feuer eröffneten, marschierte Israels Armee gegen

die Zivilbevölkerung. Obwohl offizielle israelische Stellen angesichts der entrüsteten Reaktion der Weltöffentlichkeit bereits am Freitag behaupteten, die israelischen Truppen seien wieder zurückgezogen worden, wurde dies noch am Sonntag vom UNO-Kommando widerlegt, das angab, nach wie vor seien israelische Armee-Einheiten in Süden Libanons aktiv.

Trotz aller offiziell vorgelegten Begründungen ist dieser neue, blutige Überfall Teil der gegenwärtigen Taktik des Regimes in Tel Aviv, mit brutalem Terror den wachsenden Widerstand der Araber und seine eigene wachsende Isolation zu

sogenannten „christlichen“ Milizen des Faschisten Haddad durchgeführt. Dabei wurden nicht nur zivile Bewohner ermordet, sondern auch das Feuer auf UNO-Truppen eröffnet.

durchbrechen. Er steht in einer Reihe mit den rassistischen Siedlungsprojekten im besetzten Westjordanland.



Israelische Panzerverbände beim Einmarsch in den Südlibanon.

Eine Woche im Hungerstreik waren 14 Sinti (Zigeuner) auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau bei München. Sie protestierten mit dieser Aktion gegen die Diskriminierung ihres Volkes durch die Behörden des Bonner Staates. Insbesondere war der Protest gegen das bayrische Innenministerium gerichtet, das jahrzehntelang noch nach dem Krieg die Sinti auf der Grundlage rassistischer Nazi-Akten verfolgt hatte. Nachdem die Beschwerden der Sinti vom Innenministerium in München und den Landtagsparteien teilweise anerkannt wurden, brachen die 14 in Dachau ihren Hungerstreik ab. Unser Bild zeigt die Sinti — teilweise in der Kleidung der ehemaligen KZ-Häftlinge — bei einer Kranzniederlegung (siehe auch Seite 6).

Schnüffelnstaat in Aktion

Ganzer Rekrutenjahrgang überprüft

Auch der verhaßte „Dienst am Vaterland“ schützt nicht vor dem Beschnüffeltwerden. Im Gegenteil: Die Bundeswehr verstärkt ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. In mindestens einem Fall ist ein ganzer Wehrpflichtigenjahrgang gesinnungsüberprüft worden.

Nach einem Bericht des „Stern“ in der letzten Woche strebt das Bonner Kriegsministerium eine generelle Überprüfung aller Wehrpflichtigen an. Die Vorwürfe wurden durch anschließende Dementis des Kriegsministeriums ungewollt noch bestätigt.

Ein Sprecher gab an, daß die Bundeswehr Personen, die bereits vor ihrer Einberufung zur Ableistung des Grundwehrdienstes „wegen sicherheitsgefährdender Bestrebungen und Tätigkeiten in Erscheinung getreten sind“ von der Truppe fernhalten möchte. Dies sei aber nur möglich, wenn der Bundeswehr die beim Verfassungsschutz vorliegenden „einschlägigen Erkenntnisse“ über diese Personen zugänglich gemacht würden. — Wie jedoch

ein Herausfiltern „mutmaßlicher Verfassungsfeinde“ möglich sein soll, ohne daß dem Computer des Verfassungsschutzes nicht zumindest alle Namen des Wehrpflichtigenjahrgangs eingegeben werden, konnte der Sprecher nicht erklären.

Zudem strafe der Sprecher seine eigene Erklärung — „Das Bundesministerium der Verteidigung hatte zu keiner Zeit die Absicht, alle Wehrpflichtigen vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen“ — selbst Lügen. Er mußte zugeben, daß vor zwei Jahren schon einmal ein ganzer Wehrpflichtigenjahrgang — etwa 200 000 Rekruten — überprüft worden war.

Schluß mit der Beschnüfflung von Wehrpflichtigen!

Stasi gegen „Roter Morgen“

BERLIN.— Eine Beschlagnahmeaktion gegen den „Roten Morgen“ in der DDR hat nach einer Meldung des „Hamburger Abendblattes“ vom 10. April der Staatssicherheitsdienst in Ostberlin durchgeführt. In der Meldung heißt es:

„Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat in den Ostberliner Stadtbezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg, wie erst jetzt bekannt wird, in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres in mehreren Straßenzügen systematisch alle Hausbriefkästen aufgebrochen und daraus gegen die SED gerichtete Flugblätter beschlagnahmt. Die Übergriffe des Ostberliner Geheimdienstes galten einer Flugblattaktion der DDR-Sektion der KPD/ML. In der zwölfseitigen Flugschrift waren scharfe Angriffe gegen die Wirtschaftspolitik der SED enthalten. Die Schrift trug den Titel „Roter Morgen“.

Im Januar war die erste vollständige in der DDR hergestellte Nummer des illegalen „Roten Morgen“, Ausgabe der Sektion DDR der KPD/ML, erschienen. (siehe auch „Roter Morgen“ Nr. 14/80).

Kommentar

Helmut Schmidt gab in den letzten Tagen bei Wahlkampfauftritten seiner Partei den besorgten Staatsmann. Wiederholt verglich er die gegenwärtigen internationale Lage mit der Situation unmittelbar vor der ersten Weltkrieg. Angesichts dieser akuten Kriegsgefahr — die der Kanzler noch nie so eindringlich beschworen hatte — sei größte Besonnenheit das Gebot der Stunde.

Besonnenheit stünde ihnen wohl an, den Herren aus Bonn. Und wenn Schmidt bei Wahlveranstaltungen auf den Putz haut und ausruft: „Wir haben die Schnauze voll vom Krieg“, dann hat er damit — und das weiß er selbst sehr genau — die Gefühle unseres Volkes getroffen. So weit, so gut. Die Frage ist nur, wie ernst es die Bundesregierung tatsächlich mit der Besonnenheit und Zurückhaltung angesichts der von Washington heraufbeschworenen „Irakkrise“ meint. Und wenn man dieser Frage einmal nachgeht, enttarnen sich all die schönen Worte sehr schnell als ein bloßes Betrugsmanöver.

Kanonenboote

Wie soll man denn sonst die Tatsache verstehen, daß sich gegenwärtig ein Flottenverband der Bundesmarine darauf vorbereitet, in den Indischen Ozean auszuweichen? Carter hat ja bekanntlich dort seine Kriegsmaschine in Bereitschaft gestellt und inzwischen offen ihren Einsatz gegen den Iran angedroht. Im Hintergrund lauert die sowjetische Flotte, um den amerikanischen Rivalen das Feld nicht allein zu überlassen. Noch nie war die Situation in der Region so explosiv wie gegenwärtig.

Und da sollen also am 29. April die beiden Zerstörer „Bayern“ und „Lütjens“, begleitet von Versorgungsschiffen, den Heimathafen verlassen und Kurs auf den Krisenherd Nummer Eins nehmen. Und welche Begründung gibt Herr Apel für dieses gefährliche imperialistische Abenteuer? Die Besatzungen sollen sich nur einmal an eine „längere Abwesenheit vom Heimathafen“ gewöhnen. Dümmer gehts wohl nicht! Vom Nordmeer bis zum Südatlantik hätte der Verband genügend Gelegenheit, die große Fahrt zu üben. Aber es muß eben der Indische Ozean sein. Und das ist in der gegenwärtigen Lage nichts anderes als demonstrative Beteiligung am militärischen Aufmarsch des amerikanischen Imperialismus gegen den Iran.

Wenn Schmidt jetzt auf die Zeit vor dem ersten Weltkrieg verweist, dann sollte man ihn auch an den berühmten „Panthersprung“ seines Vorgängers Wilhelm II. erinnern. 1911 gab es die sogenannte Marokkokrise. Von der Angst getrieben, beim Kampf um die Aufteilung der Welt zu kurz zu kommen, hatte der Kaiser zwei Kriegsschiffe — den Kreuzer „Berlin“ und das Kanonenboot „Panther“ — den marokkanischen Hafen Agadir anlaufen lassen. Der deutsche Imperialismus wollte „Flagge zeigen“, seine Ansprüche auf Einfluß in Nordafrika anmelden.

Wilhelms provokatorischer „Panthersprung“ verschärfte schlagartig die lange schwelende Krise zwischen den imperialistischen Mächten, er war einer der auslösenden Faktoren für den Weltkrieg. 1911 geißelte Rosa Luxemburg das Marokko-Abenteuer Wilhelms, das — so sagte sie scharfsichtig voraus — „wie alle weltpolitischen Vorstöße leicht den eigenen Arranguren über den Kopf wachsen und sich aus einem frivolen Spielen mit Zündhölzern zum Weltbrand auswachsen kann.“

Und heute spielen sie wieder mit den Zündhölzern. Schmidts Kriegsminister tönt, seine Marine müsse jetzt im Indischen Ozean „Flagge zeigen“. Die amerikanischen Kriegstreiber haben diese Region in ein Pulverfaß verwandelt. Es fehlt nur noch der Funke. Und wieder einmal sind die deutschen Imperialisten mit dabei, haben auch sie ihre Hände im Spiel. Da ist von Besonnenheit wahrhaftig nichts zu spüren — auch hinter Apels Flottenabenteuer steht die Furcht der Siemens, Krupp und Thyssen, beim Kampf um das Öl zu kurz zu kommen. Darum steuern sie ihren Kurs im Kielwasser der amerikanischen Kriegstreiber.

Und trotz aller gegenteiligen Beteuerungen kalkulieren sie dabei wieder einmal die Gefahr eines Weltbrands eiskalt mit ein. So wird es für die Volksbewegung in unserem Land zu einer immer dringenderen Aufgabe, ihnen die Zündhölzer aus der Hand zu schlagen. Und dazu muß jetzt vor allem der Kampf gegen jede westdeutsche Beteiligung an den amerikanischen Kriegsvorbereitungen gegen Iran geführt werden.

Aus dem Inhalt

RGÖ-Betriebsräte bei Hoesch — neue Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht	4	Strauß in Essen	8
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst	4	Autofahrer von MEK erschossen	7
Maßregelungen wegen ÖTV-Warnstreik	4	Castros Lack blättert ab ...	10
Westberliner DGB-Chef rechtfertigt Aussperrung ..	5	Die gerechten Forderungen des iranischen Volkes müssen erfüllt werden	12
		Spitzenprodukte des Lum-penjournalismus im „Stern“	13

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparbank Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Besatztruppen proben den Krieg in den Städten

WESTBERLIN.— Drei Tage übten in der vergangenen Woche die westlichen Besatzungstruppen in Westberliner Abbruchhäusern den Straßenkampf.

Während der Manöver erklärte ein amerikanischer Offizier, daß sich nirgends so gut und so realistisch der Häuserkampf üben lasse wie in Berlin. Den Boden Westberlins benutzen die westlichen Imperialisten also, um ihre Truppen fit zu machen für die Unterdrückung und Niederschlagung von Aufständen und Demonstrationen aufbegehrender Zivilbevölkerung.

Die Manöver machen wieder drastisch deutlich, daß es die amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen und -behörden sind, die das Sagen in Westberlin haben, die dort die eigentlichen Herren sind. Das dreitägige Manöver ist nur das jüngste in einer ganzen Serie von Manövern und militärischen Handlungen der westlichen Besatzungstruppen in Westberlin. So fand vor Ostern eine Truppenübung der französischen Imperialisten auf dem Borsig-Betriebsgelände in Westberlin statt. Zynisch riet die Borsig-Geschäftsleitung dabei der Belegschaft, sich vorsichtig auf

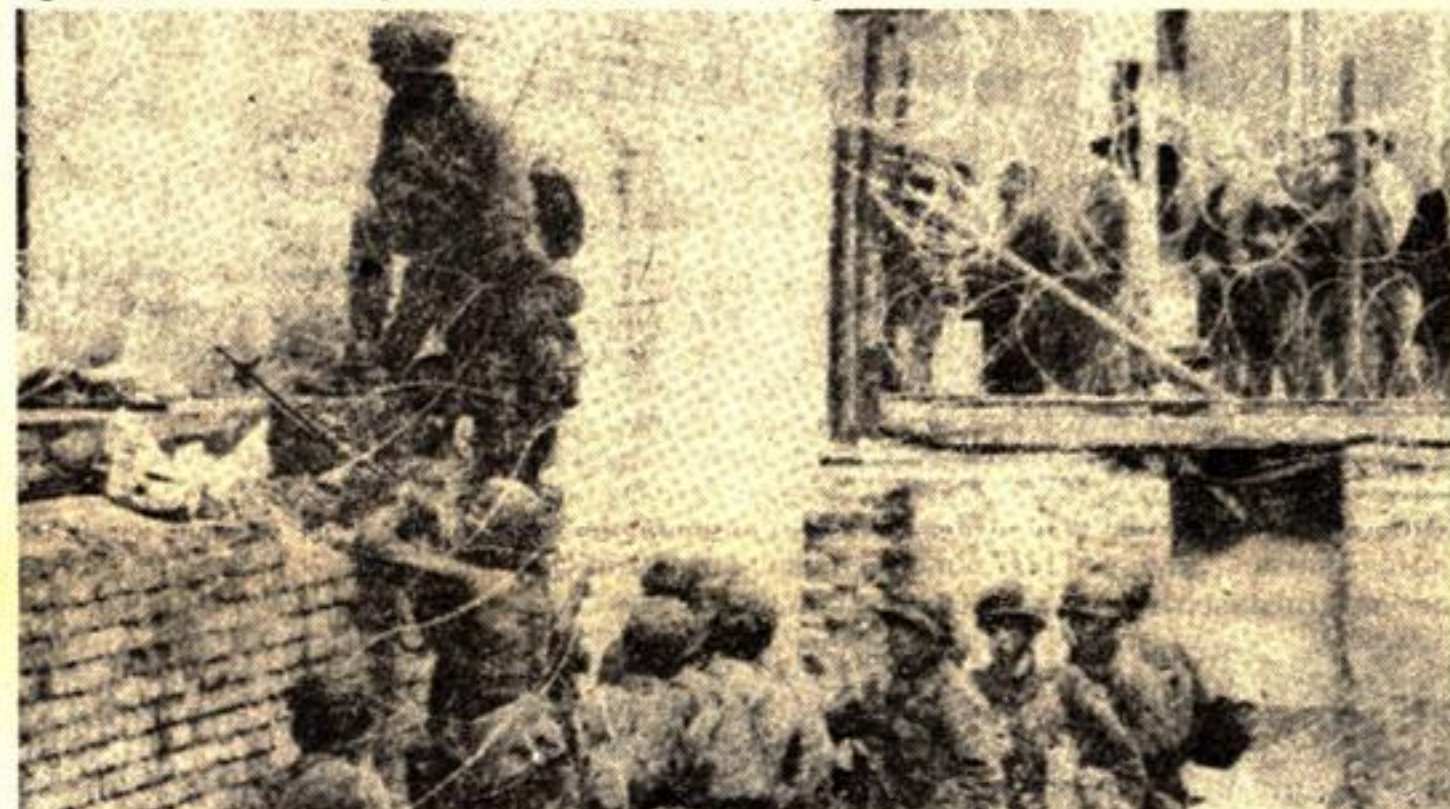
dem Betriebsgelände zu bewegen.

In guter Erinnerung ist auch noch die alliierte „Forstaktion“ im Gatower Forst. Unter dem gewalttätigen Schutz der Westberliner Polizei ließen die britischen Besatzungsbehörden inmitten eines der schönsten Landschaftsschutzgebiete Berlins 30 000 Bäume fällen. Der Grund: Die Bäume hätten angeblich auf einem knapp 15 Hektar großen, trapezförmigen Gebiet auf einer Länge von 1 250 und einer Breite von 200 bis 500 Metern die Flugsicherheit in der Einflugschneise des britischen Militärflughafens Gatow gefährdet.

MUNSTER.— Auch in Westdeutschland werden die imperialistischen Besatzungstruppen direkt für den Krieg und Bürgerkrieg in anderen Ländern ausgebildet und vorbereitet. Jüngst bekanntgewordenes Beispiel: Die Ausbildung der britischen Rheinarmee im Lager Munster. Ein Mitglied des

Oberkommandos der IRA sagte dazu in einem Interview gegenüber dem „Spiegel“:

„Fast alle Soldaten, die in Nordirland eingesetzt werden und dort unser Volk unterdrücken, sind bei der britischen Rheinarmee in Deutschland stationiert. Nach einem Rotationsystem werden sie für eine gewisse Zeit in Ulster stationiert und kehren dann nach Deutschland zurück. Vor allem aber: Sie werden dort gezielt für ihre dreckige Arbeit in den Straßen unserer Städte und Dörfer ausgebildet. Das geht so weit, daß in der britischen Garnison Munster in Deutschland mehrere Straßenzüge Belfasts in Originalgröße nachgebaut wurden, wo die „Brits“ im Straßenkampf und sogar dafür ausgebildet werden, wie sie Demonstrationen von Republikanern zerschlagen können. (...) In dem halbamtlichen Buch „The British Army in Ulster“, Band 3, finden Sie sogar Bilder, die diese schamlose Verletzung der deutschen Gastfreundschaft demonstrieren...“



Besatzungstruppen üben in Westberlin den Häuserkampf

Kapitalistenverband kritisiert Forschungsministerium

DÜSSELDORF.— Am Montag dieser Woche veröffentlichte das „Handelsblatt“ Auszüge aus einem Brief des Präsidenten des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA), in dem dieser das Bundesministerium für Forschung und Technologie in sieben Punkten ausführlich kritisiert.

Nachdem bisher stets unumstritten gewesen war, daß über den Etat des BMFT jährlich Milliardenbeträge an die Monopole gegeben werden, die diese zur Rationalisierung ihrer Produktion verwenden, wird jetzt zum ersten Mal in der Öffentlichkeit die Haltung der Kapitalisten selbst, bzw. eines ihrer wichtigsten Verbände deutlich.

Die Finanzierungspolitik des BMFT ist den Herren des westdeutschen Maschinenbaus zu bürokratisch und zu wenig liberal. Statt einer Serie von Projekten, die finanziert werden, verlangen sie massive Steuerensenkungen.

Damit wollen sie zum einen mehr Kapital ansammeln als

durch eine unterschiedlich breit gestreute Förderung, zum anderen ihre Rationalisierungs- und Produktentwicklungs-politik ohne jede Debatte in Gremien durchführen. Fazit: Mehr Geld her und Maul halten ist ihre Forderung an „Vater Staat“, obwohl der ihnen gegenüber doch wahrlich spendabel ist.

Vertragsbruch:

BP kürzt Öllieferungen an VEBA

LONDON/DÜSSELDORF.— Im Gegensatz zur VEBA AG, die einmal mehr eifrig demen-tierte, bestätigte die Londoner BP-Zentrale die geplante Kürzung von Öllieferungen an die VEBA AG.

Dieses Vorgehen steht im krassen Gegensatz zu jenem 1978 als „historisch“ gefeiertem Vertrag zwischen VEBA und BP. Damals hatte die VEBA dem britischen Multi für 800 Millionen Mark unter anderem ihre Beteiligung an der Ruhrgas AG verkauft. Dieser Kaufvertrag sah auch die gesicherte Lieferung von 3 Millionen Tonnen Rohöl jährlich bis zum Jahr 2000 vor. Damit sei — so das Bundeswirtschaftsministerium damals, als es auf Wunsch der Monopole den Einspruch des Kartellamtes zurückwies — ein wichtiger Beitrag zur Sicherung

Verkauf an bestimmte BP-Tochterfirmen kann im Moment mehr verdient werden. Schon zwei Jahre nach dem „historischen“ Vertrag ist die BP also vertragsbrüchig geworden.

Das ist eine weitere Quittung für die antinationale Öl-politik der Bonner Regierung im Interesse der Multis und der westdeutschen Energiemonopole, die im Schatten der Multis auch große Profite einstreichen. In der „Bild“-Zeitung kündigt derweil ein „Experte“ schon einen Benzinpreis von 2,— Mark an.

der bundesdeutschen Ölversorgung geleistet.

Das stimmte schon damals nicht, denn drei Millionen Tonnen jährlich machen nicht einmal 5 Prozent der Einfuhren aus. Nun aber hat sich der britische Multi selbst über diesen für ihn so günstigen Vertrag hinweggesetzt. Er beruft sich auf eine darin enthaltene Notklausel, die es der BP erlaubt, bei Knappheit der VEBA das Öl so wie den eigenen Tochtergesellschaften zuzuteilen. Von Knappheit kann zwar keine Rede sein, aber durch den

Rekordgewinne der Deutschen Bank

FRANKFURT/MAIN.— Die Deutsche Bank AG, Haupt-gruppierung des westdeutschen Finanzkapitals, hat auch im letzten Jahr wieder einen neuen Rekordgewinn erreicht. Ein ausgewiesener Jahresüberschuß von 427 Millionen Mark (eine Steigerung von 4,5 Prozent gegenüber 1978) wird durch einen Zinsüberschuß von sage und schreibe 2,374 Milliarden Mark zur Rekordkapitalansammlung. Erwähnenswert dabei: Fast die Hälfte, nämlich 40 Prozent der Gewinne stammen aus Aus-lands-geschäften. Und: Die Gold und Silberspekulations-wellen haben sich für die Deutsche Bank gelohnt. Immerhin 50 Millionen Mark wurden dabei verdient.

Demonstration gegen Carstens

FRANKFURT/MAIN.— Beim 5. internationalen Kolloquium über die europäische Menschenrechtskommission, die vom Europarat gemeinsam mit der Bundesregierung veranstaltet wurde, war Bundespräsident Karl Carstens als Gastredner geladen.

Nachdem er bereits in seiner Rede betont hatte, daß Menschenrecht und Berufsverbote sowie Polizeistaat gut zusammengehen, bekamen diese Auffassung anwesende Demonstranten auch gleich zu spüren. 15 Demonstranten, die mit Transparenten und Sprechchören protestiert hatten, wurden aus der Paulskirche gejagt, vor der Kirche fielen Polizeitruppen über etwa 50 demonstrierende Jugendliche her.

Post geht in die Vollen

Hamburg.— Der „Verband der Postbenutzer“ hat jetzt erste Rechenbeispiele für die Preisentwicklung durch den neuen Tarif der Bundespost vorgelegt. Dabei ergibt sich, daß die neuen Tarife lediglich für Telefonate unter 25 km Entfernung eine geringe Verbilligung bedeuteten, während für Ferngespräche, vor allem eben jene, die früher nach 22 Uhr stattfanden, eine Verteuerung von bis zu 75 Prozent ausgerechnet wurde!

SPD/Hamburg für Gleichstellung der Ausländer

HAMBURG.— Grundlegende Reformen in der Ausländerpolitik hat der außerordentliche Landesparteitag der Hamburger SPD am letzten Wochenende verlangt. Neben dem aktiven und passiven kommunalen Wahlrecht wurden auch arbeitsrechtliche Verbesserungen für Gastarbeiter aus Nicht-EG-Ländern sowie für zugewanderte Ehegatten und Kinder gefordert. Ebenso wurde die Forderung nach besseren Bildungsmöglichkeiten und Verbesserung der Wohnsituation erhoben.

Ertl für Allparteienregierung

MÜNCHEN.— In die allgemeine Krisenpropaganda der Bonner Politiker hat sich am letzten Wochenende auch Landwirtschaftsminister Ertl (FDP) eingereiht. In München verlangte er bei einem Andauern der internationalen Krise die Bildung einer Allparteienregierung in Bonn.

Bericht der Leitung der Sektion DDR der KPD/ML zur Entwicklung der Lage in der DDR, der Arbeit der Sektion im letzten Jahr und der Aufgaben.

Den Widerstand organisieren!

(vorgelegt dem ZK der KPD/ML auf dem Januar-Plenum 1980)

Genossen! Das vergangene Jahr brachte in der DDR ebenso wie in den anderen revisionistischen Ländern vor allem eine weitere rapide Verschärfung der ökonomischen Lage und auf dieser Basis der Klassengegensätze zwischen der neuen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse sowie den anderen Werktätigen der DDR. Wie nie zuvor wurde sichtbar, daß die weltweite ökonomische Krise des Kapitalismus auch die Länder erfaßt hat, in denen der Kapitalismus in neuen Formen wiederhergestellt wurde, darunter die DDR. Wie nie zuvor wurde deutlich, daß die neue Bourgeoisie in der DDR, um ihre Profite zu sichern und zu steigern, die Folgen der ökonomischen Krise auf die Werktätigen abwälzt und ihr Lebensniveau angreift. Wie überall im revisionistischen Lager zeigt sich auch in der DDR, daß die Klassengegensätze in ein neues Stadium ihrer Verschärfung eintreten, daß der Klassenkampf an Schärfe gewinnt.

Die Taktik der neuen Bourgeoisie

Das innenpolitische Hauptziel der neuen Bourgeoisie ist daselbe geblieben: Bei Steigerung der Ausbeutung und Sicherung wachsender Profite auf jeden Fall die werktätigen Massen ruhig zu halten und einen frontalen Zusammenstoß der Arbeiterklasse mit dem Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie solange wie möglich hinauszuzögern.

Bereits ab Mitte der 70er Jahre nahmen die ökonomischen Schwierigkeiten des Regimes rapide zu, wurde es Honecker zunehmend schwerer, die nötigen Mittel für „soziale Maßnahmen“, also Zugeständnisse aufzubringen, mit denen die neue Bourgeoisie die „politische Stabilität“ sichern will. Inzwischen ist die Entwicklung einen Schritt weiter gegangen. Im vergangenen Jahr gelang es dem Honecker-Regime nicht mehr, die bis dahin noch vorhandene Proportion zwischen Angriffen auf das Lebensniveau der Werktätigen und Zugeständnissen aufrechtzuerhalten.

Vor allem die Teuerungswelle bei langbleibigen Konsumgütern im letzten Herbst bedeutete einen Einschnitt. Die Aufrechterhaltung bzw. Fortsetzung dieser Preissteigerungen um 50 bis 300 Prozent bei einer großen Anzahl von Konsumgütern hätte bedeutet, daß die Zugeständnisse des Honecker-Regimes keinerlei Ausgleich der Angriffe und Anschläge der neuen Bourgeoisie auf das Lebensniveau mehr schaffen würden. Bekanntlich zwangen die Werktätigen die SED durch breite Unzufriedenheit und Empörung, vor allem aber durch die Tat zum teilweisen und vorläufigen Rückzug. In mehreren Städten (nach unserer Information, die nicht aus westlichen Medien stammen zum Beispiel in Karl-Marx-Stadt, Frankfurt/O., Rostock und Berlin) ist es zu Unruhen oder Aktionen der Arbeiter gekommen.

Aktionen der Arbeiter soll es in mehreren Orten auch gegen die katastrophale Versorgungslage gegeben haben, die bereits '78 unzumutbar war und

sich noch weiter verschlimmert hat.

Neue Verschärfung der Klassengegensätze

Die Unzufriedenheit über die schlechte Versorgungslage erfaßt breite Teile der Bevölkerung. Vor allem bei der Versorgung und im Herbst '79 bei den Preisen zeigte sich, daß die Verschärfung der Klassengegensätze in ein neues Stadium eingetreten ist.

Die nächste Zeit wird vor allem auf ökonomischem Gebiet eine weitere Verschlechterung der Lage und ein Anwachsen der Aktivität, der Aktionen, des Klassenkampfes der Arbeiter und anderen Werktätigen bringen.

Ein weiterer drastischer Abbau sozialer Errungenschaften und Leistungen ist ebenso wie eine stärkere Teuerung und wei-

fen reaktionäre Elemente, wobei die Differenzierung noch nicht allzuweit fortgeschritten ist und der Einfluß negativer Kräfte überwiegt.

Drittens gibt es auch an der SED-Basis mehr Leben, teilweise offiziell geübte Kritik an besonders massenfeindlichen Maßnahmen der Führung (vor einiger Zeit zum Beispiel am Ausbau des X. Interschoops).

Fortschritt in der gewerkschaftlichen und legalen Arbeit

Entsprechend den Richtlinien des IV. Parteitag ist auch unsere Sektion im letzten Jahr verstärkt zur gewerkschaftlichen Arbeit, zur Arbeit in den revisionistischen Massenorganisationen u.a. legalen Formen der Arbeit übergegangen.

Insgesamt ist ein Fortschritt erzielt worden, und wir haben



Widerstand gegen das Ostberliner Regime. Jugendliche lieferten sich am 7. Oktober 1977 auf dem Alexanderplatz in Ostberlin Straßenschlachten mit der Volkspolizei.

tere Verschlechterung der Versorgung klar abzusehen. Immer ernster wird das Problem der Energieversorgung.

Die gegenwärtige Rationalisierungswelle („Rationalisierungsschub“) wird Streß und Arbeitshetze wesentlich stärker als bisher steigern. Es gibt Anzeichen, daß in den 80er Jahren auch in der DDR die Erhaltung der Arbeitsplätze in Gefahr gerät.

All dies kommt auf die Arbeiterklasse zu und zwingt sie immer mehr, sich aktiv, durch Kampf in verschiedenen Formen den Angriffen der neuen Kapitalisten auf ihren Lebensstandard entgegenzusetzen.

Was das unmittelbar politische Leben, insbesondere den Widerstand der Arbeiterklasse und übrigen Werktätigen, alle demokratischen Kräfte gegen die politische Unterdrückung angeht, so ist eine weitere politische Belebung, eine Verstärkung der politischen Opposition, ein offeneres Auftreten verschiedener Gruppen und Strömungen zu verzeichnen.

Zum ersten gibt es erkennbar eine stärkere politische Opposition von Seiten der Arbeiter und werktätigen Massen. Davon zeugt die Reaktion des Regimes, vor allem das 3. Strafrechtsänderungsgesetz, davon zeugen zum Beispiel auch die Ergebnisse der „Wahlen“ zu den örtlichen „Volksvertretungen“ im Mai letzten Jahres.

Zweitens gibt es eine stärkere kleinbürgerlich-demokratische und bürgerlich-revisionistische Opposition sowie das offener politische oppositionelle Auftreten der reaktionären Kirchen. In dieser Bewegung gibt es sowohl fortschrittliche als auch antirevolutionäre pseudomarxistische, konsequente revisionistische und of-

einige Erfahrungen gesammelt. Die Genossen wachsen stärker in die Arbeitskollektive hinein, führen mehr politische Gespräche am Arbeitsplatz und nutzen stärker Versammlungen, Wahlen in den Massenorganisationen, revisionistische Schulungen usw., um die Kollegen zur Verteidigung ihrer Interessen zu mobilisieren, unsere Standpunkte — so konsequent wie möglich — zu vertreten und den Feind vor Ort zu isolieren. Es gibt bereits eine ganze Reihe guter Initiativen.

Ein Genosse, der im Gesundheitswesen tätig ist, erreicht, daß sich die Kollegen stärker für kleine Forderungen und Verbesserungen einsetzen. Hervorzuheben ist die systematisch gewerkschaftliche Arbeit eines Genossen, die dazu führte, daß auf der diesjährigen Vertrauensleutewahl erstmals eine harte Konfrontation zwischen Leitung und Kollegen da war und die Kollegen tatsächlich mobilisiert wurden. Andere Genossen arbeiten mit Erfolg als FDJ-Funktionäre, Schulungsleiter usw.

Natürlich ist das alles erst ein bescheidener Anfang und kein Durchbruch. Wir müssen diese Arbeit noch kontinuierlicher betreiben, auf lange Sicht arbeiten und nie die Geduld verlieren, unsere Möglichkeiten genauer kennen. Das Ziel ist klar: Wir müssen überall zu gemeinsamem Handeln mit Kollegen, Hausbewohnern usw. für unsere gemeinsamen Interessen kommen, denn dabei lernen die Kollegen und auch wir politisch am meisten dazu.

Die Wirksamkeit der Agitation weiter verbessern

Auch unsere Agitation zum gewerkschaftlichen Kampf, zum

Kampf gegen die Senkung des Lebensniveaus überhaupt hat sich verbessert. Ein positives Beispiel war der Artikel zu den Gewerkschaftswahlen letzten Herbst im „Stachel“, der praktisch und mobilisierend war. Auf dieses Niveau müssen wir die Agitation überall heben. Die Agitation soll außerdem breiter werden. Für die nächste Zeit sind von den Zellen Flugblätter für Bauarbeiter, für Studenten und das erste größere Flugblatt für die Landbevölkerung geplant.

An dieser Stelle noch eine kurze Einschätzung der Wirksamkeit unserer Agitation überhaupt. Es gibt inzwischen eine Anzahl von Informationen, die besagen, daß unser Material zirkuliert, daß es sich unter der Bevölkerung herumspriecht, wenn Flugblätter auftauchen, daß der Staasi ziemlich ernsthaft auf von uns gemalte Lösungen reagiert.

Wichtig ist, daß nach Informationen aus erster Hand für den Staasi unsere illegale Agitation quantitativ und qualitativ stärker ist als die anderer Gruppen (zum Beispiel Trotzkiisten) oder westlicher Herkunft.

Zu wichtigen Ereignissen (Wahlen, 3. Strafrechtsänderungsgesetz, Auseinandersetzung im revisionistischen Schriftstellerverband) hat unsere Partei richtig Stellung genommen, zum Handeln aufgefordert und praktische Hinweise gegeben. Die Jugendbroschüre zeigt anschaulich die Unterdrückung der Jugend auf, enthält ebenfalls eine Anleitung zum Handeln. Aber es gibt olgende Mängel zu überwinden und folgende Aufgaben stehen an:

1. Die Agitation gegen die politische Unterdrückung muß konkreter, praktischer und mobilisierender werden, wir müssen stärker die Unterdrückung der elementaren Freiheiten und Rechte anprangern, dürfen dieses Feld nicht der westlichen Menschenrechtspropaganda und den revisionistischen pseudodemokratischen „Regimekritikern“ wie Havemann überlassen. Wir müssen uns mehr an die konkreten Tatsachen der politischen Unterdrückung und an die lebendigen Beispiele des Protestes und Kampfes gegen sie halten, gerade bei den alltäglichen kleinen Fällen der Unterdrückung, die alle erfahren und ablehnen (zum Beispiel Schikanen der Bullen, „freiwilliger Zwang“ zum „Soli-Beitrag“ usw.), können wir am ehesten mobilisierend wirken und praktische Hinwei-

se geben. solidarisch mit den politisch Verfolgten auftreten und praktische Solidarität üben. Schließlich müssen wir selbst Beispiele des Kampfes gegen die politische Unterdrückung schaffen, vor allem stärker öffentlich wirksam werden.

Unsere Partei muß sich in der DDR stärker als demokratische Kraft profilieren, um ihren Einfluß auf alle demokratisch gesinnten Kräfte zu erhöhen!

Die Front gegen Militarismus und Krieg

Wir sind in den letzten Jahren bei verschiedenen Anlässen mit unserer Agitation auf die wachsende Kriegsgefahr eingegangen und haben die Einschätzung unserer Partei zur internationalen Lage, zu den Supermächten usw. und die Aktionslosung der Partei zum Kampf gegen die Kriegsgefahr propagiert. Es stellen sich folgende Aufgaben:

1. Noch überzeugender, mit mehr Information und konkreter Argumentation das kriegstreiberische Wesen der Supermächte, vor allem Moskaus, entlarven; alle Illusionen über Entspannung und Friedenssicherung durch die imperialistischen Mächte noch anschaulicher widerlegen und die Kriegsgefahr und die reale Möglichkeit eines Krieges auch im „Atomzeitalter“ noch klarer aufzuzeigen. Diese Aufgabe steht unseres Erachtens vor der gesamten Partei.

2. Wir müssen stärker die Agitation zur wachsenden Kriegsgefahr mit der Agitation gegen den Militarismus verbinden. Das wurde vor längerer Zeit in einem Flugblatt für Einberufene vorbildlich gemacht, in dem auch auf die Zustände in der Armee eingegangen wird und den gerade Eingezogenen praktische Hinweise gegeben werden. Ähnlich müssen die aktuellen Interessen der Bevölkerung gegen die NVA und die russischen Besatzer vertreten werden. Ständig werden neue, kostspielige Militärobjekte hochgezogen, mehr Gebiete von der Armee vereinnahmt, wird die Bevölkerung durch Militärflugzeuge belastigt, wird die Natur und werden Felder verwüstet usw. All dies muß in der Agitation aufgegriffen werden, überall, wo diese Fragen konkret stehen.

3. Gerade auf diesem Gebiet, wo der Spielraum für praktische Kämpfe besonders eng, die angedrohten Strafen besonders hoch sind, müssen wir es verstehen, eine Anleitung

den Krieg verabscheuen, der Kriegstreiber der Imperialisten nicht wehrlos ausgeliefert sind.

Organisatorische Probleme

Die Illegalität und die noch relativ geringe Zahl der Genossen bringt natürlich Probleme mit sich. Andauernd gibt es vermeintliche oder tatsächliche Anzeichen von Verfolgung, die organisatorischen Aufwand erfordern, Zeit kosten — ganz abgesehen von der nervlichen Belastung. Außerdem haben viele Genossen Doppelfunktionen, gibt es Hektik durch zu viele organisatorische Pannen usw. Es kommt darauf an, die Disziplin (vor allem pünktliche Einhaltung von Treffs) weiter zu heben, die Arbeitsteilung stärker auszubauen, eine bessere Konzentration auf das wirklich Notwendige zu erreichen. Auch die organisatorischen Verbindungen unserer Sektion zur Zentrale müssen noch zuverlässiger funktionieren.

Zur Schulungsarbeit

Im letzten Jahr wurden in den meisten Zellen eine Reihe von Schulungen durchgeführt, ein Material zum Studium der Politischen Ökonomie auf der Grundlage des sowjetischen Lehrbuches „Politische Ökonomie“ von 1955 erarbeitet, und in verschiedenen Zellen wird das Werk Enver Hoxhas „Imperialismus und Revolution“ auszugswise geschult.

Doch nach wie vor verläuft die Schulungsarbeit sporadisch und ziemlich planlos, weil es kein zusammenhängendes Grundschulprogramm für unsere Sektion gibt. (Die Materialien der Sektion Westdeutschland/Westberlin können gerade weil sie gut Theorie und Praxis in Westdeutschland verbinden, nicht direkt übernommen werden.)

Eine Schwerpunktaufgabe der SL für dieses Jahr besteht darin, ein derartiges Grundschulprogramm für unsere Sektion zu erarbeiten. Ferner ist es notwendig, die Auswertung der aktuellen politischen Ereignisse in den Zellen und die Auswertung des ZO planmäßiger zu gestalten. An einer Mitarbeit noch nicht angegliederter Genossen unserer Sektion am Schulungsprogramm sind wir sehr interessiert.

Genossen! Im vergangenen Jahr hat es, wie dieser Bericht zeigt, bei uns Fortschritte bei der Durchsetzung der Beschlüsse des IV. Parteitages, der Forderung, die Genosse Ernst in seinem Referat „Propaganda- oder Kampfpartei...“ stellte, gegeben. Gleichzeitig zeigte sich eins ganz deutlich:

Wie schnell und wie ernsthaft wir weitere Fortschritte bei der Verankerung der Partei in den Massen, bei der Überwindung des reinen Propagandacharakters unserer Tätigkeit, beim Aufbau einer Kampfpartei erreichen, hängt entscheidend davon ab, wie schnell wir die Sektion vergrößern können und den organisatorischen Zusammenschluß aller Kräfte erreichen, die in der DDR zum Kampf oder zur Mitarbeit unter unserer Führung schon bereit sind.

Schließlich ist es von großer Bedeutung, diejenigen, die sich an unsere Partei gewandt haben, zu betreuen, möglichst viele von ihnen zur Mitarbeit in verschiedenen Formen heranzuziehen. Wir wären sonst Leute, die säen, aber nicht ernten.

Rot Front! Sektionsleitung der Sektion DDR (Dieser Bericht ist leicht gekürzt, Red.)



Der „Rote Morgen“ — Ausgabe DDR — wird in der DDR illegal verbreitet.

2. Wir müssen praktisch gegen die politische Unterdrückung tätig werden; es gilt, näher heranzukommen an alle diejenigen (Arbeiter, Jugendliche, demokratische kleinbürgerliche Intellektuelle...), die sich gegen die politische Unterdrückung auflehnen und sie am eigenen Leibe verspürt haben. Wir müssen beginnen, in der kleinbürgerlich-demokratischen Opposition zu arbeiten, Verbindungen zu ehrlichen, fortschrittlichen Elementen knüpfen. Wir müssen stärker

zum Handeln zu geben, legale Möglichkeiten zum Beispiel Eingaben zu nutzen und zu propagieren, Einfluß auf die vorhandene kleinbürgerlich-pazifistische Strömung zu nehmen, Beispiele der Gegenwehr gegen den Militarismus populär zu machen und selbst Vorbild zu sein in der Nutzung praktischer Möglichkeiten. Durch unsere Agitation und Praxis müssen wir unter den Werktätigen die Erkenntnis stärken, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen, die heute in Ost und West

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst

Kurs auf Mediengewerkschaft

Alfred Horné zum neuen Vorsitzenden gewählt

MÜNCHEN. — Vom 30.3. bis zum 1.4. fand in München der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst im DGB statt. Die Delegierten beschlossen mehrheitlich, „das Ziel einer Gewerkschaft Kunst und Medien mit allen Kräften anzustreben“.

Diese Weichenstellung hin zur Mediengewerkschaft war auf dem Gewerkschaftstag nicht umstritten. Es hatte harte Kontroversen darum gegeben. Die Gewerkschaft Kunst ist gegenwärtig noch eine Kartellgewerkschaft, die einzige unter dem Dach des DGB. Sie setzt sich aus acht verschiedenen Mitgliederverbänden zusammen: Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), Deutsche Orchester-vereinigung (DOV), Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (GBDA), Deutscher Musikerverband (DMV), Schutzverband Bildender Künstler (SBK), Internationale Artistenloge (LAL), Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler (BGBK), Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und Konzertierender Künstler (GDMK).

Die Verwirklichung einer Gewerkschaft Kunst und Medien bedeutet für die Kartellgewerkschaft Kunst zunächst einmal Umwandlung in eine Mitgliedergewerkschaft mit gemeinsamen Gremien von der Ortsebene bis zum Hauptvorstand. Die Eigenständigkeit der Einzelverbände muß aufgehoben werden. Gemäß einem Beschluß des letzten Gewerkschaftstages vor drei Jahren hat eine Organisationskommission ein entsprechendes Struktur- und Satzungsmodell erarbeitet und vorgelegt.

Um aber eine einheitliche Mediengewerkschaft zu schaffen, müssen auch die Probleme der Überschneidungen mit anderen DGB-Gewerkschaften gelöst werden, die ebenfalls im Medienbereich arbeiten. Der

Kongress nahm einen Initiativantrag des Vorsitzenden der RFFU, Alfred Horné, an, in dem die Schritte festgelegt sind, die zum Ziel der Mediengewerkschaft führen sollen.

Zunächst soll das Organisationsmodell in den Mitgliederverbänden diskutiert werden. Die Meinungsbildung soll dann bis Ende 1982 abgeschlossen sein. Danach soll ein außerordentlicher Gewerkschaftstag über das Organisationsmodell entscheiden. Parallel zu diesen Schritten zur Umwandlung der Gewerkschaft Kunst soll der Zentralvorstand in Gesprächen mit dem DGB-Bundesvorstand, der IG Druck und Papier und anderen Organisationen deren Haltung zur Frage einer Gewerkschaft Kunst und Medien feststellen und darüber berichten.

Es ist nur zu hoffen, daß die Initiative dieses Gewerkschaftstages eine zügige Verwirklichung der Mediengewerkschaft im DGB möglich macht. Sowohl die vielen ungelösten sozialen Probleme, von denen die große Mehrheit der Kulturschaffenden betroffen ist, als auch die Tatsache, daß die Medien immer stärker in das Kreuzfeuer der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung geraten, daß der Druck der politischen Reaktion und die Zensur in versteckter und offener Form anwachsen, machen eine kampfstärke und einheitliche Gewerkschaftsorganisation notwendig. Dies wurde auch an den Diskussionen auf dem Gewerkschaftstag deutlich.

Nicht zuletzt drehte sich die

Diskussion auch um die Frage des Selbstverständnisses der Künstler, ihrer gesellschaftlichen und politischen Rolle und Verantwortung. Es zeigte sich, daß diese Diskussion dringend notwendig ist, damit die gewerkschaftlich organisierten Kulturschaffenden ihre Rolle in der Gesellschaft, ihr Verhältnis zu den herrschenden Mächten, zum bürgerlichen Staat, besser und einheitlich bestimmen können. Denn gegen die Knebelung fortschrittlichen Kulturschaffens, gegen die Strategie der Reaktion, die Medien total zu beherrschen, gleichzuschalten und sie in den Dienst der Unterdrückung aller fortschrittlichen Bestrebungen und der Volksverdummung zu stellen, muß gewerkschaftliche Gegenmacht aufgebracht werden.

Die Gewerkschaft Kunst, die den Hauptstamm dieser gewerkschaftlichen Front bilden muß, ist in den letzten sechs Jahren stark gewachsen. Sie zählt gegenwärtig knapp 50 000 Mitglieder, das sind rund 50 Prozent aller in den Bereichen Bildende Kunst, Theater, Show und Artistik, Musik und Musikerziehung, Film und Rundfunk Tätigen. Das ist ein im DGB-Maßstab guter Organisationsdurchschnitt.

Mit knapper Mehrheit wurde der RFFU-Vorsitzende Alfred Horné, ein Vertreter des forcierten Kurses auf die Mediengewerkschaft, zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft Kunst gewählt. Sein Gegenkandidat war Hans Herdlein, Präsident der Bühnengenossenschaft (GDBA).



Warnstreik der Dortmunder Müllarbeiter. Jetzt wollen die öffentlichen Dienstherren mit Lohnabzügen und teilweise sogar Maßregelungen Rache nehmen.

Maßregelungen wegen ÖTV-Warnstreiks

Eintragung in Personalakten angekündigt

Auch Lohn- und Gehaltsabzüge soll es geben

FRANKFURT. — Der als besonders gewerkschaftsfeindlich berüchtigte CDU-beherrschte Magistrat der Mainmetropole will alle Bedienstete der Stadt Frankfurt, die sich an den Arbeitsniederlegungen im Rahmen der ÖTV-Tariffbewegung beteiligt haben, mit einem Vermerk in die Personalakte maßregeln.

Dies wurde in der vergangenen Woche vom Personaldezernenten, Stadtrat Brück, der Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“ auf Anfrage hin mitgeteilt. Brück erklärte, er habe sämtliche Amtsleitungen angewiesen, etwaige Arbeitsausfälle während der Zeit der ÖTV-Aktionen zu erfassen und zu melden. Wer als Teilnehmer an Arbeitsniederlegungen ermittelt wird, soll dann eine „Abmahnung“ erhalten, die in der Personalakte vermerkt wird.

Brück kündigte ferner Lohn- bzw. Gehaltsabzüge für die ausgefallenen Arbeitsstunden an. Er verwies darauf, daß dies auch gar kein Streitpunkt mit der ÖTV-Gewerkschaft sei, da die ÖTV es übernommen habe, ihren Mitgliedern die dementsprechenden Verdienstaufschüsse mit Streikgeld zu vergüten. Nach einer Umfrage der Deutschen Presseagentur hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände ihren Mitgliedern inzwischen per Rundschreiben Lohn- und Gehaltsabzüge empfohlen. Neben Frankfurt haben inzwischen auch Köln und München angekündigt, daß man dieser Empfehlung nachkommen wolle.

Der Vorsitzende der Frankfurter Ortsverwaltung der ÖTV-Gewerkschaft, Karlheinz Jungmann, erklärte, er wolle gegen die angekündigten Maßregelungen „zu gegebener Zeit“ den ÖTV-Vorstand veranlassen.

Opel / Bochum

Türkische Kollegen demonstrierten vor dem Personalbüro

BOCHUM. — Am Donnerstag vorletzter Woche kam es bei den Opel-Werken in Bochum während der Frühstückspause zu einer Demonstration türkischer Kollegen vor dem Personalbüro.

An der Aktion beteiligten sich mehrere hundert türkische Arbeiter. Sie fordern für dieses Jahr die Verlängerung ihres Urlaubs um drei bis fünf Tage, damit sie die Möglichkeit haben, in ihrer Heimat an dem dort höchsten mohammedanischen Feiertag, dem Bayram-Fest teilzunehmen.

Bereits im Januar ist die Werksleitung darauf aufmerksam gemacht worden, daß die türkischen Kollegen ohne eine Verlängerung oder Verschiebung des vorgesehenen Urlaubs unmittelbar vor dem Beginn bzw. auch während des fünf

Tage dauernden Bayram-Festes die Rückreise nach Bochum antreten müßten. Die Werksleitung jedoch ignoriert dieses Problem.

Für die türkischen Kollegen besitzt das Bayram-Fest ungefähre die gleiche Bedeutung wie für uns Deutsche das Weihnachtsfest. Auch für deutsche Arbeiter wäre eine solche Urlaubsverlängerung in einer vergleichbaren Situation eine selbstverständliche Forderung.

Der Vertrauensleutkörper der IG Metall und der Betriebsrat unterstützen die Forderung der türkischen Kollegen.

sen, sich bei der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber über das Verbandsmitglied Stadt Frankfurt zu beschweren.

Denn die Abmahnungen seien ein eindeutiger Verstoß gegen eine Protokollnotiz, auf die sich die beiden Tarifparteien in Stuttgart geeinigt hätten. Diese Protokollnotiz beinhalte, daß über Lohn- und Gehaltsabzüge hinaus keine weitergehenden Maßnahmen gegen die Teilnehmer an den ÖTV-Aktionen ergriffen würden.

Ins offene Messer

Die angedrohten Abmahnungen sind ein skandalöser Angriff auf das Streikrecht. Daß der Frankfurter Magistrat hier offensichtlich eine reaktionäre Vorreiterrolle spielt, beruht auf Tradition. Es ist noch kein Jahr her, daß der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann die Demonstration des DGB gegen das Deutschlandtreffen der NPD-Faschisten verboten hat: ein bis dahin einmaliger Unterdrückungsakt gegen die größte demokratische Organisation in der Geschichte dieser Republik!

Leider werden solche Vorstöße gegen das Streik- und Demonstrationsrecht durch das Vorgehen reaktionärer Gewerkschaftsführer begünstigt. ÖTV-Chef Kluncker und Konsorten haben auf die sonst in solchen Situationen übliche Maßregelungsklausel beim Tarifabschluß verzichtet. Stattdessen

soll die oben erwähnte Protokollnotiz verfaßt worden sein.

Aber eine Protokollnotiz ist keine tarifvertragliche Klausel. Zum anderen gesteht sie den Dienstherren sogar ausdrücklich das Recht auf Lohn- bzw. Gehaltsabzüge zu. Die Tatsache, daß die ÖTV-Führung dafür Streikunterstützung bezahlen will, ändert nichts daran, daß ein solches Zugeständnis dem Unternehmerlager die Tore für weitere Beschneidungen des ohnedies schon stark verstümmelten Streikrechts öffnet.

Was die angekündigten Maßregelungen betrifft, so hätte zumindest die Frankfurter Ortsverwaltung der ÖTV dagegen sofort gewerkschaftliche Protestaktionen organisieren müssen. Daß dies nicht geschah, ist schlimm. Man muß sich nur einmal vor Augen halten, was solche Eintragungen in die Personalakte für den einzelnen Kollegen bedeuten! Wenn derartige Einschüchterungsmaßnahmen einfach hingenommen werden, so heißt das nichts anderes, als die Kollegen ins offene Messer rennen zu lassen und die Zerstörung der gewerkschaftlichen Solidarität und Kampfkraft widerstandslos hinzunehmen.

AEG-Sanierung

Massenentlassungen in Esslingen

ESSLINGEN. — Im Rahmen des Rationalisierungsfeldzuges der AEG-Konzernherren sollen innerhalb der kommenden drei Jahre rund drei Viertel der Beschäftigten im Werk Esslingen entlassen werden.

Gegenwärtig werden im Werk Esslingen von AEG 830 Menschen beschäftigt. Wie jetzt bekanntgegeben wurde, sollen in den nächsten drei Jahren 610 Kollegen entlassen werden, so daß das Esslinger Werk dann nur noch 220 Belegschaftsmitglieder umfaßt.

Insgesamt wollen die AEG-Bosse rund 15 000 Beschäftigte des Elektrokonzerns in der BRD und Westberlin entlassen. Die IG-Metall-Führung hat zwar schon vor längerem koordinierte gewerkschaftliche Maßnahmen gegen die Massenentlassungen angekündigt. Praktische Schritte in dieser Hinsicht jedoch sind bis heute nicht erfolgt.

RGO-Betriebsräte bei Hoesch

Diese Woche neue Verhandlungen vor Arbeitsgericht

Auch Betriebsrat will einstweilige Anordnung revidieren

DORTMUND. — Wie wir im letzten RM berichteten, hat der Hoesch-Vorstand beim Landesarbeitsgericht Beschwerde gegen die einstweilige Anordnung des Dortmunder Arbeitsgerichts eingereicht.

Diese Anforderung öffnete den entlassenen Betriebsräten zunächst wieder die Werkstore zur Wahrnehmung ihres Amtes als Belegschaftsvertreter. Inzwischen hat auch die reaktionäre Betriebsratsclique um Heinz Menne nachgezogen und beschlossen, gegen den Gerichtsbeschluß Beschwerde einzulegen.

Es ist ein ekelhaftes Spiel, das da von Betriebsräten, die sich als „Partner“ der Hoesch-Kapitalisten begreifen, betrieben wird. Mit der von ihnen fanatisch unterstützten Maßregelung der beiden RGO-Betriebsräte wird dem Betriebsrat faktisch das Recht genommen, die Belegschaft über Dinge wie zum Beispiel einen Sozialplan rechtzeitig zu informieren, bevor hinter verschlossenen Türen in Geheimverhandlungen zwischen Betriebsratsspitze und Konzernherren die Entscheidungen ausgemacht worden sind.

Weil diese Entlassungen eindeutig auf die weitere Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte und der betrieblichen Interessenvertretung zielt, hat sich eine breite Protestbe-

wegung dagegen entwickelt. Auch zahlreiche Funktionäre aus verschiedenen Einzelgewerkschaften des DGB haben sich solidarisiert. Ferner haben viele bekannte demokratische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Solidarität bekundet. So zum Beispiel Günter Wallraff, der sich bereit erklärt hat, auf einer Solidaritätsveranstaltung am 20. April in Dortmund zu sprechen.

Inzwischen steht der Ge-

richtstermin für die Berufungsverhandlung über die einstweilige Anordnung vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm fest: Sie findet am 23. April statt. Am Tag davor, am 22. April, findet die Verhandlung vor dem Dortmunder Arbeitsgericht über die Kündigungsschutzklage des Kollegen Norbert Bömer statt. Der Verhandlungstermin für die Klage von Hartmut Siemon ist auf den 24. April angesetzt.



Norbert Bömer und Hartmut Siemon

Westberliner DGB-Chef rechtfertigt Aussperrung

Auch schärfere

Berufsverbotspraxis gefordert

WESTBERLIN. — Der Vorsitzende des DGB in Westberlin, Walter Sickert, hat der Parteizeitung der Westberliner CDU, „Berliner Rundschau“, ein Interview gegeben, das am 6. April veröffentlicht wurde. Die Äußerungen, die Sickert darin zur Aussperrung und über den seine Meinung nach ungenügenden Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“ machte, sind in den DGB-Gewerkschaften auf scharfen Protest gestoßen.

Sickerts Standpunkt zur Aussperrung entspricht faktisch dem der Unternehmer und ihrer politischen Sachwalter. Streik und Aussperrung werden als gleiche Mittel hingestellt. Durch eine Einschränkung der „globalen Genehmigung zur Aussperrung“ wäre nach Sickert „die Gleichheit wiederhergestellt“. Darunter versteht Sickert folgendes: „...wenn eine Gewerkschaft in einem Betrieb oder in einem Bezirk streikt, daß dann die Arbeitgeber nicht überall in Deutschland mit Gegenmaßnahmen, nämlich mit Aussperrung antworten können“.

Sickert tritt in dem Interview für das Prinzip „gleiche Zahl von Streikenden und Ausgesperrten“ ein. Ferner — und das läßt sich nur als einen Wink an die Bundesarbeitsrichter in Kassel verstehen — erklärte Sickert wörtlich: „Ich persönlich bin der Auffassung, daß der Gesetzgeber sich etwas Neues überlegen muß. Das absolute Recht zur Aussperrung ist genauso falsch wie das absolute dauernde Streiken um Verbesserungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen, bloß die Möglichkeit muß bleiben dabei.“

Mit Recht haben DGB-Funktionäre auf einer Sitzung des Westberliner DGB-Landesvorstandes den Vorwurf erhoben, Sickert stehe nicht auf dem Boden der DGB-Beschlüsse. Sickert fällt hier in der Tat der DGB-Forderung nach dem Verbot der Aussperrung offen in den Rücken. Er vertritt die reaktionäre Ideologie von der „Waffengleichheit“ und diffamiert den gewerkschaftlichen Kampf in übelster Weise als

„dauerndes Streiken um Verbesserungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen“.

Ähnlich verhält sich Sickert auch zum Kampf gegen die Berufsverbote. So forderte er, daß in den öffentlichen Bereichen mit der Toleranz gegen Kommunisten Schluß gemacht werden soll. In einem Chor mit Gewerkschaftsfeinden wie Tandler und Strauß lamentiert er außerdem darüber, es sei unbegreiflich, daß in den DGB-Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht auch auf die DKP bzw. SEW angewendet würden. Sickerts Gesinnung verrät sich besonders deutlich in seinen folgenden wörtlichen Ausführungen:

„Wenn ich daran denke, daß noch zu Zeiten des Mauerbaus, wenn bei Siemens, Borsig oder sonstwo jemand sich als Kommunist bezeichnete, man ihm einen Stacheldraht um die Werkbank rumbaute, damit auch deutlich wurde, wer er ist, hat sich doch eine Toleranz in der Gesellschaft gegenüber diesen Gruppen ergeben.“

Man fragt sich unwillkürlich, wo denn jetzt Maßnahmen des DGB-Bundesvorstandes gegen Sickert zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft bleiben. Wenn sich die Redakteure des Jugendmagazins „ran“ eine kirchenkritische Karrikatur erlauben, dann sehen Vetter und Co. die Einheitsgewerkschaft „aufs höchste bedroht“. Die zügellosen antikommunistischen Hetztiraden eines Walter Sickert hingegen scheinen mit Veters Konzeption von „Einheitsgewerkschaft“ durchaus zu harmonisieren!

IG-Chemie-Delegiertenkonferenz Hagen

Hauenschild im Brennpunkt der Kritik

HAGEN. — Front gegen Hauenschild und seine arbeiterfeindliche Politik macht die IG Chemie in Hagen. Die Delegiertenkonferenz verabschiedete mit großer Mehrheit verschiedene Entschlüsse, in denen scharfe Kritik an dem IG-Chemie-Vorsitzenden geübt und zugleich für das von Hauenschild und seiner Clique attackierte Vorstandsmitglied Paul Plumeyer Partei ergriffen wird.

Zu Hauenschilds Verteidigungssprüchen für Ölmultis und ihren Preisterror stellte die Konferenz fest, sie hätten „bei den Kolleginnen und Kollegen Ärger und Empörung ausgelöst“. „In einer Zeit, in der alle Zeitungen von den Riesengewinnen der Ölgesellschaften berichten und selbst der Wirtschaftsminister die Preispolitik dieser Konzerne scharf verurteilt, sind solche Aussagen unbegreiflich und gewerkschaftlich nicht zu verantworten.“ Das sind klare Worte der Hagerer Delegiertenkonferenz!

Mißbilligt wird in einer Entschliebung auch Hauenschilds Verhalten im Zusammenhang

mit dem Europaparlament. Mit dem Wahlspruch „Ein Europa der Arbeitnehmer“ habe man Wähler gewonnen, die sich jetzt getäuscht fühlten. Dadurch sei der Organisation Schaden entstanden.

Zum Mißtrauensantrag des Kollegen Plumeyer stellte die Konferenz fest, daß Plumeyer ein verdienter Gewerkschafter sei, der nicht „auf so eine Art“ aus dem Hauptvorstand gedrängt werden dürfe. „Wir fordern den Hauptvorstand auf, die gegen Kollegen Paul Plumeyer verhängten Sanktionen zurückzunehmen, auch um die solidarische Geschlossenheit unserer Gewerkschaft zu bewahren.“

Auch die vom Hauptvorstand ins Auge gefaßte Abschaffung des Beschwerderechtes der Verwaltungsstellenvorstände bei Maßregelungen unliebsamer Sekretäre oder Geschäftsführer durch eine Änderung der Satzung wird scharf kritisiert: „Diesem Vorhaben muß mit allen Kräften entgegengetreten werden, weil dadurch bestehende Rechte der Verwaltungsstellenvorstände beseitigt werden sollen.“

Jahresdelegiertenkonferenz HBV Dortmund

Dem Kanzlerkandidaten Strauß entgegentreten

DORTMUND. — Die Jahresdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung Dortmund, die am 24. Februar stattfand, verabschiedete unter anderem einen Antrag „gegen Rechtsentwicklung und Strauß“.

Obwohl uns die Information über die Konferenz mit großer Verzögerung erreichte, halten wir es für sinnvoll, noch darüber zu berichten. Insbesondere der Antrag zu Strauß ist angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen im DGB um diese Frage gewerkschaftspolitisch wichtig.

In dem Antrag wird die Kanzlerkandidatur von Strauß auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung analysiert und es werden die gewerkschaftlichen Schlußfolgerungen gezogen. Der Angriff der Rechtskräfte mit Strauß an der Spitze auf die Einheitsgewerkschaft ist „ein Angriff gegen uns alle und die erreichten demokratischen Rechte unseres Volkes“, heißt es in dem Antrag. Und als Beschluß wurde in dem Antrag folgendes festgelegt:

„Die HBV in Dortmund wird dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Wir fordern unsere Mitglieder auf, dieser Entwicklung in den Betrieben und allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv entgegenzutreten. Der Ortsvorstand der HBV in Dortmund wird durch Aktivitäten, wie zum Beispiel öffentliche Aktionen, seine Mitglieder und die Dortmunder Bevölkerung über die Folgen, die ein Kanzler wie Strauß für die arbeitende Bevölkerung und ihre Gewerkschaft bedeutet, aufklären.“

Diesem Antrag stimmte die überwältigende Mehrheit der 101 anwesenden stimmberechtigten Delegierten zu. Es gab lediglich 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen. Ein Abstimmungsergebnis, das bezeichnendes Licht auf die Versuche gewisser DGB-Führer wirft, unter Hinweis auf angebliche Prinzipien der Einheitsgewerkschaft die gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen Strauß zu unterbinden.

Die Konferenz verabschiedete noch eine ganze Reihe weiterer wichtiger Anträge. Hier seien nur noch einige davon kurz genannt:

Ein Antrag für die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft und gegen die gewerkschaftsfeindliche Hetze von der angeblichen „kommunistischen Unterwanderung“ des DGB (speziell auch der Gewerkschaft HBV). Ein Antrag gegen die Bestrebungen, unter dem Vorwand der Gleichberechtigung die Wehrpflicht für Frauen einzuführen. Ein Antrag zum Kampf gegen die Neonazis und ein Antrag gegen den Olympia-boycott. Erwähnt sei auch noch ein Antrag, der die Erhaltung der Stahlbasis in Dortmund fordert, die durch die Rationalisierungspläne der Konzernherren von Hoesch-Hoogovens bedroht ist.

Solidarität mit Herbert Knapp

In Duisburg hat sich eine Initiative für die Einstellung des Ausschußverfahrens gebildet, das von seiten des IG-Metall-Vorstands gegen Herbert Knapp eingeleitet wurde. Die Kontaktadresse lautet:

Peter Hermann
Tirolerstraße 56
4100 Duisburg 28

Bei dieser Adresse können Unterschriftenlisten und eine Dokumentation angefordert werden. Neben den Solidaritätsunterschriften sollen auch Kopien von Solidaritätserklärungen und Protestresolutionen, die an den IGM-Vorstand in Frankfurt gerichtet sind, an diese Kontaktadresse geschickt werden.

Der „Rote Morgen“ ruft alle Leser auf, sich an der Solidaritätsbewegung für Herbert Knapp zu beteiligen. Es gilt jetzt, schnell zu handeln, da die Zeit drängt. Bereits am 4. Mai findet der erste Anhörungstermin im Rahmen des Untersuchungsverfahrens gegen den Mannesmann-Betriebsratsvorsitzenden statt.

Vertrauensleute der Klöcknerhütte

Solidarität mit Herbert Knapp

BREMEN. — In einem Schreiben an den Vorstand der Industriegewerkschaft Metall forderte die IGM-Vertrauenskörperleitung der Klöckner-Hütte in Bremen die Einstellung des Ausschußverfahrens gegen den Mannesmann-Betriebsratsvorsitzenden Herbert Knapp.

In dem Schreiben, das vom 24. März datiert, heißt es unter anderem:

„Wir kennen den Kollegen Knapp von den Sitzungen der Großen Tarifkommission, in denen er durch sachliche und überzeugende Beiträge viel zur fundierten Begründung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche beigetragen hat. (...) Wir kennen auch seine Kritik an der Taktik der Organisation im Stahlstreik. Diese Kritik — oder Teilaspekte dieser Kritik — wurde und wird von vielen Kollegen geteilt.“



Herbert Knapp

Der Gewerkschaftskommentar

Herrscht über die Forderung, daß die Aussperrung verboten werden muß, Einheit im DGB? In Anbetracht der unzähligen Proklamationen, Beschlüsse, Entschlüsse usw., die darüber schon vorliegen, dürfte diese Frage eigentlich gar nicht mehr auftauchen. Auch das neue Aktionsprogramm des DGB enthält ja diese Forderung. Und niemand wird daran zweifeln, daß es unter der übergroßen Mehrheit der Gewerkschafter über die Notwendigkeit eines Aussperrungsverbotes überhaupt keine Diskussion mehr gibt.

Signale an Kassel?

Wie ist es dann dabei möglich, daß der Vorsitzende des Westberliner DGB sich öffentlich gegen das Verbot der Aussperrung ausspricht und dies zudem auch noch in der örtlichen Parteizeitung der CDU? Unter anderem ist das ein offener Bruch der gewerkschaftlichen Organisationsdisziplin, von den Prinzipien gewerkschaftlicher Solidarität gar nicht erst zu reden.

Wurde gegen Sickert ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet? Natürlich nicht. Hat die DGB-Führung Sickert dann wenigstens umgehend kritisiert? Nichts dergleichen. Bislang kam aus der DGB-Zentrale keinerlei Reaktion auf Sickerts Dolchstoß in den Rücken der Aussperrungsgegner. Und dies, wo doch in diesen Tagen die Herren des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel an ihrem Grundsatzurteil zur Aussperrungsfrage basteln! Signale an Kassel?

Der Fall Sickert ist keineswegs die Ausnahme, die einen solch bösen Verdacht in den Bereich unbegründeter Spekulation verweisen würde. Nehmen wir die Verleihung des vom DGB gestifteten Hans-Böckler-Preises am 5. März dieses Jahres. Der hochdotierte Preis ging ausgerechnet an einen Mann, der just zu dieser Zeit in die heftig wogende öffentliche Aussperrungsdebatte eingriff, und zwar nicht etwa, um die Forderung des DGB nach dem Verbot der Aussperrung zu unterstützen, sondern um diese Forderung als „unhaltbar“ zurückzuweisen. Es handelt sich um den Jesuitenpater und katholischen Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning.

Während der DGB seine Kampagne gegen die Aussperrung verstärkte, konnte man zur gleichen Zeit von diesem Herrn in der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ Sätze wie diesen lesen: „...aus Artikel 9 Absatz 3 GG ein Schutzgesetz zu machen, das als solches den Streik mehr oder weniger unbesehen legitimiert, dagegen die Aussperrung unter Verbot stellt, hat weder in den Tatsachen noch in der geschichtlichen Entwicklung noch im Grundgesetz eine Grundlage.“

Und genau wie einige Wochen später der Präsident des Bundesarbeitsgerichtes Gerhard Müller, so faselte vorher der Jesuitenpater davon, daß die Aussperrung nur zusammen mit dem Streik aus der Welt zu schaffen sei. Ebenso pries noch bevor der Kasseler Gerichtspräsident dies tat, der katholische Professor das arbeiterfeindliche „Friedensabkommen“ in der schweizerischen Maschinenbau- und Uhrenindustrie als Wunschmodell einer idealen Lösung.

Bei der feierlichen Überreichung des Hans-Böckler-Preises an den Jesuitenpater hielt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber die Laudatio. Sie nannte den Herrn von Nell-Breuning einen „unerschrockenen Anwalt der Arbeitnehmer“ und einen „wohlwollenden und kritischen Freund der Arbeiterbewegung“.

Ob Maria Weber auch den Präsidenten des Bundesarbeitsgerichtes als „wohlwollenden und kritischen Freund der Arbeiterbewegung“ betrachtet? Wie dem auch sei. Es gibt bisweilen „Freunde“, die man besser nicht hätte.

IG-Druck-Bezirk gegen Treffen Vetter/Strauß Zum Kampf gegen „Times-Urteil“ aufgerufen

FRANKFURT. — Die Delegiertenkonferenz der Industriegewerkschaft Druck und Papier des Bezirks Frankfurt hat sich gegen ein Treffen des DGB-Vorsitzenden Vetter mit dem Kanzlerkandidaten Strauß ausgesprochen. Die Delegiertenkonferenz befaßte sich auch mit den Angriffen der Justiz auf die IG Druck und ihre Funktionäre im Zusammenhang mit der Solidaritätsaktion für die „Times“ Belegschaft.

Wegen dieser Aktion wurde die IG Druck kürzlich zu 58 000 Mark Schadensersatz verurteilt. Überdies läuft gegen drei Funktionäre der IG Druck ein Strafprozeß wegen ihrer Beteiligung an der Solidaritätsaktion.

Das Vorgehen der bundesdeutschen Justiz erinnere „an die schlimmsten Zeiten der arbeiterfeindlichen Justiz des Sozialistengesetzes im vorigen Jahrhundert“, heißt es in einem



mit Mehrheit verabschiedeten Antrag. Wenn das Urteil des Frankfurter Landgerichts Schule macht, dann wäre dies der Auftakt, die Rechte der Gewerkschafter Scheibe für Scheibe zu beschneiden. „Dieses Urteil muß fallen!“ Der Antrag sieht auch konkrete gewerkschaftliche Aktionen vor, mit denen der Kampf gegen die Angriffe der Justiz aufgenommen werden soll.



In Häftlingskleidung legten diese Sinti vor dem Hungerstreik einen Kranz an der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Dachau nieder.



Tandler, bayrischer Innenminister, hielt die Forderungen der Hungerstreikenden für „unzumutbar“.

Hungerstreik der Sinti im KZ Dachau

„Wir werden nicht mehr vergast, aber immer noch verfolgt, diskriminiert und gedemütigt“

DACHAU. — Am Wochenende wurde der am Karfreitag begonnene Hungerstreik der Sinti auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers beendet. 14 Angehörige der Sinti — wie sich die deutschen Zi-

Romani Rose, Vorsitzender des „Verbands deutscher Sinti“ und einer der Organisatoren des Hungerstreiks, sagte in Dachau: „Wir werden heute zwar nicht mehr vergast, erschossen und gefoltert, aber wir werden immer noch verfolgt, diskriminiert, gedemütigt und sind polizeilichen Repressionen ausgesetzt.“ Als Beispiel dafür nannte Romani Rose das Verbot, öffentliche Campingplätze zu benutzen, und willkürliche Polizeikontrollen. „Sinti-Lagerplätze werden wie Terroristenlager mit Hunden und Maschinenpistolen umstellt mit der scheinheiligen Begründung, es sei irgendwo in der Gegend eingebrochen worden.“

Der unmittelbare Anlaß für die Aktion in Dachau ist die besondere Verfolgung der Sinti im Freistaat Bayern, die ihre Quelle in der jahrzehntelangen rassistischen Praxis des Landeskriminalamtes (LKA) hat. Das LKA hatte unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus eine sogenannte Landfahrerzentrale gebildet. In dieser Behörde arbeiteten Beamte, die schon während der faschistischen Diktatur die Verfolgung der Sinti betrieben — und damit die Ermordung von mindestens einer halben Million Sinti vorbereitet — hatten. Und die Landfahrerzentrale arbeitete bis zu ihrer Auflösung 1970 mit den rassistischen Akten aus der Nazi-Diktatur, vor allem wenn es darum ging, berechnete Wiedergutmachungsansprüche von überlebenden Sinti abzuschmettern (siehe auch Artikel auf dieser Seite).

Aber auch nach der offiziellen Auflösung der „Landfahrerzentrale“ sind die erwähnten Akten weiter im Umlauf. Angesichts dieser skandalösen bayrischen Politik verlan-

gen die Sinti — wie Romani Rose in Dachau sagte —, daß Innenminister Tandler „eine öffentliche Rehabilitierung vornimmt, damit das Spießrutenlaufen für unser Volk endlich zu Ende geht.“ Außerdem verlangen sie eine verbindliche Auskunft darüber, „wann, wo und auf wessen Anordnung die Akten der Landfahrerzentrale vernichtet wurden, und wo die alten Akten des Reichssicherheitshauptamtes und des Rassehygieneamtes verblieben sind, aus denen das Landeskriminalamt laufend referiert hat.“

Diese berechtigten Forderungen sind durchaus nicht neu. Aber die Staatsregierung des Herrn Strauß und seiner Vorgänger hat sich ihnen gegenüber stets taub gestellt. Und nicht nur das. Als im vergangenen Juli acht Vertreter des „Verbands deutscher Sinti“ und der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ zu einem vorher angemeldeten Besuch im bayrischen Innenministerium erschienen, um diese Forderungen vorzutragen, wurden sie von einer ganzen Hundertschaft der Polizei empfangen.

Und auch auf den Hungerstreik wußte die Regierung im Land des schwarzen Kanzlerkandidaten zunächst nur eine Antwort: Verbot, Unterdrückung der beabsichtigten Aktion. Die Leute um den ehemaligen Nazi-Offizier für wehrgeistige Führung, Strauß, erdreisteten sich, den Sinti das Betreten des KZ-Geländes zu verbieten. Und einer der Hungerstreikenden ist selbst früher Gefangener in Dachau gewesen, zu einer Zeit, da Strauß seine Karriere als Einpeitscher der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ vorantrieb. Die Aktion der Sinti konnte

geuner selbst nennen — wollten mit dieser Aktion ein Zeichen im Kampf ihres Volkes gegen die fortgesetzte Verfolgung durch die Behörden setzen.

schließlich nur dadurch zustandekommen, daß die auf dem ehemaligen KZ-Gelände gelegene evangelische Versöhnungskirche ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellte.

Von Anfang an wurde der Hungerstreik entschlossen und kämpferisch durchgeführt. Dazu hat sicher auch die breite Solidarität der Zigeuner in aller Welt und der demokratischen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land beigetragen. Solidaritätstelegramme kamen auch von prominenten Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland, zum Beispiel vom Kölner Schriftsteller Heinrich Böll, von dem jüdischen Geiger Jehudi Menuhin und von dem amerikanischen Schauspieler Yul Brunner, der selbst Zigeuner ist.

Aber all das konnte das bayrische Innenministerium nicht zu einem Eingehen auf die Forderungen der Sinti bewegen. Auch als Peter Tronja nach fünf Tagen des Hungerstreiks zusammenbrach, als Ranko Brantner einen Kreislaufkollaps erlitt, zeigte sich Herr Tandler in München ungerührt. Er ließ von seinen Lakaien die Forderungen der Sinti als eine „nicht zu realisierende Zumutung“ zurückweisen. In diesem Sinne äußerte sich auch der CSU-Landtagsabgeordnete Martin Mayer, der in der Aktion Sinti schlicht eine Kampagne gegen seine Partei und ihren Führer Strauß sah. Am vergangenen Dienstag bequeme sich dann ein Beamter des Innenministeriums nach Dachau. Aber auch dieser Herr, Staatssekretär Neubauer, hatte nur das eine zu sagen: Man könne es einem Mitglied der Staatsregierung — gemeint war Minister Tandler — nicht zumuten, seinen Vorgängern rechtswidrige

Handlungen zu unterstellen.

Diese Vorgänger hatte ja nun nicht mehr und nicht weniger getan, als das Grundgesetz dieses Staates mit Füßen getreten, indem sie die Verfolgung der Sinti im Geiste der faschistischen Rassenpolitik fortsetzten. Diese Tatsache einzugestehen und zu verurteilen, die alten Nazi-Akten zu vernichten und den Sinti endlich ihre gesetzlichen Rechte zu garantieren — das war also für Herrn Tandler unzumutbar.

Erst am Freitag, als die Situation der Hungerstreikenden noch kritischer wurde, zeigte das Innenministerium eine erste Bereitschaft zum Einlenken. Unter Leitung von Neubauer fand in München ein Gespräch statt, an dem Politiker der Landtagsparteien und Romani Rose als Vertreter der Sinti teilnahmen. Nach sechsstündigen Verhandlungen wurde eine gemeinsame Erklärung erstellt, in der das Innenministerium

- die alte Landfahrerverordnung — allerdings nur halbherzig — kritisiert,

- dem Verbleib der Nazi-Akten nachzugehen verspricht,

- zusagt, Fälle von „fehlerhafter Sachbehandlung“ der Sinti zu überprüfen.

Dieses Ergebnis ist zweifellos ein Erfolg der Sinti und der Solidaritätsbewegung — wenn es auch Herr Tandler nach wie vor nicht für nötig hält, eine Stellungnahme abzugeben. Aber natürlich sind mit der Erklärung von München die Probleme der Sinti noch nicht aus der Welt geschafft. Es gilt nach wie vor, den Kampf für die Erfüllung ihrer Forderungen zu führen.

Die zweite Verfolgung der Sinti in Deutschland

Mindestens 500 000 Zigeuner wurden von den Faschisten vergast, erschossen, zu Tode gefoltert. Dieser Völkermord ist von den Herrschenden in der Nachkriegszeit nicht nur systematisch totgeschwiegen worden. Mit allen Mitteln — vom nackten Terror bis zum offenen Rechtsbruch — hat der Bonner Staat die Überlebenden um die ihnen zustehende Wiedergutmachung betrogen.

Und diejenigen, die etwas bekommen haben, wurden nur zu oft mit einem Almosen abgefunden.

Die juristischen Grundlagen für diese Praktiken hat 1956 der Bundesgerichtshof (BGH) persönlich in einem Grundsatzurteil gelegt. Darin wurde nämlich festgestellt, daß die Sinti erst ab dem Jahr 1943 als rassisch Verfolgte anzusehen wären. Und dieses Urteil leugnet damit nicht nur die Verfolgung der Sinti vor 1943, es rechtfertigt sie sogar noch — mit den Argumenten der Nazis. Ein Beispiel: Im Oktober 1939 ordnete das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) an, daß die Zigeuner in Deutschland ab sofort ihren Wohnsitz nicht mehr verlassen dürften, da die Zigeunerfrage „binnen kurzem im gesamten Reichsgebiet grundsätzlich geregelt“ würde. Ein halbes Jahr später begann dann die „Endlösung der Zigeunerfrage“. 2 500 Sinti aus Nordwest- und Westdeutschland wurden „in geschlossenen Sippen“ nach Polen deportiert.

Der BGH nun rechtfertigte diesen rassistischen Terrorakt, indem er ihn auf militärische Gründe zurückführte. Angesichts der „bereits erwähnten asozialen Eigenschaften der Zigeuner“ (Originalton BGH) hätte man sich durch diese Maßnahme vor der „sich möglicherweise ergebenden Gefahr der Spionage“ durch die Sinti wehren müssen. Daneben hätte die Deportation auch „kriminalpräventive“ Gründe gehabt: auf Deutsch, sie hätte der Verbrechensverhütung gedient.

Kann man es noch deutlicher ausdrücken? Für die Herren vom Bundesgerichtshof waren also nicht die Faschisten, sondern die von ihnen verfolgten Sinti die Verbrecher. Und auf dieser Grundlage wurden dann Wiedergutmachungsansprüche abgeschmettert. 1963 erging zwar ein neues BGH-Urteil, das noch heute gültig ist. Dieses Urteil stellt fest, daß die Sinti ab 1938 rassisch verfolgt waren. Man hat ihnen also gerade fünf Jahre zugestanden! Die Wahrheit aber, daß die Sinti von Anfang an unter der Verfolgung durch die Nazidiktatur zu leiden hatten, will auch dieses Urteil nicht anerkennen. Dabei hätten sich die Herren vom BGH nur mit den Schriften eines ihnen geistesverwandten hohen Staatsbeamten zu beschäftigen brauchen. Es geht um Adenauers Staatssekretär Hans Globke, der vor seiner Karriere im Bonner Staat ein Experte der faschistischen Rassenpolitik war. Globke hatte in seinem berühmten Kommentar zu den Rassengesetzen der Nazis schon 1936 eindeutig die „Rechtslage“ so dargestellt: „Artfremdes Blut sind in Europa nur Juden und Zigeuner“.

Wo das BGH auf der Ebene der Rechtsverdrehung die Rassenpolitik der Nazis fortsetzte, da unternahm die „Landfahrerzentrale“ in München das gleiche auf dem Feld der alltäglichen Verfolgung und Diskriminierung der Sinti in Deutschland. Erklärtes Ziel dieser Abteilung des bayrischen Landeskriminalamtes war es, den Zuzug von Sinti nach Bayern zu

stoppen und unter der Nazidiktatur verfolgte Sintifamilien um ihre Wiedergutmachungsansprüche zu betrügen. Wir wollen uns hier nur mit dem zweiten Gesichtspunkt beschäftigen. In der Landfahrerzentrale waren wirkliche Experten tätig — ein Teil dieser Beamten hatte nämlich einige Jahre zuvor noch im faschistischen Terrorapparat am Sinti-Völkermord mitgearbeitet.

Die „Landfahrerzentrale“ in München hatte auch die alten Nazi-Akten aus dem RSHA und dem Rassehygieneamt übernommen und ging nun daran, mit diesem vom Geist des mörderischen Rassismus geprägten Material gegen die überlebenden Sinti der Nachkriegszeit zu arbeiten. Das Münchner Amt stand mit den LKAs aller Bundesländer und vor allem mit den Landesämtern für Wiedergutmachung in Verbindung. Stellte ein Sinti bei einem solchen Amt einen Antrag auf Wiedergutmachung, so lieferte die „Landfahrerzentrale“ aus ihren Nazi-Akten den „Beweis“, daß der Antragsteller gar kein rassisch Verfolgter, sondern nur ein Krimineller war. Denn in den Nazi-Akten war etwa die versuchte Flucht eines Sinti vor der faschistischen Verfolgung als kriminelle Tat verzeichnet.

Die Antragssteller bekamen diese Geheimakten, auf deren Grundlage ihre Wiedergutmachungsansprüche dann in der Regel abgelehnt wurden, natürlich nie zu Gesicht. Der Sinti-Familie Rose wurde allerdings von Unbekannten eine solche in der Münchner „Landfahrerzentrale“ zusammengestellte Akte zugespielt. Darin hieß es etwa, von den Leuten aus dem bayrischen LKA selbst geschrieben: „Achtung, bei der Familie Rose handelt es sich um Wiedergutmachungsschwindler. Die Sippe Rose zog durch das Reichsgebiet und ernährte sich von Einbrüchen und Diebstählen.“ Eine unglaubliche Diffamierung, wenn man bedenkt, daß 13 Mitglieder dieser Familie in Auschwitz ermordet wurden. Nur durch die Tatsache, daß die Roses von dieser Akte zufällig Kenntnis erhielten, konnten sie sich gegen die darin enthaltenen Verleumdungen wehren und ihren Anspruch durchsetzen. Tausende andere Sinti jedoch wurden durch die illegalen und rassistischen Praktiken der „Landfahrerzentrale“ um ihre Wiedergutmachung betrogen.

1970 wurde die Zentrale in München aufgelöst — wegen Grundgesetzwidrigkeit! Im vergangenen Jahr jedoch tauchte die erwähnte Rose-Akte wieder auf. Diese und ähnliche Tatsachen zeigen deutlich, daß mit der Auflösung der „Landfahrerzentrale“ deren Tätigkeit tatsächlich nicht beendet wurde. Bezeichnenderweise gibt es auch nicht den geringsten Vermerk über eine Vernichtung der alten Nazi-Akten. So müssen denn die Sinti auch heute noch darum kämpfen, daß diese Akten endgültig vernichtet werden und daß ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung für die Verbrechen des Faschismus anerkannt werden.



Mit einer Ausnahme wurden diese Musiker vom Stamm der Lallere in den Vernichtungslagern der Faschisten ermordet.



Junge Zigeunerin im KZ Ravensbrück.

Wegen Beteiligung an Demonstration

Andreas Müller-Wille muß 14 860 Mark zahlen

Nachdem im Februar das Oberlandesgericht in Hamm bereits bestimmt hatte, daß Andreas Müller-Wille zahlen muß (siehe „Roter Morgen“ 5/80), ist nun auch die Höhe der Geldsumme festgelegt worden: 14 860,53 Mark und 4 Prozent Zinsen ab Juni 1977 für den Krankenhaus- und Kuraufenthalt sowie den Dienstausschlag des Polizeihauptkommissars Rudolf Zinn. Zusätzlich steht ein Vergleich über 4 950 Mark für spätere Folgekosten ins Haus, dem Andreas zustimmen soll. Das Justizverfahren, das mit den Ereignissen vom 21. Juni 1974 seinen Anfang nahm, hat damit einen skandalösen Abschluß gefunden.

Am 21. Juni 1974 demonstrierte in Münster die KPD/ML gegen den Tod des Genossen Günter Routhier durch einen Polizeieinsatz in Duisburg. Dabei protestierte Andreas Müller-Wille gegen die Festnahme eines Flugblattverteilers und versuchte, als er selbst festgenommen werden sollte, davonzulaufen. Das war sein „Verbrechen“.

Hinter Andreas hetzte der Polizeihauptkommissar Zinn her, wobei er — nach Zeugenangaben — hinfiel und sich — nach eigenen Angaben — eine Gehirnerschütterung und eine Schädelkalottenfissur (Haarriß) zuzog. Die Verletzungen hatten Dienstausschlag sowie einen Krankenhausaufenthalt zur Folge. Zinn behauptet, Andreas habe ihn geschlagen, und verklagte ihn auf Schmerzensgeld. Das Land Nordrhein-Westfalen forderte Schadensersatz für Dienstbezüge, Heilbehandlungskosten und Sachschäden. — Andreas bestritt jedoch die Vorwürfe Zinns, und seine Aussage wurde von Zeu-

gen bestätigt.

Sogar das Oberlandesgericht Hamm gestand Andreas in seinem Grundsatzurteil vom 2. Oktober 1978 zu: „Offenkundig unwahr ist der vom Beklagten zugestandene Sachverhalt nicht.“ — Trotzdem fällt es sein Urteil zum Nachteil Andreas' mit der Begründung: „Damit sind die Verletzungen Zinns im Sinne des Bedingungs-zusammenhangs durch den Beklagten verursacht worden... Dabei kann für den adäquaten Kausalzusammenhang dahinstehen, ob der Beamte ausgerutscht oder über einen Blumenkübel gestolpert oder mit Hilfe eines Dritten zu Fall gekommen ist...“ Und: „Eine zusätzliche Risikosteigerung hat der Beklagte zudem noch geschaffen, indem er nach Aussagen der Zeugin J. einen Haken geschlagen hat...“

Verallgemeinert man dies, dann heißt das doch: In Zukunft darf ein Demonstrant nicht mehr davonlaufen, weil er ja nie sicher sein kann, ob nicht so ein Depp hinter ihm her-

läuft, der nicht in der Lage ist, auf seinen Weg und seine Füße zu achten, und der im Eifer der Verfolgungsjagd womöglich gegen Fußgänger, Blumenkübel oder parkende Autos prallt, auf den Boden hinschlägt, sich dabei vermeintliche oder wirkliche Schädelkalottenfissuren und Hirnerschütterungen zuzieht mit all den Folgen, als da sind: Dienstbefreiungen, Kuraufenthalte, Schmerzensgelder — zu Lasten des flüchtenden Demonstranten. Oder sollen die Organisatoren von Demonstrationen in Zukunft gleichzeitig etwa eine Schutzengel-Garde bereitstellen müssen, die solche Beamte vor dem Fall bewahrt?



21. Juni 1974: Andreas Müller-Wille wird abgeführt.

Bei Straßenkontrolle in Neuss

Autofahrer von MEK erschossen

NEUSS. — Wieder einmal hat ein Sonderkommando der Polizei ein Menschenleben ausgelöscht. Für den Akustiker Manfred Perder wurde am vergangenen Donnerstag die Heimfahrt von seiner Arbeitsstelle zu einer Fahrt in den Tod. Er starb durch einen Kopfschuß — abgefeuert aus der Maschinenpistole eines Polizeibeamten.

Nach Angaben der Düsseldorf Staatsanwaltschaft und der Polizei hat sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt: Manfred Perder saß am Steuer eines VW-Busses, der ihn und einige Kollegen von der Arbeit nach Hause bringen sollte. In Neuss wurde der Bus von der Polizei gestoppt. Der Anlaß: eine Straßenkontrolle, die gerade vom Sicherungsposten eines Mobilen Einsatzkommandos (MEK) durchgeführt wurde.

Offenbar hat Perder den Wagen zum Halten gebracht und noch ausrollen lassen. Auch in der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft ist die Rede davon, daß der Bus mit „relativ geringer Geschwindigkeit“ fuhr. In diesem Augenblick gab einer der MEK-Leute den tödlichen Schuß ab. Manfred Perder wurde in den Mund getroffen. Er starb am gleichen Abend in der Düsseldorf Universitätsklinik.

In der erwähnten Darstellung der Staatsanwaltschaft findet sich der verräterische Satz, der Beamte habe „in einer Art Reflexbewegung“ seine Maschinenpistole hochgerissen und in den ausrollenden Bus gefeuert. So ist das also. Offenbar sind die Reflexe der MEK-Leute darauf gedrillt, auf alles zu schießen, was sich bewegt. Und da ist der Todesschuß von Neuss ja auch kein Einzelfall. Unzählige Male haben Polizisten in den letzten Jahren draufgehalten und gefeuert, wo immer sie eine Hand sich bewegen oder einen metallischen Gegenstand blinken sahen.

Aber so leicht darf man es den Herren nicht machen. Der Tod von Manfred Perder darf nicht ungesühnt bleiben. Der MP-Schütze muß bestraft werden!

Westberliner Staatsschutz prüft Türken-Vereine

In Wirklichkeit geht's gegen links

Anstatt dem terroristischen Treiben faschistischer Türken-Gruppen — vor allem der „Grauen Wölfe“ — endlich ein Ende zu setzen, machen die Westberliner Staatsschutzbehörden nun gegen links verstärkt mobil — unter dem Deckmantel der „Objektivität“.

Am Donnerstag letzter Woche forderte der Westberliner Staatsschutz acht rechts- und linksgerichtete Türkenvereinigungen auf, der Polizei innerhalb von zwei Wochen Namenslisten ihrer Mitglieder vorzulegen. Diese Anordnung wird mit schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Türken-Gruppen in den letzten Monaten begründet.

Warum aber sollen die Namen der Mitglieder linker Organisationen vorgelegt werden? Es ist bekannt, daß es faschistische Gruppen waren, die die Vorfälle provoziert haben und die selbst vor einem Mord nicht zurückgeschreckt sind.

• Im November 1979 bereits hatten türkische Faschisten auf Teilnehmer einer Veranstaltungsserie der Kreuzberger Jugendfreizeitheim unter dem Motto „Jugend gegen rechts“ eine Reihe von Überfällen verübt.

• Am 5. Januar 1980 wurde der türkische IGM-Vertrauens-

— Mit dem Spruch des Oberlandesgerichts Hamm wird, ganz nebenbei, das grundgesetzlich verankerte Recht (Artikel 104) auf passiven Widerstand — und Davonlaufen ist passiver Widerstand — außer Kraft gesetzt.

Für den betroffenen Krankenpfleger Müller-Wille und seine Familie — Andreas ist verheiratet und hat einen Sohn — bedeutet der Spruch des Oberlandesgerichts eine böse finanzielle Belastung. Zehn bis fünfzehn Jahre lang soll Andreas in Monatsraten von 150 Mark die Summe abzahlen müssen. Vom Monatsverdienst von 1 800 Mark netto bleiben heute schon nach Abzug von Miete und Heizung (600 Mark), Nebenkosten und Versicherungen nicht einmal 1 000 Mark übrig.

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands hat zur Unterstützung von Andreas aufgerufen und ein Solidaritätskonto für ihn eingerichtet. Auch wir möchten unsere Leser bitten, Andreas durch eine Spende auf das Postscheckkonto Rote Hilfe Deutschlands e.V., PSchA Dortmund, Konto-Nr.: 191100-462 zu helfen.

Erfolgreiches „Stoppt-Strauß“-Fußballturnier



Nach einem spannenden Turniertag...



...folgte eine gemütliche Abschlußfeier.

Auf Einladung des Bochumer Sportvereins SV Vorwärts spielten am letzten Samstag sechs Mannschaften um einen großen „Stoppt-Strauß“-Pokal. Der Einladung waren Betriebssportmannschaften und Freizeitteams aus dem Raum Bochum/Herne gefolgt.

Während die hoch eingeschätzte Mannschaft Los Rebeldes mit überwiegend spanischen Kollegen von Opel/Bochum nur den letzten Platz belegen konnte, siegte überraschend die starke Mannschaft der Jugendkneipe „Sonne“ aus Herne.

Den ganzen Turniertag herrschte lebhaftes Treiben auf dem Sportgelände, wo neben

den Aktiven auch viele Zuschauer die Spiele verfolgten. Fürs leibliche Wohl und den bei herrlichem Fußballwetter entstehenden Durst war vorgesorgt, ein Informationsstand der VOLKSFRONT zu Strauß stieß auf breites Interesse, und über 50 Leute kamen noch abends zur Siegerehrung und feierten noch miteinander. Eine kurze Rede des Veranstalters erläuterte, warum sich auch Sportler gegen Strauß einsetzen müssen. Der Reingewinn des Turniers wird zur Unterstützung politisch Verfolgter verwandt. Bei diesem „Anti-Strauß“-Turnier stieß auch eine Unterschriftenliste der Anti-Olympia-Boikott-Kampagne des SV Vorwärts auf breites Interesse.

Urteil des Bundesgerichtshofes Verkauf von politischen Zeitungen ohne Gewerbeschein

KARLSRUHE. — Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in einem Grundsatzbeschuß entschieden, daß die Verkäufer von Zeitschriften und sonstigen Druckschriften politischer Organisationen keine Reisegewerbekarte nach Paragraph 55 Abs. 1 der Gewerbeordnung benötigen, wenn sie keine Provision oder feste Bezahlung für den Verkauf erhalten.

Der Anlaß für diesen Grundsatzbeschuß waren ver-

schiedene Verfahren gegen eine Verkäuferin der KBW-Zeitung KVZ. Sowohl die Polizei als auch die Gerichte hatten den Verkauf unterschiedlich beurteilt. Das Verlangen nach einem Gewerbeschein ist immer wieder dazu benutzt worden, um den Verkauf von Zeitungen zu verhindern. Nach dem eindeutigen BGH-Urteil ist das nun nicht mehr möglich.

(Aktenzeichen I StR 348/79 vom 21. 1. 80)

Spenden zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei der KPD/ML ein:

O., Köln	20,— DM
H.B., Bonn	100,— DM
M.W. und 8 weitere Genossen	371,25 DM
P.K., München	500,— DM
Genossen aus Buxtehude	25,— DM
Genossen aus dem Ruhrgebiet	10,— DM
Türkische Genossen, Gelsenkirchen	50,— DM
insgesamt	1 076,25 DM
Stand der Spendenkampagne am 12.4.1980	3 841,25 DM

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Im „Volksecho“ Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der Volksfront dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400 000,— DM für die Volksfront zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt!

Bitte überweisen an: KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420-467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die Volksfront weiter.

Vom Ende des Stahlarbeiterstreiks in Britannien

Die letzten Tage eines großen Kampfes

Volkskorrespondenz aus Köln

Ein Kölner Korrespondent sandte dem „Roten Morgen“ seine Notizen über die letzten Tage des britischen Stahlarbeiterstreiks zu, die er sich während eines Aufenthalts in Britannien täglich machte. Wir veröffentlichen diese Chronologie hier in Auszügen.

Zur Ausgangslage sei noch einmal vorausgeschickt: Bei einer Inflationsrate von offiziell inzwischen 19,5 Prozent betrug die offizielle Forderung der ISTC 15 Prozent Lohnerhöhung plus 4 Prozent Produktivitätszulage (für die auch 4 Prozent mehr produziert werden muß) während die aktiven Gewerkschafter die Forderung nach 20 Prozent Lohnerhöhung vertraten. Das letzte Angebot der BSC war 10 plus 4 Prozent gewesen.

Montag, 31. März

Ein „Tribunal“, eine Schlichtungskommission aus Vertretern der ISTC und BSC sowie einem „neutralen“ Mann, macht ihren Vorschlag von 11 Prozent Lohnerhöhung plus 4,5 Prozent Produktivitätszulage. Diesen Schlichtungsvorschlag rechnet ISTC-Vorsitzender Bill Sirs in den Nachrichten auf 17 Prozent hoch, indem er einen zusätzlichen Urlaubstag als 1,5 Prozent veranschlagt.

Dienstag, 1. April

Eine Delegation von über 100 Gewerkschaftern vor allem aus South Yorkshire, dem Zentrum der Kämpfe, protestiert im Londoner ISTC-Hauptbüro gegen solche Abschlüßpläne, dabei werfen sie drei Journalisten,

die besonders stark gehezt hatten, aus dem Büro. Gewerkschafter werden dabei von der Polizei festgenommen.

Während um 15 Uhr in den Nachrichten die Fortsetzung der Verhandlungen angekündigt wird, wird bereits zwei Stunden später, um 17 Uhr gemeldet, daß der Vorschlag der Kommission angenommen worden ist. Die Tariffkommission stimmt mit 41 zu 27 dafür.

Mittwoch, 2. April

Das Einheitskomitee aller 13 Gewerkschaften von South Yorkshire ruft für 14 Uhr in Rotherham zu einer Massenkundgebung auf, dieser Aufruf wird über Radio Sheffield verbreitet. 6 000 Stahlarbeiter nehmen daran teil.

Die Redner der Versammlung gehen alle sehr hart mit der Gewerkschaftsführung ins Gericht und betonen immer wieder die Notwendigkeit, die Einheit der Arbeiterklasse zu verstärken, die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auszubauen. Einer der Redner läßt darüber abstimmen, ob man Bill Sirs bei nächster Gelegenheit in den Fluß werden soll: Tausende dafür, sechs dagegen.

Offiziell beschließt die Versammlung durch einen Schwur, jeden Streikposten zu respektieren — denn es wird damit gerechnet, daß in einigen Bereichen, vor allem in Südwesten, weiter oder rasch wieder gestreikt wird, denn dort sind die härtesten Massenentlassungen zu erwarten. Aber die Stahlarbeiter von Südwesten hatten schon am Vormittag beschlossen, den Streik abzubauen. Die Berufssparte der Handwerker hatte dort zwar beschlossen weiterzustreiken, aber alleine

konnten sie dies nicht durchführen.

Donnerstag, 3. April

Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Am Ende der Frühlingschicht weigern sich die Verladearbeiter von BSC-Aldwarke in Rotherham, Streikbrecher-LKWs (solche, die während des Streiks Streikposten angegriffen hatten) zu entladen, worauf die Geschäftsleitung mit Nichtzahlung des Lohns droht.

Daraufhin treten die 3 000 Mann der Früh- und Spätschicht dieses Werkes wieder in den Streik. Am Nachmittag streiken in Rotherham und ganz South Yorkshire bereits über 10 000 Stahlarbeiter. Die Nachtschichtler schließen sich an, die SY-Bezirksleitung der ISTC beschließt, den Streik zu organisieren.

Freitag, 4. April

Das Rotherhamer Streikbüro, das am Mittwoch geschlossen worden war, wird wieder geöffnet: Massenstreikposten vor Aldwarke werden organisiert. Patrouillen der Belegschaft werfen Ingenieure und leitende Angestellte aus dem Werk, das total dichtgemacht ist.

In ganz South Yorkshire streiken ab Freitagmittag ungefähr 90 Prozent der BSC-Belegschaften, in Britannien insgesamt weitet sich der Streik auf mehr als die Hälfte der Stahlarbeiter aus. Die Bezirksleitung von South Yorkshire beschließt, bei der am 8. April stattfindenden Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der ISTC den Antrag zu stellen,

1 200 demonstrierten gegen Strauß

Volkskorrespondenz aus Essen

Rund 1 200 Strauß-Gegner und Antifaschisten demonstrierten am Sonntag, den 13. April, bei strahlendem Frühlingswetter gegen den Auftritt des schwarzen CDU/CSU-Kanzlerkandidaten, Franz Josef Strauß, in der Gruga-Halle in Essen. Aufgerufen hatten mehrere Essener Organisationen, darunter die Initiative „Gemeinsam gegen rechts — stoppt Strauß jetzt“, die VVN und die Volksfront. Die Demonstranten zogen vom Essener Saalbau, wo sie Aufstellung genommen hatten, in einem langen Zug durch Rütterscheid. Am Rütterscheider Markt wurde eine Kundgebung abgehalten. Der größte Teil der Demonstranten zog noch bis vor die Gruga-Halle, wo ein gewaltiges Polizeiaufgebot aufgeföhren war, und bildeten hier Sprechchöre und entfalteten Transparente. In dem Polizeiaufgebot von über 2 000 Polizisten mit Hunden, Pferden und Wasserwerfern drückte sich die Angst vor militanten Protesten aus, mit denen Strauß im vergangenen Herbst in Essen schon einmal konfrontiert worden war. Die CDU hatte außerdem die Eintrittskarten praktisch intern unter ihren Leuten ausgeteilt, so daß die Veranstaltung faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Die Fotos zeigen Ausschnitte aus der Demonstration.



Unter den Organisationen, die zu der Essener Demonstration aufgerufen hatten, war auch die Volksfront.



„Stoppt Strauß jetzt“ — das war die gemeinsame Parole der Demonstranten.

den Streik zu legalisieren und fortzuführen.

Hier enden die Aufzeichnungen unseres Korrespondenten. Inzwischen ist ja bekannt, daß dieser Wunsch der Stahlarbeiter, den Streik fortzusetzen, von der ISTC-Führung unterdrückt wurde. Über Erfahrungen und Lehren, die aus diesen Ereignissen gezogen werden, siehe auch den auf dieser Seite abgedruckten Telefonbericht eines anderen Korrespondenten.

Was die Strauß-Partei unter „human“ versteht

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Die Karlsruher CDU-Stadträte Rüssel, Schlageter und Meyer haben ihren Parteifreund, Oberbürgermeister Dullenkopf, schriftlich aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen des Landes Baden-Württemberg dafür einzusetzen, daß die Karlsruher Polizei eine Reiterstaffel bekommt.

Empörend und zynisch ist die Begründung: Es sind die „guten Erfahrungen“, die man zuletzt bei der Anti-Strauß-Kundgebung in Karlsruhe und „früher bei ähnlichen Veranstaltungen in Mannheim“ gemacht hat. Gemeint ist unter anderem der brutale Reitereinsatz gegen die etwa 5 000 Demonstranten, die im Herbst 1978 zur Verhinderung des NPD-Parteitag am Rosengarten (Mannheim) demonstrierten und den Ausmarsch der Nazis verhinderten.

Damals gab es Dutzende von Verletzten und Verhafteten. Ein Großteil ging auf das Konto der Polizeireiter, die mit größter Brutalität in die Demonstranten hineinritten, sie aufsplitteten und mit ihren langen Stöcken zuschlugen.

Ich sehe noch heute vor mir, wie gerade die 15 bis 16-jährigen, unerfahrenen antifaschistischen Lehrlinge und Schüler entsetzt durcheinanderliefen, in Hinterhöfe getrieben wurden, wie die Reiter Demonstranten

selbst auf Kirchentreppen hinauf verfolgten. Allein die Besonnenheit der älteren Demonstranten verhinderte damals noch größere Verluste und Chaos.

Abgesehen von Schußwaffen und der chemischen Keule sind die Reiterstaffeln das brutalste Einsatzmittel der Polizei, schlimmer noch als Wasserwerfer. Auch bei dem Reitereinsatz in Karlsruhe gegen die von der Volksfront organisierten Sprechchöre, Pfeifkonzerte und Hin-und-Her-Bewegungen der Strauß-Gegner breitete sich beim Anblick der heranrückenden Reiter sofort Panik aus.

Naturngemäß anders sehen das die CDU-Stadträte. So wörtlich: „Die Polizeipferde sind ein humanes Mittel des Polizeieinsatzes, das in erster Linie in der Abschreckungswirkung liegt.“

Mit dieser Logik kann genauso gut die Isolationshaft, die Folter und das KZ als „human“ begründet werden, denn zweifellos geht auch von diesen „Mitteln“ eine Abschreckungswirkung aus.

Allerdings nicht nur Abschreckung, sondern auch Empörung und Widerstand gegen den von der Strauß-Partei verschärften Kurs der Faschisierung. Jeder möge „Reiterstaffel“ denken, wenn Strauß das Wort „human“ in den Mund nimmt.

Antifaschistische Demonstration

Zu einer Demonstration gegen einen provokativen Aufmarsch der NPD in Hildesheim ruft ein breites Aktionsbündnis auf.

Treffpunkt: Hauptbahnhof Hildesheim
Zeit: 19.4., 9.00 Uhr

Solidaritätsveranstaltung für die entlassenen HOESCH-Betriebsräte

Mit Beiträgen unter anderem von:

- Günter Wallraff, Schriftsteller, Köln
- Werner Worschech, Liedermacher, Bottrop
- Hartmut Siemon und Norbert Bömer
- Die Gruppe Ruhrwerk, Dortmund

Dazu weitere kulturelle Beiträge, unter anderem Lieder von Brecht. Außerdem werden Kolleginnen und Kollegen aus IGM und ÖTV über Auseinandersetzungen von gewählten Belegschaftsvertretern mit anderen Unternehmern berichten.

Dortmund-Eving, Evinger Str. 359, Stadtwaldrestaurant Grävingholz, Sonntag, 20. April 1980, 18.00 Uhr, ab 17.00 Uhr Einlaß.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinger Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Erfahrungen des britischen Stahlarbeiterstreiks

Volkskorrespondenz aus Britannien

Ein „Roter-Morgen“-Volkskorrespondent gab uns telefonisch einen kurzen Bericht über die Eindrücke, die er aus einem Besuch in Britannien gewonnen hatte. Wir veröffentlichen diesen Bericht hier gekürzt.

Der Abschluß, so berichtet unser Korrespondent, kam sehr kurzfristig zustande und wurde auf einer Basis geschlossen, die bereits einen Monat vorher abgelehnt worden war.

Er wurde in einem Augenblick vollzogen, da die Auswirkungen des Streiks sich ernsthaft bemerkbar machten, als 25 Prozent der Industrie Stahlmangel hatten, obwohl die Einfuhren im Januar und Februar verdoppelt worden waren. Es wurde in den Tagen nach dem Ende des Streiks, der ja wieder aufflackerte, natürlich viel über Mängel und Fehler bei der Organisation des Kampfes gesprochen.

Die Stärke dieses Streiks, so betonten die aktiven Gewerkschafter, seien vor allem die bisher breiteste Mitarbeit der Gewerkschaftsmitglieder und ihr Opferwille gewesen. Am stärksten war sie im Bezirk South Yorkshire, der sich als die Seele des Kampfes erwies, wo sich bis zu einem Drittel der Belegschaften aktiv beteiligte.

Aber es gab auch da Schwächen, eine schwankende Haltung bei den privaten Stahlwerken, Streikbruch in den Stahlhütten. Die größte Schwäche aber war die Organisation auf nationaler Ebene. Hatten in den örtlichen und bezirklichen Streikleitungen kämpferische Arbeiter und Funktionäre die Mehrheit und die Führung, so fehlte doch auf nationaler Ebene fast jegliche Koordination, geschweige denn eine oppositionelle Organisation.

Deshalb rückt diese Frage heute in den Mittelpunkt der Diskussion breiter Teile der Gewerkschaftsmitglieder, die selbst die Notwendigkeit einer solchen Organisation erlebt haben — denn zur Weiterführung des Streiks fehlte nicht der Wille, sondern die Möglichkeit, die Organisation.

Das zeigt auch ein Vorfall in Rotherham am 2. April. Die ISTC-Führung hatte es der organisierenden Bezirksleitung untersagt, auf der Massenversammlung eine Abstimmung über den Abschluß selbst vorzunehmen. Also ließen die South-Yorkshire-Funktionäre darüber abstimmen, ob die Anwesenden den Abschluß als Verrat betrachteten — die überwältigende Mehrheit meinte dies lautstark.

Olympia-Boykott und olympische Idee

In diesem Monat will das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik endgültig über die Teilnahme der westdeutschen Sportler an den Sommerspielen in Moskau entscheiden. Am massiven Druck der Boykotteure fehlt es nicht. Carter selbst setzt seinen Amoklauf gegen die Olympiade ungehemmt fort. Und in

Die Sportler in der Bundesrepublik sind jedoch nicht nur solchem offenen — und dem hinter den Kulissen betriebenen — politischen Druck ausgesetzt. Es wogt derzeit auch eine breite Boykottkampagne durch die reaktionären Medien. Namentlich den Leuten aus dem Hause Springer steht dabei jetzt schon der Schaum vorm Mund. Sollte sich das NOK zu einem „Ja“ für die Moskauer Spiele durchringen, ist aus dieser Ecke sicher noch einiges zu erwarten. Für manchen Betrachter wirkt heute die Auseinandersetzung um die Moskauer Olympiade wie ein Kampf mit vertauschten Fronten. Hatten doch vor nicht langer Zeit die jetzigen Boykottschreier noch jede Verbindung von Sport und Politik schlichtweg geleugnet. Man denke nur daran, wie sie während der Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien die Lösung „Fußball ja — Folter nein!“ beifert haben. Die gleichen Leute aber erklären heute die Teilnahme an einer internationalen Sportveranstaltung in Moskau mit gespielter Entrüstung zu einer Sympathiekundgebung für die sowjetischen Aggressoren, sie beschwören die moralische und politische Verpflichtung des Sports usw.

Auf der anderen Seite war früher auch die Kritik an solchen widerwärtigen Begleiterscheinungen des internationalen Sports wie Geschäftemachelei oder Chauvinismus sozusagen ein „Monopol“ der Linken. Jetzt aber — wo es um die Spiele in Moskau geht — kommt eine solche Kritik plötzlich auch aus der reaktionären Ecke. Als Beispiel dafür mag der Generalsekretär des Deutschen Sport-Bundes (DSB), Karlheinz Gieseler, gelten. In einer Polemik gegen das Internationale Olympische Komitee, das sich ja gegen den auch von den DSB-Bossen geforderten Boykott ausgesprochen hat, warf er den IOC-Mitgliedern vor, ihnen ginge es nur „um Geld, Geschäft, Galashow und andere opportunistische Vordergründigkeiten, die meist das Ende großer Ideen ankündigen.“

Die Boykotteure — erbärmliche Heuchler

Haben sich hier also wirklich die Fronten verkehrt? Was die Verbindung von Sport und Politik angeht, so sind die Tatsachen allzu offensichtlich: Die Boykotteure stehen als erbärmliche Heuchler da. Wir Kommunisten, wie überhaupt alle am Sport interessierten fortschrittlichen Menschen, haben ja eine solche Verbindung nie bestritten und tun das selbstverständlich auch heute nicht. Denn der Sport, zumal die olympische Bewegung, steht natürlich nicht außerhalb der Klassenkämpfe. Die Frage ist eben nur, welche Politik sich in ihm durchsetzt. So haben wir etwa stets jeden Versuch bekämpft, den Sport für chauvinistische Ziele einzuspannen (und einen solchen Versuch unternimmt — um es vorwegzusagen —

gegenwärtig auch Carter mit seiner Boykottpolitik).

Die reaktionären Heuchler, von denen die Rede war, haben dagegen den politischen Charakter des Sports nur deshalb bestritten, um ihre eigenen dunklen Ziele zu bemänteln, die darin bestanden und bestehen, den Sport für ihre reaktionäre Politik dienstbar zu machen. Wir haben im „Roten Morgen“ schon mehrfach darauf hingewiesen, daß all die heute so tief „moralisch entrüsteten“ Moskauer-Boykotteure keine moralischen Bauchschmerzen hatten, nicht an Boykott dachten, als die amerikanischen Truppen in den Libanon einfielen, als amerikanische Bomben Vietnam verwüsteten, als amerikanische Soldaten das Volk Kambodschas massakrierten. Da war für sie ganz selbstverständlich, was der frühere IOC-Präsident Brundage einmal auf die Formel brachte: „The games must go on“ (die Spiele müssen weitergehen).

Aber bevor wir uns näher mit der Frage des konkreten Boykotts der diesjährigen Som-

meren Land meldet sich — während der Kanzler nach wie vor schweigt — immer mal wieder ein Minister zu Wort, beschwört die „Solidarität mit den amerikanischen Freunden“ und plappert die Cartersche Boykotttheorie nach.

Die olympische Idee — ein bürgerliches Propagandamanöver?

Die modernen Olympischen Spiele wurden aus dem Geist des bürgerlichen Humanismus geboren. Gegen eine Welt, die fortwährend kriegerische Auseinandersetzungen hervorbringt, setzten sie den friedlichen Wettkampf der Athleten. Als ihr grundlegendes Ziel hat sich die olympische Bewegung gesetzt, „die Achtung und den guten Willen zwischen den Völkern zu vertiefen und damit zur Schaffung einer besseren, friedliebenderen Welt beizutragen.“ Und — sozusagen als Vorgriff auf eine solche bessere Welt — soll Olympia geprägt sein vom Geist der Partnerschaft, der vollständigen Gleichberechtigung aller Athleten, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu Geschlecht, Rasse oder Nation.

Ziele zu schlagen. Das war etwa 1936 in Berlin der Fall. Aber muß man deshalb die Spiele grundsätzlich verdammen, die olympische Idee als bürgerliches Propagandamanöver in Bausch und Bogen ablehnen?

Eine solche Schlußfolgerung zu ziehen, wäre falsch. Die olympische Idee steht in einem krassen Widerspruch zur kapitalistischen Wirklichkeit. Die Spiele selbst sind dem Einfluß der chauvinistischen Politik und der skrupellosen Geschäftemachelei ausgesetzt. Das ist eine Tatsache. Doch diese Tatsache kann für uns niemals heißen, die olympische Bewegung oder den internationalen Sport überhaupt den Chauvinisten und Geschäftemachern zu überlassen. Eine fortschrittliche Position gegenüber dieser Bewegung kann sich nicht darin ausdrücken, daß man beiseitesteht und nur einfach all die abstoßenden Erscheinungen eines bürgerlichen Sportbetriebs beklagt.

Eine spektakuläre Aktion

Es gilt vielmehr, den erwähnten Widerspruch zwischen der olympischen Idee und der kapitalistischen Wirklichkeit hinter all den Phrasen der bürgerlichen Politiker und Sportfunktionäre sichtbar zu machen und ihn im Sinne einer wirklich fortschrittlichen Politik der Völkerverständigung zu entfalten. Erinnern wir uns etwa an die Sommerspiele von Mexiko im Jahr 1968, wo die beiden afroamerikanischen Sprinter Carlos und Smith bei der Siegerehrung die Faust zum Black-Panther-Gruß ballten. Sie hatten im gleichberechtigten Wettstreit mit ihren Kameraden Siege errungen. Die demonstrativ geballte Faust jedoch machte deutlich, daß es für die schwarzen Amerikaner in der gesellschaftlichen Wirklichkeit keine Gleichberechtigung gibt.

Die geballte Faust war zugleich Anklage gegen die Rassen in den USA und ein weithin sichtbares Zeichen der Solidarität mit den Unterdrückten auf der ganzen Welt. Diese Aktion der beiden Sprinter war wahrhaftig dazu angetan, „zur Schaffung einer besseren, friedliebenderen Welt beizutragen.“ Natürlich war sie ein spektakuläres Ereignis, das in der Geschichte der olympischen Spiele seinesgleichen sucht. Man sollte in ihr jedoch nicht nur eine einmalige, im Rahmen der olympischen Bewegung isolierte Tat sehen.

Denn worin gründete die kämpferische Aktion der beiden Sprinter? Doch in dem Wunsch nicht nur ihrer schwarzen Brüder, sondern der Völker überall auf der Welt nach dieser „besseren Welt“ — ohne Rassismus und ohne Krieg. Womit wir wieder bei der olympischen Idee wären. Sie ist eben mehr als nur ein vom Herrn Coubertin ausgedachtes schönes Ideal, das sich an der Wirklichkeit stößt. Sie ist auch der Ausdruck von Bestrebungen nach Völkerverständigung, die Millionen



Mexico 1968: Die US-Sprinter Carlos und Smith ballen bei der Siegerehrung die Faust zum Black-Panther-Gruß

Sportler (und nicht nur sie) auf der ganzen Welt bewegen. Gerade das wird von vielen linken Olympia-Kritikern gerne übersehen. Sie begreifen die Athleten, zumal die Spitzensportler, nur zu oft als Anhängsel oder Marionetten des kapitalistischen Sportbetriebs.

Aber einmal abgesehen davon, daß die Sportbewegung — gerade in den imperialistischen Ländern — eine Massenbewegung ist (der DSB beispielsweise hat mehr Mitglieder als der DGB): auch der Mehrheit des Olympiakaders geht es nicht nur um Siege, für die jahrelang trainiert wurde, sondern auch um internationale Freundschaft und Verständigung.

Kampf für die Sommerspiele

Die von Carter vom Zaun gebrochene Auseinandersetzung um den Olympia-Boykott selbst ist das beste Beispiel dafür. Die DSB-Bosse haben — wie gesagt — ihren Kniefall vor den Kriegstreibern aus Washington schon gemacht. Aber trotz allen Drucks, trotz der reaktionären Kampagne gegen die Sommerspiele haben sich in den letzten Monaten immer mehr Aktive zu Wort gemeldet und klar Stellung gegen den Boykott bezogen. Die Olympia-Mannschaft der Ruderer hat sogar eine Flugblatt-Kampagne für die Sommerspiele begonnen — ein Beispiel, das hoffentlich Schule macht. Vizeweltmeister Wolfgang Thiem sagte zu dieser Aktion: „In dieser Frage wird besonders deutlich, wie wichtig es ist, daß die Gesamtheit der Sportler handelt und ihre Olympischen Spiele und die olympische Idee verteidigt und wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückt. Wer sonst kann die Verteidigung übernehmen, wenn die Politiker die Spiele zu einem Handwerkszeug ihrer Politik verfälschen und sich zu eigen machen wollen.“

So ist genau das entstanden, was sich die Boykotteure am allerwenigsten erhofft haben — eine Bewegung unter den Sportlern selbst, die unter Berufung auf die olympische Idee ihre Spiele verteidigen. Diese Bewegung ist eine gute und außerordentlich wichtige Sache, die rückhaltlose Unterstützung durch alle fortschrittlichen Kräfte verdient. Und das nicht nur deshalb, weil sie den Sport-

lern das notwendige Selbstbewußtsein gibt, um sich gegen den Zugriff von reaktionären Politikern und Verbandsfunktionären zu wehren.

Man muß diese Bewegung für die Durchführung der Sommerspiele vor allem vor dem Hintergrund der gegenwärtigen internationalen Lage sehen. Carter will ja nach eigenem Eingeständnis den Boykott als Knüttel benutzen, um die andere Supermacht zu bestrafen. Sein Amoklauf zielt darüber hinaus jedoch auch gegen die Olympischen Spiele selbst. Denn in einer Zeit, wo der amerikanische Imperialismus seine Kriegsvorbereitungen verstärkt, wo er die Völker in seinem Einflußgebiet aufzuheizen und moralisch auf kommende Kriegsabenteuer einzustimmen versucht, in einer solchen Zeit kommen ihm die Olympischen Spiele mit ihrem völkerverbindenden Gedanken höchst unlegen. Die Jugend der Welt soll sich nicht im friedlichen Wettstreit messen, sie soll sich an den Gedanken gewöhnen, aufeinander zu schießen.

Gegen die Kriegsgefahr

So ist der Olympia-Boykott ein Bestandteil der gegenwärtigen Aggressionspolitik, der Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus. Damit ist aber umgekehrt die Bewegung für die Durchführung der Sommerspiele ein wichtiges Feld für den Kampf gegen die Kriegsgefahr geworden. Natürlich darf sich diese Bewegung nicht für die aggressiven Ziele der anderen Supermacht vereinnahmen lassen. Aber wenn man etwa die Erklärung der Olympia-Teilnehmer aus den verschiedenen Ländern gegen Carters Boykott liest, wird man feststellen, daß es darunter kaum eine Stellungnahme gibt, die nicht den sowjetischen Überfall auf Afghanistan verurteilt. Verschiedene Sportler haben darüber hinaus zu verstehen gegeben, daß sie ihren Aufenthalt in Moskau auch mit Protesten gegen die Kriegspolitik der sowjetischen Supermacht verbinden wollen. Man kann also jetzt schon voraussagen, daß die Kremllherren an diesen Spielen nur wenig Freude haben werden — und das ist gut so.



Olympia-Amokläufer Carter in Bedrängnis

merspiele beschäftigen noch einige Überlegungen zur vielstrapazierten olympischen Idee. Der oben angeführte Boykott-Schreier und DSB-Boß Gieseler sieht ja diese Idee schon dann gefährdet, wenn sich nicht die ganze westliche Sportwelt dem Amoklauf des amerikanischen Präsidenten anschließt. Und das wäre dann die Erfüllung der olympischen Idee? Nein — es wäre ihre vollständige Perversion.

Eine bloße Schwärmerei? Das hieße, sich die Sache allzu leicht zu machen. Sicher kann das hier skizzierte olympische Ideal in einer von Klassengegensätzen zerrissenen, zu ihrem größten Teil vom Imperialismus beherrschten Welt nicht vollständig verwirklicht werden. Sicher haben sich stets auch die blutigsten Völkermörder noch bemüht, aus diesem Ideal politische Münze für die eigenen menschenfeindlichen

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten

Castros Lack blättert ab**Kubanische Flüchtlinge — alles Drogenhändler?**

HAVANNA. — Tausende von Kubanern haben sich in der letzten Woche in Havanna in die peruanische Botschaft geflüchtet, um dort die Ausreise zu beantragen. Dieses Ereignis hat verschiedenste politische Kräfte zu Aktivitäten ermuntert, was zu einer sehr komplizierten Lage für das Regime Fidel Castros geführt hat.

Die kubanische Regierung versucht die Flucht nach vorne und erklärt alle diese Menschen in Perus Botschaft für kriminell, asozial usw., und demonstriert „Großzügigkeit“. Dieses Argument, es handle sich nur um gesellschaftlichen Abschaum, wird von den revisionistischen Parteien der ganzen Welt voll aufgegriffen und wortradikal verbreitet. Am meisten tut sich dabei einmal mehr die DKP hervor, die sich in ihrer Zeitung „UZ“ nicht scheute zu schreiben, es handle sich ausschließlich um „Kriminelle und Drogenhändler“, wobei sie die von Castro selbst zugestandenen „Gegner der Revolution“ noch unter den Tisch fallen ließ.

Ob die „UZ“ die Absicht hat, Kuba zum Paradies der Rauschgiftändler zu erklären, ist unbekannt. Auf jeden Fall sind ihre Enthüllungen über die kubanische Dealer-Szene wohl der ungeeignetesten Versuch, das Ansehen des Castro-Regimes wieder aufzupolieren.

Wovon die Revisionisten aller Schattierungen ablenken wollen, ist die Tatsache, die Fidel Castro selbst Ende letzten Jahres notgedrungen zugeben mußte: daß Kuba eine tiefe Wirtschaftskrise durchmacht, die ein Ergebnis seiner kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist.

Bis Mitte der siebziger Jahre hatten die RGW-Länder Kuba, ihrem — wenn man so sagen will — „Schaufenster im Westen“, große Wirtschaftshilfe zukommen lassen, was dazu beitrug, trotz des beibehaltenen einseitigen Charakters der Wirtschaft (Zucker und Tabak vor allem in der immer noch wichtigsten Branche der Landwirtschaft) eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit zu erzeugen. Mit der wachsenden kapitalistischen Krise in den östlichen revisionistischen Staaten wurde dies immer weniger möglich, kamen die Schwächen der kubanischen Wirtschaft voll zum Tragen.

Im Jahre 1975 fand auch der 1. Parteitag der KP Kubas statt — 16 (!) Jahre nach der siegreichen Revolution gegen den USA-Imperialismus. Dort wurden Programm und Statut der Partei verabschiedet. Mag allein schon dies Hinweis genug darauf sein, wie wenig planmäßig, wie wenig sozialistisch die kubanischen Verhältnisse

Deshalb kam es um die Jahreswende zum Personalwechsel in Regierung und Verwaltung, wurde die große Arbeitslosigkeit eingestanden, die Knappheit an Alltagsgütern zugegeben, und die Disziplinlosigkeit der Jugend bei der Arbeit kritisiert.

Auf Kuba ist niemals ein Kurs des Aufbaus einer eigenständigen nationalen Wirtschaft eingeschlagen worden. Die kubanische Wirtschaft steht und fällt nach wie vor, wie zu Kolonialzeiten, mit dem Zucker.

Noch im Jahre 1975 wurde gefeiert, daß die Stahlproduktion, immer eine der Grundlagen wirtschaftlicher Eigenständigkeit, jetzt endlich die lange erwarteten 240 000 Tonnen (!) erreicht habe. Ebenso wurde damals betont, jetzt gelte es, die Zementindustrie mit aller Kraft zu entwickeln. Runde 16 Jahre nach der siegreichen Revolution also wird erst von Maßnahmen gesprochen, die geeignet sind, eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen.

Dieses Jahr 1975 war überhaupt in gewissem Sinne durchaus bezeichnend für die Lage Kubas. Der Strom der Flüchtlinge, der ehemaligen Großgrundbesitzer und Kapitalisten usw., war beendet: Eine Million Menschen, rund 10 Prozent der Einwohner, hatten das Land verlassen. Das waren im wesentlichen Angehörige der ehemaligen herrschenden Klassen und von ihnen beeinflusste Menschen gewesen. In den Jahren darauf gab es dann kaum noch Flüchtlinge.

Im Jahre 1975 fand auch der 1. Parteitag der KP Kubas statt — 16 (!) Jahre nach der siegreichen Revolution gegen den USA-Imperialismus. Dort wurden Programm und Statut der Partei verabschiedet. Mag allein schon dies Hinweis genug darauf sein, wie wenig planmäßig, wie wenig sozialistisch die kubanischen Verhältnisse

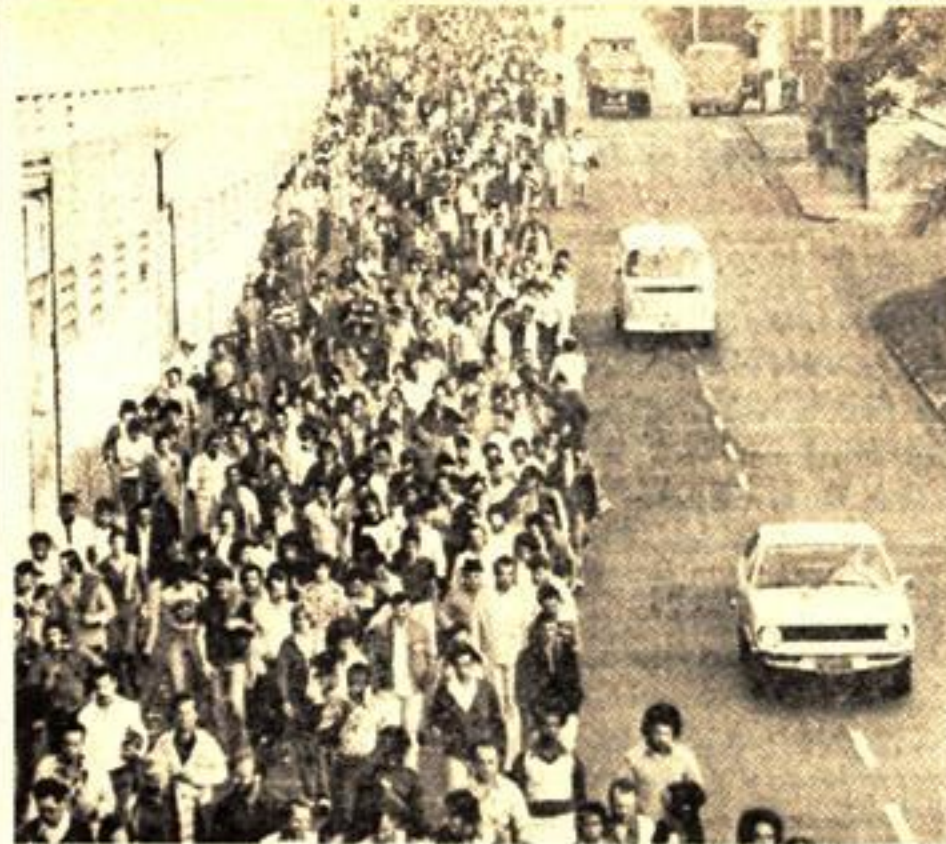
waren, so ist doch der Inhalt der dort gefaßten Beschlüsse, eben zum Beispiel die notwendige Entwicklung der Stahl- und Zementindustrie, ein viel schlüssiger Beweis dieser chaotischen Zustände.

Unter diesen Bedingungen mußten Ereignisse, wie sie jetzt geschahen, mußten Mißernte, stagnierende Kapitalhilfe und wachsende Arbeitslosigkeit zur Eskalation des Unmuts führen. Und dieser Unmut ist auch die Quelle der jetzigen neuen Fluchtbewegung, die nach allen Berichten vor allem junge Leute umfaßt.

Diese Entwicklung wird natürlich jetzt von der gesamten lateinamerikanischen Reaktion weidlich ausgenutzt, war doch für sie lange Jahre Kuba einfach deshalb eine Bedrohung, weil sich viele Hoffnungen der kämpfenden Völker des Kontinents darauf richteten. Und daß die Kundgebungen der reaktionären Exilkubaner in Florida vom US-Imperialismus organisiert sind, ist eine bekannte Tatsache.

Daß die revisionistischen Parteien jetzt lautstark zur Verteidigung Kubas antreten, dem sie früher des öfteren durchaus mit gemischten Gefühlen gegenüberstanden, hat ebenfalls mit den Hoffnungen der Völker Lateinamerikas zu tun. Denn das „kubanische Modell“ hatte lange Jahre einen genauso großen wie schädlichen, bremsenden Einfluß auf die revolutionären Kämpfe Lateinamerikas. Und es wurde für die so-wjetischen Revisionisten, vor allem in den siebziger Jahren, ein Musterbeispiel für ihr Vorgehen gegenüber kleinbürgerlich geführten Befreiungsbewegungen in den kolonial und neokolonial beherrschten Ländern.

Castros Lack blättert ab — endlich. Für das kubanische Volk kann die Alternative nur eine wirkliche Revolution sein und nicht etwa die Rückkehr eines Regimes vom Typ des Pro-US-Faschisten Batista.



Schichtwechsel im VW-Werk in Sao Bernardo do Campo. Dieser Stadtteil von Sao Paulo ist auch in der jetzigen Streikbewegung einmal mehr das Zentrum des Kampfes der Metallarbeiter.

Metallarbeiterstreik in Brasilien**Die Industriemetropole steht still****Faschistische Angriffe auf Streikende**

SAO-PAULO. — Die Metallarbeiter von Sao Paulo führen ihren Streik auch in der dritten Woche ohne Einschränkungen weiter, trotz faschistischer Provokationen und Drohungen der Militärdiktatur. Rund 300 000 Metallarbeiter sind an diesem Kampf beteiligt.

Das vor Jahren so gepriesene „brasilianische Wirtschaftswunder“ ist endgültig zerstorben. Das Land ist zu einem der größten Schuldner der Welt geworden, selbst die US-amerikanischen Oberherren der Militärdiktatur setzen weitere Kapitalinvestitionen ab, weigern sich, neue Kredite zu geben, und verschärfen so ihren Würgegriff auf dieses reiche Land. In Milliardenhöhe ziehen sie ihre Kapitalien ab, sie schrauben die Zinspolitik immer höher und verschärfen so die Inflation immer mehr.

83,8 Prozent beträgt die Preissteigerung im letzten Jahr. Niemand zählt die Dutzende von Millionen Arbeitslosen in den Favelas der Großstädte wie Rio de Janeiro, Sao Paulo, Belo Horizonte und Porto Alegre. Allein in diesen vier Städten rechnet man mit zusammen rund 2 Millionen Arbeitslosen.

In dieser Situation konzentrieren sich die immer zahlreicheren und stärkeren Klassenkämpfe des brasilianischen Proletariats auf die Forderungen nach Lohnerhöhungen, nach Verbot jeder weiteren Entlassung, nach Gewerkschaftsfreiheit und politischer Amnestie.

Die verschiedenen Versuche der Militärdiktatur, durch scheinbare oder auch echte Zugeständnisse diese Bewegung wieder zu beruhigen, sind, so kann man heute sagen, völlig fehlgeschlagen. Hatte die Streikbewegung schon vor einigen Wochen auf die Hafenarbeiter, insbesondere im wichtigsten Hafen des Landes, in Santos, übergegriffen, so hat jetzt die starke Streikfront der Metallarbeiter von Sao Paulo schon Reaktionen in den riesigen Erzminen des Nachbarstaates Minas Gerais hervorgerufen, der Provinz der kupferroten Berge.

Die Metallarbeiter haben über Ostern ihre Forderungen ein weiteres Mal in Kundgebungen mit rund 200 000 Teilnehmern bekräftigt, die zum Teil von faschistischen Terrortrupps angegriffen wurden. 7 Prozent Lohnerhöhung, Erhöhung des Mindestlohns, keine Entlassungen, freie gewerkschaftliche Betätigung, das waren die Kernforderungen dieser Massenkundgebungen.

Bei einer Ostermesse im Vorort Sao Bernardo, wo auch das Volkswagenwerk von Sao Paulo steht, sprach der Bischof von Santo Andre trotz der Drohungen der Militärs gegen „Radikale, die sich als Priester verkleiden“, den Beistand der Kirche für „den gerechten Kampf des Volkes“ aus. Die KP Brasiliens, die in den Metallarbeitergewerkschaften von Sao Paulo über großen Einfluß verfügt, konzentriert in dieser Situation alle ihre Kräfte darauf, diese Woge des Massenkampfes zu organisieren, sei es in Komitees gegen Preistreiber, sei es in Ausschüssen für die Gewerkschaftseinheit, sei es in den politischen Kampagnen für Amnestie und politische Freiheiten.

Wenn es gelingt, diese Welle der Kampfbereitschaft zu organisieren und ihr so wirkliche Schlagkraft zu verleihen, dann werden die Tage der blutigen Generale im Palast der Morgenröte, der im Volksmund seit langem Palast der tiefen Nacht genannt wird, endgültig gezählt sein. Schon heute wankt ihre Diktatur immer mehr, weil angesichts der tiefen Krise und des drückenden Massenelends die Kämpfe der Werktätigen anwachsen.

Bereits seit einiger Zeit gibt es deshalb Anzeichen dafür, daß die USA-Imperialisten und mit ihnen die anderen westlichen Imperialisten, die ihre Profite aus dem Blut Brasiliens ziehen, eine Lösung für die Zeit nach der Generalsdiktatur vorbereiten.

Die KP Brasiliens hat deshalb zur Wachsamkeit aufgerufen und betont, daß es unumgänglich sei, bereits heute genau zu sehen, wer wirklich gegen die Diktatur kämpft, wer wirklich für die Linderung der Not der arbeitenden Menschen arbeitet.

Der Kampf der brasilianischen Metallarbeiter, die bereits vor zwei Jahren ein Fanal setzten, indem sie einen großen illegalen Streik organisierten, der den Beginn eines neuen Aufschwungs der Kämpfe markierte, kann in dieser Situation ein weiterer Meilenstein der Entwicklung des Landes zur Unabhängigkeit und Demokratie werden.

Paraguay: Armee gegen Bauern

ASUNCION. — Auch für das Regime des Faschistengenerals Stroessner ist die Zeit der Ruhe vorbei.

Unter den landarmen Bauern verbreitet sich seit der letzten Erntezeit immer stärker eine Bewegung für Landreform und Schuldentilgung. Nachdem zuerst mit Versprechungen versucht worden war zu beschwichtigen, nahmen die Kundgebungen und Aktionen jetzt solche Ausmaße an, daß das Regime in der vorletzten Woche zum reinen Terror Zuflucht nahm: Die Armee eröffnete das Feuer und ermordete mindestens zwanzig Menschen. Die Kundgebungen wurden trotzdem fortgesetzt.

USA: Antiklan-Demonstrationen

GREENSBORO. — Unter den zahlreichen Aktionen gegen die Faschisten des Ku Klux Klan ragt die Demonstration der Studenten von Nordkarolina Anfang des Monats heraus.

7000 Menschen beteiligten sich an der größten Demonstration, die die Stadt Greensboro, wo Klanmörder im November fünf Menschen erschossen hatten, je gesehen hat. Rund die Hälfte der Teilnehmer waren Weiße, Delegationen verschiedener Organisationen nationaler Minderheiten nahmen ebenfalls daran teil.

Die immer breitere antifaschistische Bewegung in den USA, der immer heftigere Kampf rassistischer Minderheiten gegen Diskriminierung ist eines der wichtigsten Bollwerke des Landes gegen Carters Kriegspolitik.

Mali: Deportation

BAMAKO. — Das Militärregime des Generals Moussa Traore regiert das Land immer offener mit brutaler Gewalt.

Nach der blutigen Niederschlagung der aufstandsartigen Erhebungen der letzten Wochen fanden jetzt die ersten Schauprozesse gegen Führer der Studentenbewegung statt. Während einige zu Gefängnisstrafen zwischen einem halben Jahr und einem Jahr verurteilt wurden, wurde jetzt bekannt, daß ungefähr 300 Schüler und Studenten in den Norden des Landes deportiert wurden.

Dahomey: Britische Monopole breiten sich aus

COTONOU. — Die sogenannte revolutionäre Regierung Dahomeys, oder der VR Benin, wie das Land von den jetzigen Machthabern genannt wird, offenbart immer deutlicher ihren Bankrott.

Nachdem schon die französischen Imperialisten ihren Einfluß im Lande immer mehr ausdehnten, hat das Regime jetzt auch die britischen Monopole ins Land gerufen. Die Zuckerindustrie soll ausgerechnet von der berühmten London and Rhodesia Trade Company (Lonrho) des Finanzmagnaten Tiny Rowlands aufgebaut werden. Die Societe Sucriere du Save wird von Kapitalisten der Regierung, nigerianischer Entwicklungshilfe und eben Lonrho finanziert, die auch die „technische Organisation“ übernimmt.

Das begehrte Uran in Namibia**Der „linke“ Minister und die Rassisten****SWAPO enthüllt britische Machenschaften**

WINDHUK. — Eine vor kurzem herausgegebene Erklärung der südwestafrikanischen Befreiungsbewegung SWAPO hat abermals die britische Regierung angeklagt, entgegen dem UNO-Beschluß von 1966 ungesetzliche Wirtschaftsbeziehungen mit dem faschistischen Besatzungsregime der südwestafrikanischen Rassisten in Namibia (Südwestafrika) zu unterhalten. Besonderes Aufsehen hat dabei auch in Britannien selbst die Tatsache erregt, daß der vor allem gemeinte Uranvertrag vom „linken“ Labourminister Tony Wedgwood-Benn unterzeichnet wurde.

Zwei Jahre nach dem UNO-Beschluß von 1966, der Südafrikas Mandat über Namibia für beendet erklärte und die Rassisten aufforderte, das Land zu verlassen (andernfalls sollte ein totaler Boykott der UNO-Mitgliedsländer organisiert werden), schloß die britische Labourregierung einen Vertrag über Uranlieferungen aus der größten Uranmine der Welt, der namibischen Rössingmine.

An dieser Vertragsschließung waren beteiligt: auf der einen Seite die südwestafrikanischen Rassisten, auf der anderen Seite das britische Technologieministerium und seine Unterabteilung, die Atomenergiebehörde

(UKAEA), sowie das größte britische Erzmonopol, die Rio Tinto Zinc Company.

Der Vertrag sah damals die Lieferung von 6000 Tonnen Uran vor und wurde im Jahre 1974, nachdem Labour wieder an die Regierung kam, um weitere 1500 Tonnen erhöht — unter Federführung von Wedgwood-Benns Ministerium.

Rio Tinto brauchte, um zusätzliches Kapital für die nötigen Investitionen zu mobilisieren (unter anderem west-deutsches), einen langfristigen Vertrag, der dieses Geschäft lohnend machte.

Jetzt verteidigte sich Benn vor der empörten Öffentlich-

keit seines Landes damit, er habe nichts davon gewußt — angesichts der Verhältnisse in Britannien kaum glaubhaft.

Denn es ist seit langem eine Tatsache, daß die britische Außenpolitik im wesentlichen von drei Monopolen gesteuert wird: Shell, BP und eben Rio Tinto Zinc, das zur Finanzgruppe der Rothschilds gehört.

Rio Tinto hat heute seine Position als entscheidender Lieferant für Uran, Kupfer, Chrom, Asbest, Zinn, Zink, Antimon und Vanadium für die britische Wirtschaft noch weiter verbessert. Der konservative Außenminister Lord Carrington war, bevor er sein politisches Amt antrat, mehr als 15 Jahre lang — Vizedirektor der Rio Tinto Zinc.

Weshalb es für ihn auch keine Frage ist, mit dem rassistischen Besatzungsregime zusammenzuarbeiten, wenn es sein muß auch offen. Aber der „linke“ Minister Benn hat da schon größere Profilschwierigkeiten.



Die Landarbeiter sind entschlossen, ihre Errungenschaften zu verteidigen

Gegen die offenen Angriffe der reaktionären Regierung

Massenkundgebungen in Portugal

LISSABON. — In den letzten Tagen des März wie auch Anfang April fanden in ganz Portugal zahlreiche Aktionen gegen die rechte Regierung Sá Carneiros statt. Am 22. März beherrschten über 100 000 Metallarbeiter die Straßen Lissabons. Unter der Losung „A luta continua, Carneiro para a rua“ (der Kampf geht weiter, Carneiro auf die Straße) demonstrierten sich ihre Bereitschaft, gegen die allseitigen und offenen Angriffe der Regierung auf die Errungenschaften des 25. April 1974 zu kämpfen.

Der Kampf zur Verteidigung der Agrarreform, der Kampf gegen das Inflationsprogramm des Internationalen Währungsfonds, das dieser dem portugiesischen Kapital befohlen hat, und der Kampf zur Verteidigung der Verfassung stehen dabei im Mittelpunkt des breiten Klassenkampfes in Portugal.

Im Streik befanden sich außerdem mehr als 30 000 Chemiarbeiter, für einen Tag alle Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen, Streikaktionen führten neben Landarbeitern auch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in mehreren großen Städten durch.

In einer ganzen Reihe von Städten fanden auch große Kundgebungen und Demonstrationen statt.

Erster Höhepunkt dieser Kampagne gegen die Regierungspolitik war eine Großkundgebung zur Verteidigung der Verfassung am 2. April in Lissabon, über deren Verlauf bei Redaktionsschluss noch keine genaueren Berichte vorlagen.

Diese Kundgebung fand statt auf Initiative verschiedener Einzelgewerkschaften der CGTP, des großen Gewerkschaftsbundes, dessen Spitze sich allerdings weigerte, die gesamte Gewerkschaftsbewegung zur Teilnahme aufzurufen und sich selbst fernhielt — wohingegen die Kräfte der revolutionären Linken diese Aktion unterstützten.

In dieser Situation eines schärfer werdenden Kampfes der sozialen Klassen treten auch die Trennungslinien innerhalb der Organisationen der Werktätigen deutlicher hervor.

Dies wird in der Gewerkschaftsbewegung deutlich, wo auf dem Kongress der CGTP zum ersten Mal eine große organisierte revolutionäre Opposition sichtbar war, die weit über die Reihen der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) hinausreichte, und der es gelang, gegen verschiedene revisionistische Manöver der revisionistischen PKP einige Erfolge im Kampf um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu erringen.

Auch bei den Wahlen zu den Betriebskomitees, die begonnen

haben, zeichnet sich als Reaktion auf die allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein wachsender Einfluss der revolutionären Kräfte ab. Die PKP(W) und die UDP konnten dabei in einer Reihe von großen Betrieben entweder erstmalig Mitglieder ihrer Organisationen in diese Komitees entsenden oder aber dort, wo sie bereits vertreten waren, ihre Anzahl zum Teil deutlich vergrößern. Die revisionistische PKP und die Sozialistische Partei verloren dagegen bei diesen Wahlen, aber die PKP bleibt die mit Abstand stärkste Partei in diesen Komitees. Währenddessen bereiten sich alle politischen Kräfte des Landes in dieser gespannten Atmosphäre auf die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr vor.

Verschiedene Gemeindevertretungen des Landes, in denen die revolutionären Kräfte das Übergewicht haben, weigern sich, den reaktionären Kurs der Regierung durchzuführen. Immer mehr Massenorganisationen rufen zum Kampf gegen die Regierung auf, in deren Allianz sich angesichts des breiten Widerstands, erste Risse zeigen.

Von dieser Lage ausgehend haben die PKP(W) und die UDP durch ihre Vertreter einer politischen Übereinkunft zugestimmt, die der Kandidat für die Präsidentschaft von 1976, Otelo de Carvalho, vorgeschlagen hat. Ergebnis dieser Vereinbarung ist die Schaffung einer breiten Organisation mit einem revolutionären Minimalprogramm, der FUP (Kraft der Volkseinheit). Damit soll die Grundlage dafür gelegt werden, gegen den Präsidenten der Reaktion, Eanes, einen Einheitskandidaten der revolutionären Linken, eben Otelo de Carvalho, aufstellen zu können.

Mit der Unterzeichnung dieser Übereinkunft zur Schaffung der FUP hat die portugiesische kommunistische Bruderpartei dem wachsenden Drang der Werktätigen und der wachsenden Notwendigkeit nach einer revolutionären Einheitsbewegung, die auch breit unter revisionistisch beeinflussten Arbeitern wirken kann, Rechnung getragen.

Um Lohnstopp durchzusetzen

Massenaussperrung in Schweden geplant

Unruhe in den Gewerkschaften

STOCKHOLM. — Mit der Ankündigung ab 10. April zwischen 750 000 und 1 Million Arbeiter im ganzen Lande auszusperrn, reagierte der schwedische Verband der Monopolkapitalisten, SAF, auf die Weigerung des SGB (Gewerkschaftsbund), für das ganze Jahr 1980 einen Lohnstopp hinzunehmen.

Lohnstopp '80, dieser Vorschlag wird nicht allein von den Kapitalisten gemacht, sondern auch von der konservativen Regierung Fälldin unterstützt. Sie bietet — sozusagen als Ausgleich — ein Trostpflasterchen an: Am 9. Mai soll ein Preisstopp verhängt werden.

Es ist jedoch abzusehen, daß die diesjährige Inflationsrate über den in der Jahresprognose der Regierung genannten 7 Prozent liegen wird. Daran wird auch kein „Preisstopp“ etwas ändern. Diese Teuerung soll also nach den Plänen der Regierung und der Kapitalisten voll von den Werktätigen des Landes getragen werden, die auf diese Weise Einkommenseinbußen von real um 10 Prozent innerhalb dieses Jahres hinnehmen müßten.

Während die Kapitalisten als Argument einmal mehr die gestiegenen Ölpreise anführen, die die Wirtschaft bereits belasten würden, benutzt die Re-

gierung, wenig originell, das Argument der wachsenden defizitären Handelsbilanz. Deshalb sollen alle geltenden Tarifverträge einfach um ein Jahr verlängert werden.

Gegen diese provokatorischen Angriffe gab es an der Basis der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaft breiten Widerstand und helle Empörung. Überall wurden Kampfmaßnahmen gefordert. So kam es zu dem Beschluß, daß alle Gewerkschaftsmitglieder bis zum Abschluß neuer Tarife die Überstunden verweigern werden. Obwohl diese Maßnahme aufgrund der aktuellen Beschäftigungslage vor allem den Einzelhandel und die Nahrungsmittelindustrie trifft, kam der Gegenbeschluß der Kapitalisten, eben die Massenaussperrung auf Druck der Schwerindustrie zustande, der es hier ums Prinzip geht.

Diese völlig willkürliche Terrormaßnahme der schwedi-

schen Monopolkapitalisten wird eingesetzt, um den Raubzug auf die Löhne mit brutaler Gewalt zum Erfolg zu bringen, und um den wiederaufkommenden Kampfeswillen der schwedischen Arbeiterschaft im Keim zu ersticken.

Daß dies keinen Erfolg hat, zeigt schon die Reaktion des SGB-Chef Nilsson. Er sagte, eine Massenaussperrung würde eine Entwicklung einleiten, in der man nicht mehr umhin könne, den Generalstreik zu organisieren. Diese Forderung wird an der Basis der Gewerkschaften bereits heute immer eindringlicher gestellt.

Angesichts der wachsenden Inflation und Arbeitslosigkeit, angesichts des arbeiterfeindlichen Wirtschaftsprogramms der konservativen Regierung werden sich die Kämpfe der Arbeiter mit Sicherheit noch weiter verstärken.

Britische Stahlarbeiter kämpfen gegen Verrat

Heftige Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft

LONDON. — Obwohl die bürgerliche Presse in ganz Europa zu Anfang April bereits das Ende des Stahlarbeiterstreiks in Britannien nach 13 Wochen harten Kampfes bejubelte, war dieses Ende noch keineswegs so eindeutig wie es die Verfasser solcher Artikel gerne gehabt hätten.

Mit 41 zu 27 Stimmen hatte der Vorstand der ISTC das erhöhte Angebot der British-Steel-Corporation von 15,9 Prozent angenommen. In der Woche zuvor waren noch 14,4 Prozent abgelehnt und die Forderung nach 19,7 Prozent nachdrücklich unterstrichen worden.

Auch die zweitgrößte der 13 beteiligten Gewerkschaften hat das Angebot der BSC bereits akzeptiert, das unter der offiziellen britischen Teuerungsrate liegt!

Nach dem Bekanntwerden der Zustimmung der ISTC-Führung um Bill Sims zum Angebot der Bosse kam es zu militänten Auseinandersetzungen von streikenden Stahlarbeitern mit jenen Funktionären, die für

die Annahme gestimmt hatten. Diese Bonzen mußten jetzt für ihren Verrat teilweise Prügel einstecken.

Denn die Stahlarbeiter haben, offiziellen Berechnungen zufolge, pro Mann rund 5000 Mark für diesen Kampf geopfert, nicht zu sprechen vom Einsatz der großen Mehrheit in diesem Kampf — sie wollten den Sieg sehen.

Mit dem Abkommen ist natürlich, gemessen am provokatorischen Angebot von 2 Prozent, das zu Beginn der Tarifverhandlungen gemacht worden war, ein Teilerfolg erreicht. Aber beim Kampf gegen das Sparprogramm der Thatcher-Regierung wurde kein ent-

scheidender Durchbruch erzielt, und das war das Hauptanliegen der beteiligten Gewerkschafter gewesen.

Bereits jetzt drohen Kapital und Regierung mit verstärkten Entlassungen und hoffen dabei natürlich auch hier auf die Kapitulation der ISTC-Führung.

Die Basis der Gewerkschaft dagegen steht kampfbereit. Bereits am Tag der Wiederaufnahme der Arbeit traten die Stahlarbeiter von Port Talbot und in South Yorkshire rund 20 000 Kollegen abermals in den Streik und weigerten sich, Stahl, der während des Streiks transportiert worden war, zu entladen und zu verarbeiten.

Gegen rassistische Polizeimaßnahmen

Massenkämpfe in Bristol/Britannien

Westindische Jugendliche wehren sich

BRISTOL. — Neun Stunden lang tobten am Mittwoch, den 2. April in Bristols Ghetto St. Paul eine regelrechte Straßenschlacht zwischen den farbigen Jugendlichen jenes Stadtviertels, meist aus Westindien stammend, und der britischen Polizei.

Dies ist seit 1967 bereits das dritte Mal, daß es zu solch einer Explosion in britischen Industriestädten kommt. Dieses Mal wurden mehr als 30 Personen, darunter 21 Polizisten, verletzt. Die farbigen Jugendlichen der britischen Ghettos, deren Eltern zumeist als Gastarbeiter für die britischen Kapitalisten über besondere Commonwealth-Regelungen ins Land gekommen waren, sind das erste Opfer der tiefen Krise der britischen kapitalistischen Wirtschaft. Fast die Hälfte dieser Jugendlichen ist ohne Arbeit, nicht einmal mehr drei Viertel gehen zur Schule, und, laut offiziellen Statistiken, verdient jedes fünfte Mädchen ab 15 Jahren durch Prostitution dazu.

Die Ghettos sind stets ein Brennpunkt der rassistischen Kampagne der rechten Gruppen der Konservativen Partei und der eng mit ihnen verbündeten faschistischen Terrororganisation gewesen, oft genug



Auch in London flackern immer wieder die Proteste der farbigen Minderheiten auf. Hier ein Bild aus dem Stadtteil Notting Hill aus dem Jahre 1976.

von der Polizei offen unterstützt.

Durch das rassistische Auftreten der Polizei war es schon zu verschiedenen, nicht so bekannt gewordenen Auseinandersetzungen gekommen. Auch in Bristol war der Anlaß eine Polizeiprovokation in einem Jugendlokal der Westinder. Die Polizei drang dort ein, um Verhaftungen und dabei eine allge-

meine Leibesvisitation vorzunehmen. Dagegen wehrten sich die Anwesenden, und es kam zu den langen Straßenkämpfen mit der Polizei.

In den Tagen danach kam es in verschiedenen britischen Großstädten zu großen Kundgebungen der „Bewegung gegen den Rassismus“, die vor einigen Jahren von verschiedenen demokratischen Kräften gegründet worden war, als die rassistische Kampagne der Thatcher-Partei einen ersten Höhepunkt erreicht hatte.

Das erklärte Ziel der Konservativen Partei ist es dabei, die farbigen Einwohner der Städte aus dem Lande zu jagen. Obwohl eine entsprechende rassistische Propaganda nur von einigen bekannten Rechtsradikalen in der Partei gemacht wird, zielen zum Beispiel die sozialen Kürzungen der Thatcher-Regierung bei Wohlfahrtsämtern und Milchspeisung vor allem auf die farbige Bevölkerung.

Meldungen

Britannien: Militäretat aufgestockt

LONDON. — Nach der Bundesrepublik und Frankreich hat jetzt auch die britische Regierung bekanntgegeben, daß sie den Militärhaushalt für 1980 weiter erhöhen werde. Obwohl in allen anderen Haushaltsbereichen gekürzt wird, wird für 1980 ein Anstieg von 3,5 Prozent bei den Militärausgaben genannt. Offiziell würde der Militärhaushalt damit umgerechnet 33,6 Milliarden Mark umfassen.

Neben dem kräftigen Ausbau einer eigenen Nuklearstreitmacht soll vor allen Dingen die britische Rheinarmee in der Bundesrepublik auf ihre Sollstärke von 55 000 Mann gebracht werden und mit 300 Panzern des neuen „Challenger“-Typs ausgerüstet werden, die den bisherigen „Chieftain“ ersetzen sollen.

Finnland/Norwegen: Neue Streiks

HELSINKI/OSLO. — Wie in Schweden so entwickelt sich auch in den anderen skandinavischen Ländern in den letzten Wochen eine starke Kampf- bewegung der Werktätigen, so daß nun, erinnert man sich an die dänischen Streiks, die ganze Region vom Kampf der arbeitenden Menschen erfaßt ist.

In Finnland wird seit den Tagen vor Ostern immer wieder vor allem von den Beschäftigten der dort relativ wichtigen Handelsschiffahrt gestreikt, die im Kampf für echte Lohnerhöhungen stehen. Aber auch andere Zweige des Transportwesens sind von der Streikbewegung erfaßt. In Norwegen sind nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen die Belegschaften einer Reihe von Großbetrieben aus verschiedenen Branchen der Industrie in Warnstreiks getreten und fordern die Vorbereitung eines großen Streiks.



Volle Tanks in Rotterdam

Niederlande: Preiserhöhungen für Erdgas

DEN HAAG. — Die britisch-niederländische Royal Dutch Shell Company gab letzte Woche in Den Haag bekannt, sie wolle eine neue vertragliche Regelung für den Erdgaspreis erreichen.

Seit 1974, als die Ölmultis ihre erste große Preiswelle starteten, gilt das Abkommen, nachdem die Preise des Erdgases rund 70 Prozent des Preises von schwerem Heizöl ausmacht. Jetzt soll — faktisch — die volle Preisgleichheit überall erreicht werden. Auch die UdSSR, der andere wichtige Erdgaslieferant, hat bereits ihr Interesse an einer Änderung alter Verträge betont, und, wie bei Kapitalisten üblich, mit „Lieferschwierigkeiten“ gedroht.

Carters Drohungen schüchtern den Iran nicht ein

Die gerechten Forderungen des iranischen Volkes müssen erfüllt werden!

Die hektische Aktivität der Carter-Regierung zur Einschüchterung des iranischen Volkes, die Beschleunigung der US-amerikanischen Kriegsvorbereitungen ist im Iran selbst ohne Wirkung geblieben. Die gerechten Forderungen nach der Auslieferung des Massenmörders Pahlavi und der Rückgabe seiner Diebesbeute sowie einem Schuldbekenntnis seiner US-Oberherren werden nach wie vor erhoben.

Nachdem verschiedene Versuche, sich dem Iran anzubiedern, ohne Erfolg geblieben sind, da weder die Karte der sowjetischen Bedrohung noch der scheinheilige Carter-Brief Wirkung zeigten, haben die USA-Imperialisten jetzt wieder auf offene Aggression geschaltet.

Der Anlaß dafür: Ayatollah Khomeiny hatte bekräftigt, daß das iranische Parlament die Entscheidung über die Zukunft der Gefangenen in der Teheraner CIA-Zentrale fällen würde. Eine Position, die er und andere Vertreter des Iran schon seit Wochen vertraten, die also keinesfalls neu war. Aber Washington hatte eben gehofft, seine Manöver würden vielleicht doch Ergebnisse zeitigen, deshalb jetzt die haßerfüllte Reaktion.

Mit der Ausweisung der iranischen Diplomaten haben sich die USA faktisch auf den Weg der offenen Kriegstreiberei gegeben, sind sie über das Stadium der Einkreisung und Drohung hinausgegangen.

In diesen Tagen werden die neuen Stützpunkte und bevorrechteten Landorte in Mombasa und Berbera, Diego Garcia oder in Oman mit Soldaten, Fachleuten, Technikern und Spionen aufgefüllt.

In diesen Tagen finden in den USA offensichtlich die ersten Prozesse gegen Organisatoren von gegen die Wehrerfassung gerichteten Demonstrationen statt, laufen die Bänder der Boeng und Mac Donnell, der Dow Chemical und anderer Rüstungskonzerne auf Hochtouren. Die Propagandakampagne in Presse und Fernsehen

läuft in den USA auf Hochtouren: Das amerikanische Volk soll zum Krieg aufgehetzt werden.

Die gesamte sogenannte Irankrise wäre ganz einfach zu lösen, wenn es nicht um die Profit- und Strategieinteressen der Wallstreetmonopole ginge. Washington bräuhete ja nur die klaren und gerechten Forderungen, die nicht nur von den Botschaftsbesetzern oder der iranischen Führung, sondern vom ganzen Volk erhoben werden, zu erfüllen.

Diese Forderungen müssen alle fortschrittlichen Menschen dieser Welt verteidigen, unterstützen. Denn, um es noch einmal zu sagen: Die internationalen Konventionen haben nicht jene gebrochen, die die Botschaft besetzten und denen dabei auch eine Reihe inzwischen bekannter Spione und Agenten in die Hände fielen, sondern jene, die ihre Botschaft als Kommandozone eines blutigen faschistischen Putsches nutzten, die von dort aus die Diktatur stützten und dem iranischen Volk unermessliches Leid zugefügt haben.



Die Macht des blutigen Diktators auf dem Pfauenthron wurde durch die Armee und den SAVAK-Terrortrupp aufrechterhalten. Hier probt eine Marineinfanterieabteilung, amerikanisch ausgerüstet, amerikanisch ausgebildet die Landung auf fremdem Boden. Das Blut der Schah-Opfer klebt an den Händen Washingtons: Deshalb sind alle Forderungen gerecht!

Wer hat Interesse an einer Ölkrise?

US-Boykott wie vor 28 Jahren?

Boykottbeschlüsse der USA sind kein neues Mittel in der imperialistischen Erpressungspolitik der Wallstreet und ihrer Washingtoner Befehlsempfänger. Sie wurden bereits gegen eine Reihe von Ländern, die „unbotmäßig“ waren, angewandt, bereits Ende letzten Jahrhunderts gegen Kuba, dann später auch gegen die russische Revolution usw. Und auch der Iran war schon einmal Opfer einer solchen Kampagne.

Als die antiimperialistische Mossadegh-Regierung das Öl verstaatlichte und eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Erlangung einer echten nationalen Unabhängigkeit ergriff, wurde der berühmte „totale Ölboykott“ gegen den Iran verhängt. Das Land sollte ausgehungert werden. Die konzertierte Aktion der sieben großen Ölmultis, die den Weltmarkt beherrschten, führte dazu, daß der iranische Ölexport völlig zum Erliegen kam. Vor dem Hintergrund dieses Boykotts, der die iranische Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs brachte, führte die CIA ihren faschistischen Putsch durch und setzte Reza Pahlavi auf den Thron. Die starke amerikanische Beteiligung an der Aggression gegen den Iran zahlte sich in klingender Münze aus: Während vor Mossadegh die britischen Monopole die Alleinherrscher über das iranische Öl waren, kontrollierten nach dem

Putsch die amerikanischen Multis 60 Prozent der Ölquellen.

Hauptgewinner war dabei die Rockefeller-Gruppe. Und dieser Name steht auch jetzt hinter dem Ankurbeln der Yankee-Kriegsmaschine. Aus den Rockefeller-Schulen und -Universitäten gingen all die Carters, Jordans, Brzezinskis, und wie die Verwalter der Macht sonst noch heißen, hervor. Die außenpolitische Strategie der USA wird seit langem von Professoren der Rockefeller-Politikinstitute entworfen, unter denen Kissinger nur der Bekannteste ist.

Der Boykott damals zielte genau auf das Volk. Er sollte eine wirtschaftliche Katastrophe auslösen — und das soll er auch heute. Die angloamerikanischen Ölmultis sind es, die wieder an „ihre“ Ölquellen wollen, sie treiben heute die aggressive Politik ihrer Staaten voran.

Dabei haben sie für sich selbst durchaus die Reserven, einen eventuellen iranischen Lieferboykott für Öl — denn ein Kaufboykott ist heute nicht durchzusetzen — auf ihre sogenannten Partner in den westlichen kapitalistischen Ländern abzuwälzen.

Eine echte Ölverknappung würde heute, das ist eine Tatsache, vor allem die EG-Länder und Japan treffen, wenn ein Lieferboykott auf sie angewandt werden würde, weil sie sich an der US-Aggression beteiligen. Die USA und Britanien können ihre Ölversorgung einigermaßen gewährleisten — wobei die Multis sich bestimmt nicht die Möglichkeit entgehen lassen würden, bei den Preisen ein weiteres Mal kräftig zuzulangen.

So sieht die Durchführung eines Wirtschaftsboykotts heute also etwas anders aus, als vor 28 Jahren. Sie ist schwieriger geworden, aber im Grundsätzlichen ist es genauso eine aggressive und volksfeindliche Maßnahme wie damals.

Und wie damals fordern die USA-Imperialisten ihre sogenannten Partner faktisch dazu auf, für sie die Opfer zu bringen.



In den letzten Wochen haben sich auch verschiedene Organisationen von Kriegsveteranen aus Vietnam gegen Carters Kriegshetze gewandt. Viele warten noch heute auf eine Rente, erst jetzt wurde bekannt, daß die benutzten chemischen Kampfstoffe auch die Soldaten selbst vergifteten. Dieses Bild zeigt eine Demonstration noch gegen Präsident Nixon, den die Veteranen und Kriegsbeschädigtenorganisationen bereits zur Beendigung des Vietnamkriegs aufgefordert hatten.

Neue Antikriegskundgebungen in USA

Stoppt Carters Kriegsmaschine!

Kommunisten in USA mit aller Kraft gegen Kriegsvorbereitungen

Auch in der letzten Woche fanden in den USA verschiedene Demonstrationen und Kundgebungen sowie andere Aktionen gegen die Cartersche Kriegsmaschine statt.

Im Laufe des April haben sich an insgesamt neun amerikanischen Universitäten mehr als 20.000 Studenten an solchen Aktionen beteiligt. Auch die großen Organisationen der rassischen Minderheiten haben sich jetzt gegen die Kriegspolitik ausgesprochen, nachdem kleinere Gruppen sich schon an dem Washingtoner Marsch beteiligt hatten. So haben jetzt Indianerorganisationen gegen das Rüstungsprogramm Stellung genommen, haben Organisationen der Afroamerikaner betont, daß ihre Leute kein Interesse an Carters Krieg hätten, und auch Organisationen der Hispanoamerikaner lehnten eine Mobilisierung offi-

ziell ab.

In verschiedenen Städten wurden Kampfkationen und erste Zusammenschlüsse gegen die zugunsten der Aufrüstung vorgenommene Kürzung der Sozialprogramme registriert, an denen sich auch arbeitslose Jugendliche beteiligten.

In dieser Situation mobilisiert die junge Kommunistische Partei der USA/ML alle Kräfte, um der Antikriegsbewegung unter der Losung „Stop the Carter warmachine!“ (Stoppt Carters Kriegsmaschine!) in einer gemeinsamen Stoßrichtung zu vereinen.

Die amerikanischen Kommunisten führen diesen Kampf in der großen Tradition der

Antivietnambewegung sowohl in den demokratischen und Minderheitsorganisationen als auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, im Kampf gegen jedes Arbeiteropfer für das imperialistische Kriegstreibersystem.

Die KP USA/ML hat das amerikanische Volk, insbesondere das Proletariat, dazu aufgerufen, der Kriegshysterie Washingtons die Stirn zu bieten und gemeinsam mit dem iranischen Volk die Ölmonopole, die Wall Street zu bekämpfen. Dazu hat sie auch ihre Aktivitäten zur revolutionären Organisation der oppositionellen Bewegung in den Gewerkschaften verstärkt, um den Lebensstandard der amerikanischen Werktätigen gegen die von den Monopolen verlangten Krisenopfer zu verteidigen.

EG — Iran

Carter befiehlt, wir folgen!

Genscher als Einpeitscher

LISSABON. — Die Lissaboner Konferenz der EG-Staaten, für deren Zustandekommen Bundesaußenminister Genscher die Initiative ergriffen hatte, drehte und wendete sich zwar, aber als Ergebnis bleibt ein klarer Kurs vorgezeichnet: an der Seite Carters die Erpressungspolitik gegen den Iran mit durchzuführen.

Die beschlossenen diplomatischen Aktivitäten der Teheraner Botschaften der EG-Staaten sind nichts anderes als ein zweifelhafter Versuch, Zeit zu gewinnen. Zeit zu gewinnen, um aus dem Dilemma zwischen der USA-Treue und dem eigenen Interesse an der Versorgung durch iranisches Öl herauszukommen.

Die Teheraner Botschafter der westeuropäischen Staaten sollen also dem iranischen Präsidenten die Forderung vortragen, sich doch bitteschön den Wünschen Carters zu beugen. Es gehört wahrhaftig keine prophetische Gabe dazu, um vorauszusagen, wie dieser diplomatische Vorstoß enden wird.

Dann aber wird vor den EG-Regierungen in aller Deutlichkeit der Zwang zu einer Entscheidung stehen: Entweder sie lassen Carter abblitzen oder sie lassen sich vollends in die

Kriegsvorbereitungen gegen den Iran hineinziehen.

Der Spielraum ist minimal. Die Wirtschaftsbeziehungen, mit Ausnahme der iranischen Öllieferungen, sind seit dem Sturz des EG-Freundes Reza Pahlavi ständig zurückgegangen. Diese Öllieferungen allerdings sind es, die den westeuropäischen Monopolkapitalisten und ihren Politikern Sorge bereiten. Denn, was zum Beispiel die Bundesrepublik betrifft, so ist der Anteil Irans am Ölimport seit dem letzten Jahr von rund 10 auf rund 15 Prozent angestiegen. Durch die von Washington vorangetriebene Politik der vollständigen Blockade Irans würde Westeuropa von dieser notwendigen Öllieferung abgeschnitten.

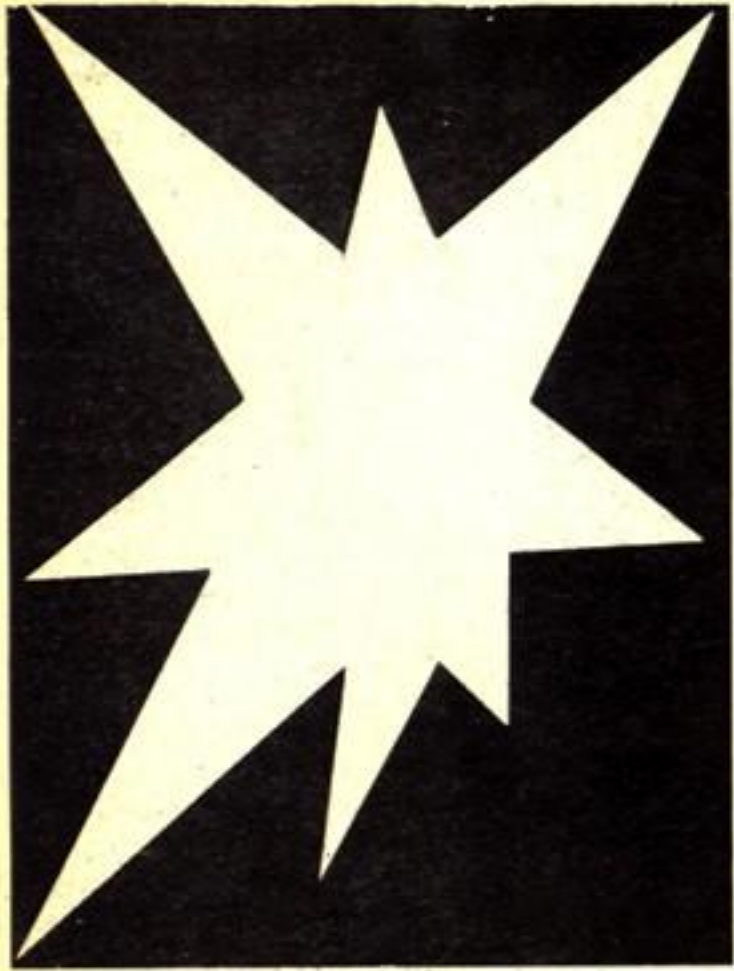
Auf der anderen Seite wird das Verlangen Washingtons nach offener Gefolgschaft Westeuropas immer drängender, wollen sich die USA-Impe-

rialisten nicht mehr mit allgemeinen Solidaritätsresolutionen begnügen. Und Washington findet dabei vor allem in Bonn Unterstützung.

Neben den britischen sind die westdeutschen Imperialisten gegenwärtig die entscheidendsten Parteigänger Carters. Sie wollen ein Taktieren anderer EG-Staaten, etwa Frankreichs, verhindern, um nicht gegenüber diesen imperialistischen Konkurrenten in Nachteil zu geraten. Deshalb Genschers Erklärung, jetzt sei die Zeit da, den USA die Treue zu beweisen, und sein Verlangen, dies müsse die EG geschlossen tun.

Die Bundesrepublik, das erscheint heute ziemlich sicher, wird die schändliche Aufgabe übernehmen, Einpeitscher für Carters Aggression gegen den Iran in Europa zu sein. So wird unser Land ganz direkt und aktiv in Carters Kriegsmaschine eingespannt.

Deshalb müssen alle demokratischen und friedliebenden Menschen unseres Landes verstärkt jede Maßnahme Bonnens gegen den Iran bekämpfen.



Spitzenprodukte des Lumpen-Journalismus im „Stern“

„Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode!“

So könnte man versucht sein, mit Polonius in Shakespeares Hamlet zu sagen. Was hier, in seinen Ausgaben Nr. 14 und 15/80, das deutsche Magazin „Stern“ unter den Überschriften „Der rote Unbekannte“ und „Rote Fahne auf halbmast“ absonderte, ist schon das Letzte und besitzt zweifellos Goebbel-sche Qualität: je größer die Lüge, desto eher wird sie geglaubt. Warum, fragt man sich einigermaßen perplex, warum nur diese Wut, dieser Haß, der hier förmlich aus jeder Zeile der Reportage „Der rote Unbekannte“ über das sozialistische Albanien quillt?

Es kann doch nicht nur die Verbitterung des bürgerlichen Presseschmucks sein, dem man sein Ferienporno bis zur Wiederausreise beschlagnahmte, sein Beleidigtsein darüber, daß man ihn nicht mit den ihm seiner Meinung nach gebührenden Ehren empfing, die ihn auf 739 Zeilen (ohne Bildtext) Gift und Galle spritzten ließ. Offensichtlich haben die Herren Karp und Carp von vornherein überhaupt nicht die Absicht, eine wahrheitsgetreue Reportage, sondern eher einen Fortsetzungsroman von Karl Mays „Durch das Land der Skipetaren“ zu schreiben. Man fühlt ihn richtig, den Schauder, der einem über den Rücken laufen soll, wenn man liest: „Es ist ein ... unheimliches Land, mit dunkler Vergangenheit und un-

sicherer Zukunft.“ Und dann geht es Schlag auf Schlag: „Über zweieinhalb Millionen Menschen in Europa von Gott und dem Rest der Welt abgenabelt“ ... „Soldaten wachen mit chinesischen Maschinenpistolen darüber, daß keiner die Idylle ... verläßt“. Also keine Mauer und kein Stacheldraht. Nur Soldaten mit chinesischen Maschinenpistolen. Und da sie ja niemals an der albanischen Grenze waren, die Herren Karp und Carp, müssen sie sie wohl vom Flugzeug aus gesehen haben, die Soldaten mit ihren chinesischen Maschinenpistolen.

Aber es kommt noch besser. Nachdem sie auf dem „schwer bewachten Flughafen Rinas“ gelandet sind — sie vergessen zu erwähnen, daß dies der einzige Flughafen Europas ist, auf dem keine Waffenkontrollen stattfinden —, geht es zum „35 Kilometer entfernten Hafen Durres“. Und was sehen sie unterwegs? „Vorbeihuschende schwarze Mercedes-Limousinen mit verhängten Scheiben“. Na, und wer sitzt da wohl drin? In einem Land, in dem es keine Privatautos gibt. Hinter den verhängenen Scheiben? Natürlich „nur Bonzen“, die privilegierte „neue Klasse“. Wie sollte es auch anders sein. Sicher wissen die „Stern“-Reporter, daß die vorhandenen Wagen lediglich für Dienstfahrten, für Partei- und Staatsgäste

benutzt werden, daß Privatfahrten mit ihnen verboten sind. Sicher wissen sie, daß die Minister in Tirana wie jeder andere zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Bus zur Arbeitsstätte gelangen. Sicher wissen sie, daß es gerade in Albanien eben keine neue Klasse von Bonzen und Privilegierten gibt, wie dies in den revisionistischen Ländern der Fall ist. Sicher wissen sie das. Nur ist darüber zu schreiben nicht der Auftrag, mit dem sie nach Albanien kamen.

So spinnen sie denn auch munter fort: von den Parolen krächzenden Lautsprechern am Strand von Durres, von einer „Zona turistik“, von dem Verbot für Albaner, mit Ausländern zu sprechen und den „kleinen, unauffälligen Männern mit großen auffälligen Sonnenbrillen“, die das alles überwachen. Männer von der „albanischen Geheimpolizei“. — Immer die Kleinen. Wenn die jetzt noch die Sonnenbrillen abnehmen, könnte sie niemand, auch kein „Stern“-Reporter mehr erkennen. Überwachen tun auch die „am Horizont kreuzenden Kanonenboote“, damit kein Albaner nach Italien entschwimmt.

Dem Kerker entronnen

Karp und Carp jedoch entfliehen dem „Hotelkerker“, in den man sie eingesperrt hatte, und begeben sich auf Reisen. Was sie hier erleben, ließe selbst einen Gulliver erblassen: Fronende Arbeiterinnen in dunklen Fabriken mit „nackten Füßen in offenen Sandalen“. Nichts, nur „die gegenseitige Denunziation und Überwachung klappt“. Ein Land wie ein KZ, dem „Freiheit und Menschenrechte fremd sind“. So ist „die Einfuhr pornographischer, religiöser und gegen Albanien gerichteter Literatur untersagt“. „Die einzigen Bibeln, die sein Volk lesen darf“, sind die „27 veröffentlichten Werke Enver Hodschas“. Und „wer das nicht tut, endet am Galgen oder im Arbeitslager“, von denen es „viele in Albanien“ gibt.

Was noch niemandem gelungen ist, die Reporter des „Stern“ haben sie entdeckt. „Im Drin-Tal bei Telepene“, wo es auf dem Weg nach Sarande neben besagtem „schwer bewachten Lager“ noch „eine unheimliche Linie aus halbkugelförmigen Betonbunkern“ gibt. Zwar liegt Telepene nicht im Drin-Tal, sondern im Süden des Landes, während der Drin in Nordalbanien fließt, und niemand außer ihnen im Bus hat das ominöse Arbeitslager gesehen, aber was macht das einem gewieften Goebbelsschüler schon aus. Immerhin war ihr Lehrmeister ja Kriegsberichterstatter, und da lernt man diese Art Journalismus von der Pike auf.

So ist es denn auch kein Wunder, daß sie von 12.000 politischen Gefangenen schreiben, von denen 9900 Arbeitslager eingesperrt seien. So in Berat, Ballsh, Kavaje, Telepene u.a. — nur, daß noch keiner der zahlreichen Touristen, die in den letzten Jahren diese Städte besuchten (sie sind ja nicht sehr groß) sie dort entdeckt hat. Doch sicher liegt das an der Raffinesse der Albaner, die sie in unterirdischen Verliesen verstecken. Karp und Carp wissen es genau: „Selbst in Gjirokastr, der Geburtsstadt von Enver Hodscha, hocken in unterirdischen Zellen Regimegegner und Geistliche.“ Und da hört man sie dann des Nachts, vor allem bei Vollmond, jammern, stöhnen, röheln und wimmern. Der berühmte Gjirokastr-Wimmer.

Kein Paradies für Playboys

Man könnte über dieses Spitzenprodukt des Lumpenjournalismus, dieser Lügen- und Gruselstory zur Tagesordnung übergehen, wäre sie nicht in einer Auflage von 1,9 Millionen Exemplaren verbreitet worden. Würde sie nicht von Millionen Menschen gelesen, die noch nicht in Albanien waren, die sich noch keinen wahrheitsgemäßen Eindruck von diesem Land verschaffen konnten. Sicher, ein Paradies für Playboys, Nichtstuer und Nutten ist es nun gerade nicht, und dekadente Bürgersöhnchen werden kaum auf ihre Kosten kommen. Ihre „Freiheit“, andere für sich arbeiten zu lassen, wurde abgeschafft. Und wer Strip-tease und Peepshows, Sektenwahn und Prostitution, Hasch- und Drogenkult, Porno, Mode- und Reklamerummel für die höchsten aller Güter und Werte, für das Sinnbild absoluter Freiheit hält, wird nicht auf seine Kosten kommen.

Dafür ist es halt ein Staat der Arbeiter und Bauern, die zum ersten Mal nicht mehr Diener, Sklaven der Kapitalisten, der Monopole und Banken sind, sondern Herr im eigenen Haus. Einem Haus ohne Arbeitslosigkeit, steigende Preise, Steuern, mit den niedrigsten (1 zu 2) Lohnunterschieden auf der Welt u.a.m. Einem Haus, in der der eiserne Besen der Diktatur des Proletariats dafür sorgt, daß sich kein Dreck, Korruption, Vetterwirtschaft, Dekadenz, Kriecherei, Überheblichkeit usw. absetzt, daß sich keine „neue Klasse“ von Ausbeutern entwickelt, die dem Volk wieder im Nacken sitzt. Das Haus des Sozialismus.

Und gerade das ist es, was die Bourgeoisie, die herrschende Klasse, so auf die Palme treibt, daß sie sich veranlaßt sieht, den „Stern“ wieder an die Front — des Antikommunismus — zu schicken. Da hat man es nun endlich geschafft, die Welt hübsch säuberlich in zwei Teile, die des schönen freien Westens und die des häßlichen kommunistischen Ostens, einzuteilen. Wobei jetzt endlich sogar China, das lange nicht wollte, bereit ist, das sowjetische System als „grundsätzlich sozialistisches“ zu bezeichnen, was es nicht daran hindert, mit den kapitalistischen Amis gegen die „sozialistische“ Sowjetunion zu paktieren. Und nun kommt so ein Winzling wie Albanien daher und sagt: stimmt nicht!

Nur ein Weg zum Sozialismus

Weder die Sowjetunion, China, Polen, Rumänien, Jugoslawien usw., wie immer sie sich auch nennen mögen, sind sozialistische, sind kommunistische Staaten, die wir oder auch die um ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus, des Imperialismus kämpfenden Menschen in aller Welt uns zum Vorbild nehmen könnten. Für uns wie für die Arbeiterklasse, die Werktätigen aller Länder gibt es nur einen Weg zum Sozialismus, zum Kommunismus, den Weg, den Marx und Engels, den Lenin und Stalin uns wiesen. Den Weg, den allein die jungen kommunistischen, sich am Marxismus-Leninismus und damit an Albanien orientierenden Parteien gehen.

Deshalb war es auch logisch, daß der „Stern“ seinem widerwärtigen Machwerk über Albanien in seiner nächsten Ausgabe ein ebensolches über die Partei folgen ließ, die in der Bundesrepublik über die besten Beziehungen zur kommunisti-

schen Partei Albaniens, der Partei der Arbeit, verfügt, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die KPD/ML. Als Aufhänger dafür nahm er unter der Überschrift „Rote Fahne auf halbmast“ den zweifellos vor-handenen Auflösungsprozeß der sogenannten „maoistischen K-Parteien“.

Nur, daß die KPD/ML sich niemals, während der ganzen elf Jahre ihres Bestehens, als „maoistisch“, sondern stets als — wie schon aus ihrem Namen ersichtlich — marxistisch-leninistisch, als in der Tradition Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns stehende Kampfpartei der Arbeiterklasse verstand. Nur, daß sie sich weder in Auflösung befindet noch ihrem Ende entgegen-schrumpft.

Hier ist beim „Stern“ offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens „und so schließt er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf“. Wenn schon „der KB sich gespalten, die KPD sich aufgelöst hat“ und „der KBW nicht mal mehr vom Verfassungsschutz ernst genommen wird“, da mußte es doch mit dem Teufel zugehen, könnte man nicht gleichzeitig die KPD/ML wenn schon nicht zum Verschwinden bringen, so doch wenigstens lächerlich machen. Und nach bewährtem Rezept schickte man flugs einen Typen mit Pseudonym Heiko Tornow auf

Reisen, um sich als Märchen-onkel vom Dienst zu produzie-ren.

Der Märchenonkel vom Dienst

Was dieser auch tat, indem er ganz im Sinne seiner Auftraggeber und deren Freunde im Amt für Verfassungsschutz zunächst die Mitgliederzahl der KPD/ML von angeblich 800 im Jahre 1977 auf „im letzten Herbst nur noch 500“ reduzierte. Wie lächerlich allein diese Zahlen sind, wird deutlich, wenn man weiß, daß zum Beispiel zu einer regionalen, nur in NRW durchgeführten Veranstaltung der Partei zum 100. Geburtstag Stalins am 21. 12. 79 im Saalbau in Essen über 800 Mitglieder und Freunde der KPD/ML kamen, daß der von der KPD/ML unterstützte „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus“ am 26. 1. 80 in der Westfalenhalle in Dortmund von rund 5000 Menschen besucht wurde.

Aber offensichtlich ist es gerade das, der wachsende Einfluß der KPD/ML, ihre zunehmende Verankerung in den Betrieben, ihre verbesserte Gewerkschaftsarbeit, die wachsende Zahl ihrer Betriebsräte und Vertrauensleute usw., die die Herrschenden aufhorchen, die sie ihre Taktik des Totschweigens durchbrechen und zum Mittel der offenen Hetze, Lüge und Diffamierung greifen läßt. Dabei ist ihr jedes Mittel recht.

Fortsetzung auf Seite 14

Ernst Axel, Vorsitzender der KPD/ML, hat sich beim sowjetischen KP-Chef Leonid Breznev, 1978 in Moskau, getroffen.

Bummel in Albanien Hauptstadt Tirana. Autos gibt es nur für Funktionäre. Wälle haben keinen Zweck und sind für alle da.

Der rote Unbekannte

Vor 35 Jahren hat sich Albanien von der Welt abgesperrt und hat seitdem den Ruf als „Land der verschlossenen Türen“ erhalten. Der Stern-Reporter (Stern) hat das Land besucht und berichtet über die dortige Situation. Er beschreibt die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die Rolle der Partei und die Beziehungen zu anderen Ländern. Er kritisiert die Isolationismus-Politik und die angebliche Unterdrückung der Freiheit.

Rote Fahne auf halbmast

Nach einem Jahrzehnt der revolutionären Tätigkeit ist die KPD/ML in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in eine „neue Phase“ eingetreten. Die Partei hat sich von einer „Kampfpartei“ zu einer „Partei der Massen“ entwickelt. Sie hat sich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus orientiert und hat die Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien gesucht. Die KPD/ML ist stolz auf ihre Tradition und ihre Erfolge.

Unser Artikel gegen die „Stern“-Hetze liegt auch als Flugblatt vor. Damit soll den Genossen und Freunden unserer Partei Material an die Hand gegeben werden, um in ihrem Bereich dieser Hetze entgegenzuwirken. Die Flugblätter können beim Verlag Roter Morgen bestellt werden.

Spitzenprodukte des Lumpen-Journalismus

Fortsetzung von Seite 13

So legt der „Stern“ zum Beispiel dem Vorsitzenden der KPD/ML, Ernst Aust, Worte in den Mund, wie, man habe sich „nach einjähriger Selbstkritik von Mao gelöst“, die er selbst im Zustand geistiger Umnachtung nicht sagen würde. Ein Jahr lang Selbstkritik, womöglich noch mit Selbstgeißelung im Büßergewand, kein Wunder, daß das die Leute verschreckt, daß sie da austreten, wer hält das schon aus? Da lügt man frech und gottesfürchtig: „Ernst Aust ließ beim Bundeswahlleiter eine neue Partei eintragen: die sich als bürgerlich-liberal tarnende „Volksfront“, weswegen dann „viele“ seiner „Gefolgsleute ... aus Protest ihr Mitgliedsbuch zurückgaben.“

Soviel Worte, soviel Lügen. Wer von den Lesern des „Stern“ weiß denn schon, daß es in der KPD/ML überhaupt keine Mitgliedsbücher gibt, die man zurückgeben könnte? Wer ruft schon beim Bundeswahlleiter an, um festzustellen, daß das mit der Eintragung der „Volksfront“ durch den Vorsitzenden der KPD/ML ein aufgelegter Schwindel ist? Wer weiß schon, daß der erste Sekretär der Partei der Arbeit Albanien, Enver Hoxha, nicht, wie behauptet, „kleine bunte Heiligenbildchen“ und schon gar nicht „von sich selbst“ verschenkt, daß jede dem Genossen Ernst Aust in den Mund gelegte Äußerung ein Produkt der Phantasie des „Stern“-Reporters ist?

Kaum jemand. Was hier erreicht werden soll, ist die persönliche Verunglimpfung von prinzipienfesten, aufrechten Kommunisten, ist die Diffamierung der „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ als einer „Tarnorganisation“ der KPD/ML. Geradezu kriminell aber wird es, wenn der „Stern“ — durch den Eingriff in ein schwebendes Verfahren auf Wiedereinstellung — sich als untätigster Diener der Hoesch-Kapitalisten betätigt und den Rausschmiß der RGO-Betriebsräte Norbert Bömer und Hartmut Siemon betreibt. Dagegen konnte man die ZDF-Berichterstattung über den Fall als geradezu wohlthuend objektiv betrachten.

Warum dieser Angriff?

Warum nun dieser gezielte Angriff der westdeutschen Bourgeoisie gerade auf die Sozialistische Volksrepublik Albanien und auf die KPD/ML? Man sollte aufgrund dessen, was im „Stern“ stand, doch annehmen, daß sich so etwas angesichts der angeblichen völligen Isoliertheit Albanien, angesichts des angeblichen Schrumpfungprozesses der KPD/ML gar nicht lohnt. Oder doch? Ist es das wachsende Ansehen Albanien in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas? Das Beispiel seines konsequenten anti-imperialistischen Kampfes gegen beide Supermächte, gegen jegliches imperialistisches Großmachtstreben, sein vorbildliches Stützen auf die eigenen Kräfte, das der Weltbourgeoisie Sorge bereitet?

Ist es die wachsende Stärke der KPD/ML: ihre Geschlossenheit, die wachsende Zahl ihrer Kader, ihre verbesserte Arbeit unter den proletarischen Massen, ihr zunehmendes Eingreifen in die Klassenkämpfe, ihre konsequente Einheitsfrontpolitik usw., die die westdeutsche Bourgeoisie angesichts der

zu erwartenden Verschärfung der Klassenkämpfe während der 80er Jahre so reagieren läßt?

Sicher hat auch die KPD/ML im Zuge des Niedergangs der linken kleinbürgerlichen Zirkelbewegung einige Mitglieder verloren. Nur hat dies nicht zu ihrer Schwächung, sondern zu ihrer Stärkung beigetragen. Diese Verluste wurden inzwischen durch Neuaufnahmen vor allem von Arbeitern längst wieder ausgeglichen. Und ist es etwa ein Zeichen der Schwäche, wenn — während die „Rote Fahne“ der sogenannten KPD ihr Erscheinen einstellt — der „Rote Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, in erweitertem Umfang und, im Gegensatz zu früher, das theoretische Organ „Der Weg der Partei“ jetzt sechsmal im Jahr erscheint; wenn regelmäßig Parteischulen stattfinden und die Partei insgesamt die sektiererischen Fehler der Vergangenheit überwunden und eine klare politische Linie ausgearbeitet hat?

Warum aber dieser Angriff auf das sozialistische Albanien und auf die KPD/ML gerade im „Stern“, einem Blatt, das sich in der Vergangenheit doch bemühte, sich ein liberal-demokratisches Image zu geben, in dem man auch so einige Dinge im deutschen Bundesstaat kritisierte. Diese Art Lumpen-Journalismus zu finden, war man bisher doch zumeist nur in der „Bild“-Zeitung, der Springer- und Regenbogenpresse gewohnt. Nun, das eben ist die Methode, die kapitalistische Arbeitsteilung. In beispielsweise „Bild am Sonntag“ hätten die Reportagen nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt, denn von diesem Blatt weiß jeder fortschrittlich eingestellte Mensch: „Bild“ lügt. Gerade um diese links eingestellten Arbeiter, um fortschrittliche Teile des Kleinbürgertums aber geht es ja.

Der Stern wird verblissen

Um jene also, die man allenfalls in der SPD (zur Not auch in der DKP) oder in den Armen der Grünen, niemals aber in einer „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ oder gar auf dem Weg zum Sozialismus zu finden hofft. Sie muß man auf diese Weise belügen, betrügen, denn einer „Bild“-Zeitung würden sie nicht glauben. Dort wo es prinzipiell wird, wo es um die Zukunft der herrschenden kapitalistischen Klasse geht, dort läßt auch der „Stern“ den liberalen Vorhang fallen und zum Vorschein kommt die haßerfüllte Maske der Lohnschreiber des Kapitals. Schließlich bekommt man seine Anzeigenplantagen nicht umsonst.

Doch was soll's. Wir sind nicht so zart besaitet wie die Katharina Blum. Wofür wir allerdings keine Garantie übernehmen können, ist, daß nicht empörte „Stern“-Leser gegenüber den Herren Karp und Carp und Heiko Tornow (siehe „Stern“-Impressum verantwortlich für K-Gruppen) auf dumme Gedanken kommen. Das sozialistische Albanien wie auch die KPD/ML oder besser die KPD Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns werden ihren Weg konsequent weitergehen. Ihnen gehört die Zukunft. Oder um es mal lyrisch zu sagen: Wenn die Sterne verblissen, leuchtet der Rote Morgen!

Martin Schrader

WDR kippt Gladitz-Film „Gegen den Strom“

Unfähig, das Volk zu ertragen

Filmemacherin Nina Gladitz
über Zensur und Filmarbeit heute

Für den 3. März, 16.15 Uhr war im WDR der Dokumentarfilm „Gegen den Strom. Über unbotmäßige Bauern im Südbadischen“ von Nina Gladitz angekündigt. Der Film wurde jedoch kurzfristig aus dem Programm genommen und durch eine Wiederholungssendung ersetzt. — In dem Film kommen eine Bäuerin, ein Schmied, ein elsässisches Ehepaar und ein Winzer zu Wort; die Leute erzählen vor der Kamera von ihren Erfahrungen mit der Obrigkeit. Die Reden jedoch gefielen den WDR-Verantwortlichen nicht. Für die Ablehnung wurden „formale Gründe“ angeführt, in Wirklichkeit aber waren es politische Rücksichten, war es die Unfähigkeit des Fernsehens, „gelegentlich auch mal das Volk zu ertragen“ (Gladitz).

In einem Interview, das Gisela Zabka für epd führte, nahm Nina Gladitz zu dem jüngsten WDR-Zensurfall sowie zur Arbeit der Filmemacher unter heutigen Bedingungen Stellung. Das Interview, das wir der „Neuen“ entnehmen, geben wir gekürzt wieder.

Frau Gladitz, der zuständige Redakteur Jürgen Thebratz rechtfertigt die Ablehnung bzw. „Verschiebung“ ihres Films ausschließlich mit formalen Gründen; politische hätten zu keiner Zeit eine Rolle gespielt. Es hat zwei Abnahmen gegeben. Bei der ersten war allein Herr Thebratz anwesend, bei der zweiten darüber hinaus Programmbeileiter Ertel und Abteilungsleiter Kraemer.

Ich habe keine Zeugen. Denn was drei Leute aus dem WDR meinen gehört oder nicht gehört zu haben, ist natürlich glaubwürdiger als das, was so eine hergelaufene Filmemacherin erzählt. Das bedeutet nur leider für die Zukunft, daß wir nicht mehr allein zu Abnahmen gehen dürfen.

Sie bleiben also dabei, daß sowohl bei der ersten Abnahme am 18.2. als auch bei der zweiten am 22.2. das Argument der möglichen Wahlbeeinflussung eine Rolle gespielt hat?

Ja, ich bleibe dabei, und ich finde es ungeheuerlich, daß das abgestritten wird. Natürlich wurde erneut davon gesprochen, daß die alte Bäuerin, die sich unfreundlich über Herrn Späth äußert, rausgeschnitten werden müßte. Das sei, wurde argumentiert, vierzehn Tage vor der Wahl nicht möglich. Ich war zu einigen Konzessionen bereit, nicht aber zu dieser. Ich bin gegenüber den Leuten, die ich gefilmt habe, mit meiner Arbeit auch eine Verpflichtung eingegangen. Die sind nicht von mir angestellt worden, um den Mund aufzumachen, gereinigt obendrein, sondern haben das Recht, das zu sagen, was sie denken und es so zu sagen, wie sie es wollen. Und das deutsche Fernsehen müßte imstande sein, gelegentlich auch mal das Volk zu ertragen.

Als Hauptgrund für die Ablehnung führt der WDR die Unverständlichkeit der Sprache an, den starken alemannischen Dialekt, der hätte synchronisiert werden müssen.

Ich sehe da kein Problem. Eine Übersetzung war von vornherein vereinbart. In der Kalkulation ist ein Extraposten für Synchronisation und Sprachaufnahmen aufgeführt, und die wäre, wenn man gewollt hätte, bequem zu machen gewesen.

Der zweite Hauptvorwurf lautet, die alten Leute seien „zu resignativ, verbittert, anklagend“ und ermunterten somit nicht zur Zivilcourage und „Gegen-den-Strom-Schwimmen“. Verbittert sind sie und anklagend auch in manchen Passagen, das ist richtig, aber resignativ sind sie auf keinen Fall. Sie haben auch ein Recht, bei den Erfahrungen, die sie gemacht haben, bitter zu sein. Sie sind alt genug dazu. Ich bin nicht bereit, die Leute zu zensurieren oder ihnen einen Teil Bitterkeit abzusprechen. Und ich weigere mich vor allem, dafür herhalten zu sollen, daß ausge-

rechnet aus dieser Region Filme kommen sollen, die so tun, als lebten wir in rosigen Zeiten und könnten hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. An einer Stelle wird zum Beispiel Angst vor einer neuen Kriegsgefahr geäußert. Das wurde auch moniert. Sowas können man doch nicht sagen. Ich habe noch keinen Krieg erlebt. Ich kann nur den Leuten glauben, die schon zwei Weltkriege hinter sich haben, daß sie ein sehr feines Gespür für politische Veränderung haben.

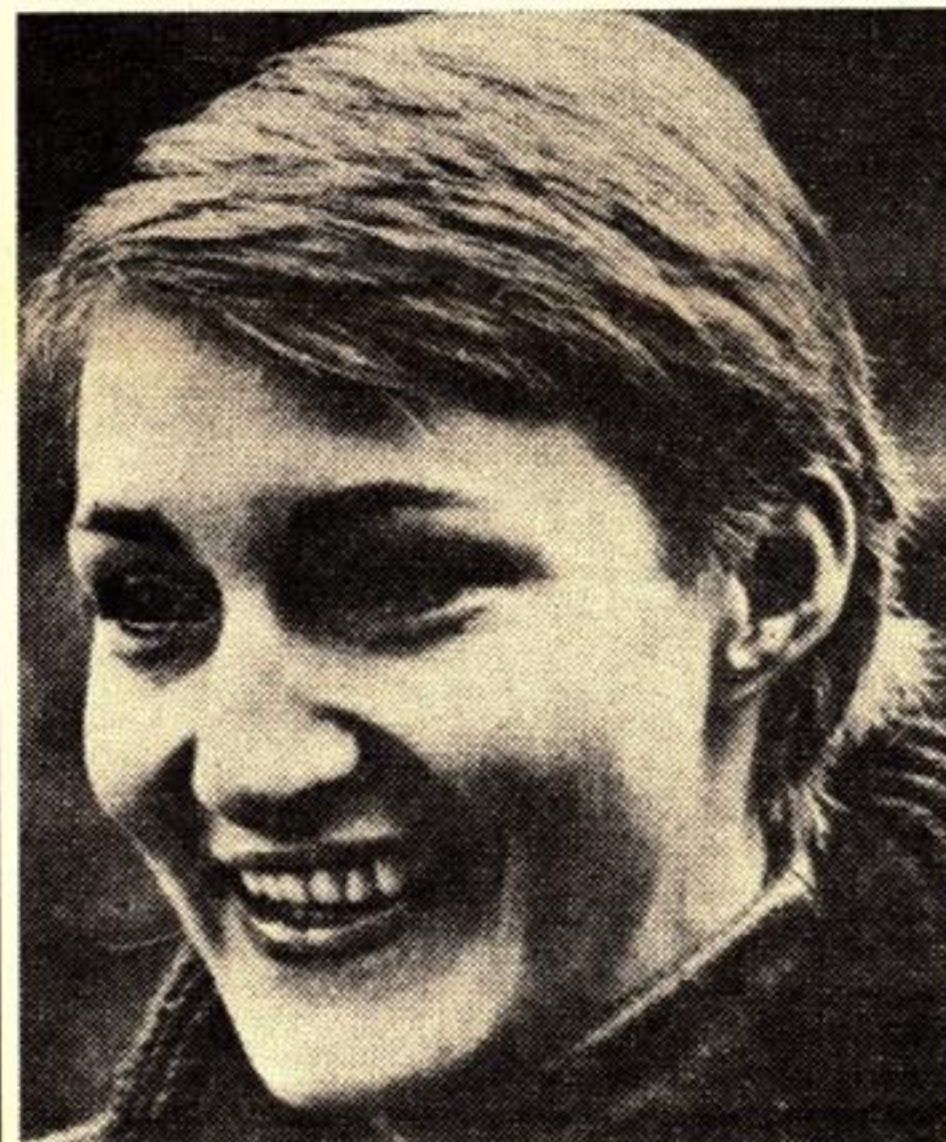
Ist das Ihre erste derartige Erfahrung (mit der Zensur)?

Nein, im vergangenen Jahr habe ich eine ähnliche gemacht, auch mit dem WDR. In meinem Australien-Film gab es eine Stelle, die sich auf deutsche Verhältnisse bezog. Ich habe

die Vorbehalte nehmen wie man weiß von Etage zu Etage zu — vielleicht ganz aus dem Programm geflogen.

Wie beurteilen Sie die Chancen, gegenwärtig aktuelle politische Filme im Fernsehen unterzubringen, die mehr sind als Zwarabersowohlalsauch-Journalismus?

Ich bin da nicht sehr optimistisch. Ich glaube, es ist einfach so — und die Erfahrungen vieler Kollegen bestätigen das —, daß die Filme, die deutsche Belange kritisch angehen, nicht mehr gefragt sind. Die Bürokratie beugt sich dem allgemeinen Klima der Verängstigung. Wenn jetzt im Wahljahr mit der Schreckensfigur Strauß im Hintergrund für die SPD geworben wird, dann kann ich nur sagen: Ich sehe zwar durchaus



Die Filmemacherin Nina Gladitz wurde vor allem bekannt durch ihren Film „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“ (1976), der die anderthalbjährige Besetzung des Whyler KKW-Bauplatzes dokumentiert. 1979 wurde ihr Australien-Film „Das Uran gehört der Regenbogenschlange“ im Abendprogramm der ARD gesendet. Bei ihrem jüngsten Film „Gegen den Strom. Über unbotmäßige Bauern im Südbadischen“ handelt es sich um eine Arbeit im Auftrag des WDR.

australische Hafenarbeiter gefragt, was sie von der Haltung deutscher Gewerkschaften halten, die Atomkraftgegner gelegentlich sogar in die Nähe von Kriminellen und Terroristen gerückt haben. Die Antwort der Hafenarbeiter — die Gewerkschaften und Anti-Atom-Initiativen sind in Australien eng liiert, muß man dazu wissen — war sehr eindeutig. Die eigentlichen Kriminellen, sagten sie, seien die Aktionäre der Atomindustrie und diejenigen Gewerkschafter, die Atomenergie befürworteten. Diese Stelle mußte rausgeschnitten werden. Ich war zu dem Schritt bereit. Wäre ich nicht bereit gewesen — es hat vier Abnahmen gegeben —, dann hätte man ihn noch höheren Orts vorführen müssen, und dann wäre er —

politische Unterschiede, aber ich brauche gar nicht darauf zu warten, daß der Strauß an die Regierung kommt. Mir ist eigentlich egal, ob ich von der SPD oder der CDU zensiert werden.

Die Anstalten werden solche Anschuldigungen empört von sich weisen und sagen, sie seien schließlich keine Filialen der einen oder anderen Partei. Das kann der WDR von sich behaupten. Ich habe da eine andere Meinung und andere Positionen selbst schon auf Redakteursebene nach Parteienproporz besetzt werden — Herr Thebratz zum Beispiel war, bevor er vor einigen Monaten zum WDR kam, Sprecher des nordrhein-westfälischen Kultusministers. Für uns als Filmemacher

kann überhaupt kein Anlaß bestehen zu glauben, daß es uns besser gehen wird, wenn wir SPD wählen. Denn alle Verschärfungen der letzten Jahre, angefangen von den grauenhaften Paragraphen aus der NS-Kiste wie 88a sind nicht von der CDU gemacht worden. Wenn ich jetzt nachgebe, muß ich immer nachgeben, und dann müssen andere auch nachgeben. Das Klima in den Anstalten wird jedoch immer bedrückender, und somit wird einem der Wunsch, das öffentlich-rechtliche System zu verteidigen, sehr schwer gemacht. Aber man muß es verteidigen, weil es eine demokratische Möglichkeit darstellt, die leider von den Parteien total ausgehöhlt worden ist.

Wie gehts weiter mit Ihrem Film?

Ich habe zwei Möglichkeiten. Entweder klein und zerknirscht auf den Knien in den WDR rutschen und die Sachen raus schneiden oder zu sagen, es geht da um Standpunkte, die in diesem Zusammenhang unverzichtbar sind. Ich habe beschlossen, viel besser, als auf die Knie zu gehen und den Buckel rund zu machen, ist es, aufrecht zu bleiben und offensiv an die Sache ranzugehen. Man darf ja auch nicht vergessen, daß hier die ganze Region auf die Ausstrahlung des Films gewartet hat. Der WDR macht sich wahrscheinlich gar keine Vorstellung, was so eine Ankündigung bedeutet. Die Leute waren maßlos erbost und enttäuscht. Ich bin also zu ihnen gegangen, habe ihnen den Drei-Seiten-Brief des WDR gezeigt und gefilmt, wie sie ihn lesen und darauf reagieren. Diesen Teil werde ich dem Film anhängen und zur nächsten Abnahme mitbringen.

Wie haben die Leute reagiert?

Der Schmied hat zum Beispiel interessiert reagiert. Er hat den Brief gelesen, ist ins Haus gerannt und hat zwei Briefe mitgebracht, Dankeschreiben des WDR an ihn für seine rege Anteilnahme und schriftlichen Beiträge zu der „Holocaust“-Sendung. Und da hat er diese drei Briefe gezeigt — er hatte geschrieben, daß er als Soldat Zeuge eines Judenmassakers war —, und er sagt: Kannst Du diesen Widerspruch verstehen? Einmal schreibt mir der WDR Dankeschreiben und dann schreiben sie, daß es ihnen nicht mehr recht ist, was ich erfahren hab und was ich weiß und wie ich es sag. Und die Bäuerin hat gesagt, das mit der Sprache, das halte sie für Quatsch, „das isch e Ausred“, die wollen die Wahrheit nicht wissen.

Sie zeigen Leute, die ihre Umwelt kritisch beurteilen und sich gegebenenfalls zur Wehr setzen. Sie setzen sich jetzt selbst zur Wehr, indem Sie einen Vorgang öffentlich zur Diskussion stellen. Das ist ja nicht ganz unrisant.

Ja, das stimmt. Aber ich kann nicht mit Begeisterung einen Film machen über Leute mit antifaschistischer Vergangenheit und selbst zusammenklappen wie ein Taschenmesser, wenn die Redaktion ein bißchen Druck macht. Ich muß abwägen. Natürlich weiß ich, was es bedeutet, sich mit dem WDR anzulegen. Das kann bis zu Prozessen führen. Das kann dazu führen, daß der WDR zum Beispiel das Honorar zurückverlangt, daß er, wenn er das Geld vom Autor nicht holen kann, die Bürgschaft bei der Bank einklagt. Das kann zum totalen Ruin des Filmemachers führen. Ich will mich nicht als Held aufspielen und auch nicht als Märtyrer, aber mir gehts um die Verteidigung des Prinzips.

Am 22. März fand nach der Demonstration für das gesetzliche Verbot der Aussperrung in Kassel eine Veranstaltung statt. Auf der Veranstaltung bestritt die Kabarettgruppe „Die Distel“ aus Kassel einen Teil des kulturellen Programms. Ihre gepfefferten Stücke und Satiren fanden bei dem Publikum großen Anklang. Im folgenden drucken wir einen Text nach, den „Die Distel“ auch auf der Veranstaltung am 22. März vortrug.

„Die Distel“

Wenn die Arbeiter die Unternehmer aussperrten...

[Zwei Kollegen — A und B — betrachten die Frage der Aussperrung einmal anders — aus ihrer Sicht]

A: Hey Pit, was glaubst du denn wie das Bundesarbeitsgericht nächste Woche entscheidet?

B: Naja, vielleicht geht ihnen ja endlich mal ein Licht auf, nachdem sie schon zweimal die Aussperrung erlaubt haben. Die soll ja angeblich notwendig sein. Wegen der Waffengleichheit.

A: Wie man so verschiedene Sachen wie Streik und Aussperrung einfach als „gleiche Waffen“ bezeichnen kann!

B: Da hast du eigentlich recht. Wenn das BAG schon von Waffengleichheit redet, dann... ja, dann dürfen eigentlich auch die Arbeiter aussperrten!

A: Au ja! Stell dir mal vor, wie das dann lief. Ungefähr so: Die Verhandlungen über Tarifierhöhungen haben sich festgefressen und kommen nicht mehr von der Stelle.

B: Die Arbeiter nehmen das nicht länger hin und beschließen — die Unternehmer auszusperrten.

A: Das wäre durchaus im Sinne des BAG, denn nach dem Urteil von 1971 ist die Aussperrung auch angriffsweise erlaubt.

B: Die Unternehmer dürfen also nicht mehr das Werksgele betreten.

A: Und selbstredend bekommen sie für die Dauer des Arbeitskampfes die Profite gestrichen.

B: Sollten dadurch Unternehmerfamilien in akute soziale Not geraten, können sie sich natürlich ans Sozialamt wenden.

A: wenn nicht der Bundesverband der deutschen Industrie selber ausreichende Unterstützungsmaßnahmen bereithält.

B: Aber das wäre zunächst nur die suspendierende Aussperrung. Das heißt, das Arbeits... nein, das Unternehmensverhältnis ruht.

A: bis sich nämlich die Unternehmer nicht mehr so störrisch zeigen und einlenken.

B: Aber laut Bundesarbeitsgericht ist die suspendierende Aussperrung ja nur eine halbe Sache, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, zur lösenden Aussperrung überzugehen.

A: Ja, zu der kann man greifen, wenn, laut BAG, der Arbeitskampf besonders lange andauert, besonders scharfe Formen annimmt, und natürlich gegenüber Rädelsführern.

B: In so einem Fall kann man die Unternehmer auch endgültig entlassen, und zwar fristlos.

A: Da müssen sich dann die entlassenen... oder besser: unternehmerten Unternehmer ein neues Unternehmen suchen.

B: Es ist natürlich fraglich, ob sich eine Belegschaft findet, die so einen Unternehmer noch mal nimmt! So einen, der als Rädelsführer auf einer schwarzen Liste steht.

A: Aber das sind Härtefälle. Die merken dann einmal, wie es sonst gemaßregelten Arbeitern

ergeht.

B: Ich kann mir vorstellen, daß auf diese Weise ein Arbeitskampf durchaus durchgestanden werden kann.

A: Immerhin, wie steht es dann mit der Parität? Ich höre schon den BDA empört protestieren: „Jetzt haben ja die Arbeiter noch zusätzlich das Streikrecht! Und wir?“

B: Das regeln wir großzügig. Keine langen Diskussionen, von wegen die Arbeiter hätten schließlich auch keine Konzerne. Wir sagen: „Gleiches Recht für alle, also Streikrecht für Unternehmer!“

A: Das könnte den nächsten Arbeitskämpfen wirklich eine interessante Note geben. Kann ich mir gut vorstellen.

B: Also die Arbeiter in der Metallindustrie haben ihre Löhne um 250 Mark erhöht. Linear versteht sich.

A: Natürlich, wenn schon gleiches Recht für alle, dann dürfen die Arbeiter auch die Löhne selber erhöhen, ist doch klar.

B: Und um das zu finanzieren, mußten sie zwei Großaktionäre stilllegen.

A: Die waren nicht mehr rentabel.

B: Die Unternehmer sind verständlicherweise aufgebracht und protestieren.

A: Sie treten in Verhandlungen mit den Gewerkschaften, aber wie so oft, die Verhandlungen

gehen fahren sich fest.

B: Ein Kompromiß ist nicht in Sicht.

A: Da schlagen die Unternehmer zu: Urabstimmung. Und drei Tage später: Streik.

B: Sie bleiben allen Aufsichtsratssitzungen fern.

A: stoppen schlagartig alle Rationalisierungsvorhaben.

B: ebenso alle Börsen- und Währungsspekulationen.

A: Natürlich werden für die Streikzeit keine Gewinne ausbezahlt.

B: Und während die Arbeiter und Angestellten wie gewohnt ihrer Arbeit nachgehen, stehen Streikposten der Unternehmer vor den Toren.

A: und hindern Vorstandsmitglieder am Betreten des Werksgele.

B: Du kannst mir glauben, die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Streiks der Unternehmer wären wahrscheinlich sehr gering.

A: Wenn die streiken, brauchen nämlich keine Räder stillzustehen.

B: Und wenn man nach drei Monaten eine kleine Notiz in der Zeitung liest, auf der dritten Seite, ganz unten, und erstaunt sagt: „Ach, die streiken immer noch?“

A: dann, ja dann merkt man vielleicht, daß es ja auch ganz gut ohne die geht.

B: Bloß: So eine Waffengleichheit wollen die gar nicht.



„Die Distel“ bei ihrem Auftritt am 22. März in Kassel.

„Die Distel“

„Die Distel“ ist eine Kabarettgruppe aus Kassel. Ihre (Laien-)Akteure: zwei Frauen und drei Männer — Angestellte und Schüler. Die Truppe besteht seit 1977. Sie bringt satirische Programmnummern zum Beispiel gegen die Aussperrung, gegen Strauß, gegen den Rechtsruck der Regierung, gegen die zunehmende Faschisierung. Bisherige Auftritte: in Kneipen, auf Veranstaltungen der Volksfront, der Initiative gegen die Aussperrung und bei dem „Rock-gegen-Rechts“-Festival in Kassel.

Musikgruppe „Auflauf“ / Wien

„Stoppt Strauß!“ — Wahlkampfschlager

Nun ist die erste Anti-Strauß-Platte heraus: Die Single „Stoppt Strauß!“ von der Wiener Musikgruppe „Auflauf“, — gerade rechtzeitig zum Einheizen gegen den schwarzen Kandidaten. Text und Musik sind rockig, flott und eingängig — zum Sich-mitreißen-lassen und zum Mitsingen. Der Refrain:

„Ja, das ist Franz (Franz) Josef Strauß,
Die Linken haut er hochkant raus;
Er ist für diesen deutschen Staat
Der rechte Kanzlerkandidat.“

Auf der Rückseite der Single befindet sich — passend — ein Lied gegen die verstärkte Werbung für Polizei und Militär: „Haben Sie Probleme?“



Single, Preis 6,— Mark, zu bestellen bei: Verlag Neue Zeit, Postfach 4303, 2300 Kiel. Sicherlich auch bald bei vielen Anti-Strauß-Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen, bei Initiativen, Komitees und in Läden zu haben!

Die Musikgruppe „Auflauf“

„Auflauf“ ist eine Polit-Rock-Gruppe aus Wien, bestehend aus fünf Musikern und einem Tontechniker. In Westdeutschland ist sie vielen bekanntgeworden durch ihren Auftritt auf dem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus am 26. Januar in Dortmund. Ihre erste LP — „Nix verändert si von söba“ — ist noch stark von spezifisch österreichischen Problemen geprägt, die meisten Lieder sind auch im Wiener Dialekt geschrieben...

Angefangen mit ihren kritischen Liedern hat die Gruppe nicht zuletzt unter dem Einfluß der Wiener Gruppe „Schmetterlinge“. Wie die „Schmetterlinge“ haben sie die erfolgreiche Anti-AKW-Bewegung in Österreich unterstützt, bemühen sie sich aus politischen Texten und moderner, der Jugend bekannter Musik eine Einheit zu schaffen, die ein wichtiger Beitrag im politischen Kampf sein kann.

Daß sich die (österreichische) Gruppe zu Fragen der bundesdeutschen Politik — wie zum Beispiel der Kanzlerkandidatur eines Franz Josef Strauß — äußert, ist kein Wunder. Da

ist einmal die steigende Abhängigkeit Österreichs vom westdeutschen Imperialismus. Jede Rechtsentwicklung in der BRD hat Auswirkungen auf die Situation in Österreich. Die „Aufläufe“ sind mit uns nicht nur aus Gründen der internationalen Solidarität im Kampf gegen Strauß solidarisch, sondern auch, weil sie direkt betroffen wären, käme der Re-

aktionär aus Bayern an die Macht.

Für die Monate Mai und Juni hat die Gruppe Auflauf eine Tournee durch Westdeutschland geplant. Eine neue LP „Problemlos — eine Platte für kritische Tage“ kommt demnächst auf den Markt.

(Nach: „Roter Rebell“, Jugendmagazin der Roten Garde, April 1980)



Die Gruppe „Auflauf“ bei ihrem Auftritt auf dem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus in Dortmund.

Soeben erschienen:

Roter Morgen — Jahrgang 1979



Der gebundene Jahrgang 1979 zum Preis von 35,— Mark ist zu bestellen bei:

Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Im Preis inbegriffen, jedoch nicht auslieferbar, ist das Inhaltsverzeichnis für das Jahr 1979. Das Inhaltsverzeichnis wird, sobald fertiggestellt, kostenlos nachgesandt.

Weiskopf-Ausgaben im Verlag Neue Zeit

F.C. Weiskopf, „Vor einem neuen Tag“, Roman, 272 Seiten, paperback, mit 30 Illustrationen von Dirk Hagener
Gesammelte Werke in acht Bänden, Leinen, Kassette im Schuber, Dietz-Verlag 1960, 38,— Mark
zu bestellen über:

Verlag Neue Zeit GmbH
Postfach 4303
2300 Kiel 1

Anzeige

Anzeige

Was hat der weiße Vogel mit der verkrüppelten Hand zu tun?



Der Vogel ist ein Sperling mit weißen Federn aus der Nähe von Landshut. Dort hat sich innerhalb eines halben Jahres „das natürliche Vorkommen von weißen Abartigkeiten bei Spatzen“ vervielfacht — so ein Wissenschaftler. „In einer Gemeinschaft von 60 bis 70 Tieren war früher allenfalls ein weißer Sperling. Heute sind es bei uns zehn oder zwölf“ — die „sichtbar gewordene Folge durch den Betrieb eines Kernkraftwerks“. Die radioaktive Strahlung aus dem Kernkraftwerk Ohu und der danebenstehenden Atomreaktorruine Niederaichbach hat die Erbmasse der Tiere verändert.

Die verkrüppelte Hand gehört der 20jährigen Randy Lundin aus St. George im US-Bundesstaat Utah. Randy Lundin wurde 9 Jahre nach dem Beginn der Atombombenversuche geboren, die von 1951 bis 1962 in der Wüste Nevada durchgeführt wurden. Über eine halbe Million Menschen — Soldaten und Zivilisten — wurden Strahlendosen ausgesetzt, deren Wirkung damals selbst Spezialisten nur ahnten. Infolge der Atombombenversuche stieg in den umliegenden Gegenden die Rate der Krebserkrankungen und der mit Mißbildungen geborenen Kinder. In St. George — der Stadt, aus der Randy Lundin stammt — lebt kaum eine Familie, in der es keinen Krebsfall gibt.

Von wegen „Aktion für den Frieden“

Olympia-Boykott schon seit 1978 geplant

Seinen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau begründete Carter damit, daß er kein Land unterstützen könne, das ein anderes — Afghanistan — überfallen habe und besetzt halte. Die Heuchelei des Yankee-Präsidenten lag für jeden politisch einigermaßen klar denkenden Menschen von Anfang an auf der Hand. Die USA selbst sind das Land der Interventions- und Aggressionspolitik par excellence. Noch während der Olympischen Winterspiele in Lake Placid schickte Carter seine „Eingreiftruppe“ an den Golf. Gegenwärtig bläst er zum Angriff auf den Iran. Die Heuchelei liegt aber noch in etwas anderem.

Langsam verstärkt sich der Verdacht, daß der Moskauboykott seit langem geplant und vorbereitet worden ist und daß die sowjetische Intervention nichts als ein erhsehnter Anlaß war, um den Boykott in Szene zu setzen.

Bereits seit dem Sommer 1978 drängen einflussreiche Interessengruppen in den USA und Großbritannien auf einen westlichen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau. Nachzulesen ist dies in einem Artikel des reaktionären Sportjournalisten Willi Knecht mit dem Titel „Moskaus Olympiade im Zwielicht“, der bereits 1978 in der „deutschlandpolitischen“ Fachzeitschrift „Deutschland-Archiv“ erschien. Knecht riet in dem Artikel der Bundesregierung dezent, sich rechtzeitig den angloamerikanischen Boykottbefürwortern anzuschließen.

Die Vergabe der Olympischen Spiele an die Stadt Moskau nennt Knecht in schöner Offenheit den „Ernstfall“, den man lange erfolgreich habe ver-

hindern können. Und er gibt einen Überblick über die Aktivitäten zur Verhinderung dieser Spiele und der Kräfte, die hinter diesen Aktivitäten stehen.

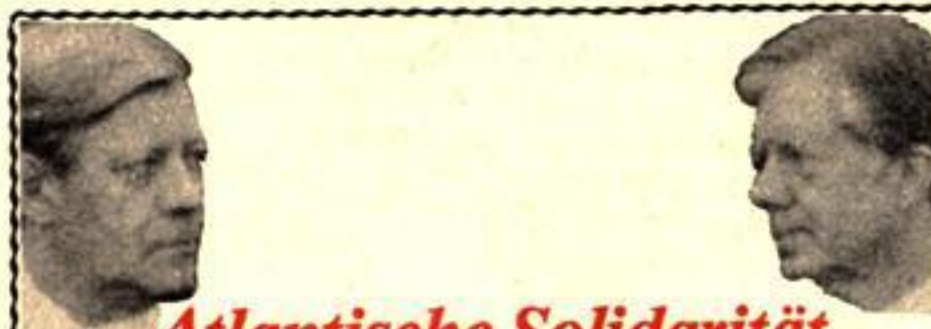
Da ist einmal das „American Jewish Committee“, die gewichtige Interessenvertretung der Juden in den USA, das Anfang Juli 1978 den Boykott forderte. Der Boykott sollte mit Behinderungen für ausreisewillige sowjetische Juden begründet werden.

Mitte Juli 1978 appellierte Dissident Sacharow an den IOC-Präsidenten Killanin und forderte den Boykott. Nach Sacharows Vorstellungen sollte der Boykott mit der allgemeinen politischen Unterdrückung in der UdSSR begründet werden. Am 9. August verstärkte der reaktionäre US-Gewerkschaftsbund AFL/CIO die Boykottfront, indem er die Verlegung der Olympiade in eine andere Stadt forderte. Nach der Verurteilung des Dissidenten Juri Orlov in der UdSSR vertrat die britische Regierung die



Unkontrollierter, verbrecherischer Umgang mit der Kernkraft — das ist der Grund für die Weißfärbung des Gefieders der Sperlinge in Landshut wie für die Mißbildungen an Neugeborenen in den USA. Aus Profitsucht, aus militaristischen Erwägungen, aus den niederen kapitalistischen Beweggründen heraus wird die Umwelt zerstört, wird das Leben und die Gesundheit der Menschen aufs Spiel gesetzt.

Und noch eines haben die Kernkraftstrategen in Landshut und in der Wüste Nevada gemeinsam: Vertuschung. Der Staatssekretär Max Fischer vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltschutz suchte zunächst die Hinweise auf die weißen Spatzen abzuwürgen, indem er erklärte, die Spatzen wären „nicht amtlich“. Der Umweltminister Alfred Dick gar lehnte eine Untersuchung der Spatzenalbino ab. — In den USA verlangte am 27. Mai 1953 der Präsident Eisenhower vom Chef der Atomenergiebehörde, in Presseberichten so beunruhigende Worte wie „Kernverschmelzung“ und „Wasserstoffbombe“ zu unterlassen. Eisenhower wörtlich: „Man muß die Leute über Dinge wie Kernverschmelzung und -spaltung im unklaren lassen.“ Die Folgen dieser Politik sind unter anderem auf den Fotos zu sehen.



Atlantische Solidarität

Wenn Carter ihnen zuruft: „Springt!“ — dann springen sie, wo er auch will, hinein. Sie singen, wenn verlangt wird: „Singt!“ Sie schlagen (auf Befehl) auch Schädel ein.

Sie sind dabei bei Handelssperren, Komplotten und beim Sportboykott. Durch Dick und Dünn bis in den Krieg geht's hinterher in blindem Trott.

Und läßt der Carter einen Furz, und der Gestank mag noch so sein — der Helmut Schmidt erklärt dazu: „Ich stimme voll mit überein...“

jk.

Unterzeichnung eines Sportabkommens mit der Sowjetunion, und in den Reihen der britischen Konservativen wuchs die Forderung nach dem Boykott der Olympiade in Moskau.

Im September 1978 erreichte die Boykotthetze ihren ersten Höhepunkt. Als die Ostblock-Staaten sich weigerten, an der Weltmeisterschaft der Schützen im faschistischen Südkorea teilzunehmen, machte sich Südkoreas damaliger Diktator Park zum Fürsprecher eines Olympiaboykotts und gewann dafür — Chiles Pinochet. Doch die beiden Oberfaschisten waren wohl nicht die geeigneten Vorkämpfer für einen Olympiaboykott wegen Menschenrechtsverletzungen.

Doch mit der Zeit kam Rat: Es kam der sowjetische Einmarsch in Afghanistan.

Zwei Tankerunglücke an einem Tag

Neues Licht auf Südafrikas Erdölpolitik

Am Donnerstag, den 3. April, sanken innerhalb von 24 Stunden zwei Riesentanker vor der Küste Ost- bzw. Westafrikas. Beide Schiffe waren mit jeweils rund 24 Millionen Dollar (knapp 48 Millionen Mark) versichert. Der eine Tanker hatte zuvor seine Ladung heimlich in dem Apartheidsstaat Südafrika gelöscht.

Bei den Schiffen handelt es sich um die unter liberianischer Billigflagge fahrenden Tanker „Mycene“ (109 992 Tonnen) und „Albahaa B“ (109 465 Tonnen). Beide Schiffe fuhren ohne Öl, beide Schiffe sanken infolge von Explosionen an Bord unter mysteriösen Umständen.

Zumindest der Untergang der „Albahaa B“ steht in direktem Zusammenhang mit Südafrika. Die „Albahaa B“ hatte — entgegen dem arabischen Boykott — arabisches Öl nach Durban gebracht, obwohl die Ladung angeblich für Singapur bestimmt war. Auf dem Rückweg ging das Schiff dann vor der tansanischen Küste unter.

Am 17. Januar dieses Jahres war bereits der Öltanker „Salem“, nachdem er heimlich seine Fracht in Südafrika gelöscht hatte, vor der senegalesischen Küste untergegangen, wobei die Besatzung selbst die Sprengsätze legte (siehe „Roter Morgen“ 8/80). Die südafrikanischen Behörden haben nun erstmals zugegeben, daß die „Salem“ den größten Teil ihrer Rohölladung in Durban, Südafrika, gelöscht hat. Der Shell-Konzern hatte dieses Öl angeblich für Frankreich gekauft. Südafrikas staatliche Einkaufsagentur „SSR Association“ überwies Shell nun rund 30,5 Millionen Dollar (rund 60 Millionen Mark) als Entschädigung für die unter dubiosen Umständen entladene Fracht. Die „Mycene“, die am 26. März mit leeren Tanks Genua (Italien) verlassen hatte, sank übrigens an der gleichen Stelle, an der auch die „Salem“ sank.

Während bei dem Untergang der „Salem“ alle Seeleute gerettet werden konnten, sieht es im Falle der beiden neuesten mysteriösen Schiffsuntergänge anders aus. Von der Besatzung der „Mycene“ wird noch ein Mann vermißt, im Falle der „Albahaa B“ sind es sechs Seeleute.



Montag, 21. April, 21.15 Uhr, ARD

Schöne neue Arbeitswelt. Die Invasion der Bildschirme. Filmbericht von Jürgen Schröder-Jahn. — Seit etwa zehn Jahren halten Bildschirmgeräte in westdeutschen Büros Einzug. Heute sind an über 100 000 Arbeitsplätzen die sogenannten Datensichtgeräte installiert. Die „schöne neue Arbeitswelt“ bedeutet jedoch oft erhöhtes Arbeitstempo, Monotonie und körperliche Beschwerden.

Montag, 21. April, 20.20 Uhr, Südwest III
Karl Valentin und Liesl Karlstadt: So ein Theater.

Montag, 21. April, 21.20 Uhr, ZDF

Das Hochhaus. Fernsehspiel von Thomas Hartwig nach Motiven des Romans von Ingeborg Drewitz. Thema: Vereinigung und Fremdheit in der sterilen menschenfeindlichen Atmosphäre eines Hochhauses.

Montag, 21. April, 22.05 Uhr, Nord III

Zur Ansicht: Peter Weiss. Film von Harun Farocki. Der Schriftsteller Peter Weiss wurde unter anderem durch das dramatische Werk „Die Ermittlung“, eine szenische Dokumentation des Auschwitz-Prozesses, bekannt.

Dienstag, 22. April, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Lenin im Oktober. Sowjetischer Spielfilm aus dem Jahr 1937.

Mittwoch, 23. April, 21.00 Uhr, Nord III
Welche Farbe hat das Graue? — Dokumentation von Dieter Hildebrandt über den Untergang des Dritten Reiches.

Mittwoch, 23. April, 22.40 Uhr, ZDF

Der harte Handel. Fernsehspiel nach einem Roman von Oskar Maria Graf. Regie: Ulrich Edel. Der Film spielt in einem Dorf in Bayern im Jahre 1930 zur Zeit der Weltwirtschaftskrise.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.		ZENTRALEKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92
4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.	
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.	7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linke Kurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.	
2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.	2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 12-13.30, Sa 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.	
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.	5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegrube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.	
4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.	8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/250 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.	
4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 29, Tel.: 0203/44 30 14	8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.	
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.	7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.	
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.	SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.	
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schüttenlohnstr. 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 17-19, Sa 9-12 Uhr.		
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.		